

24. Sitzung vom Montag, 3. Februar 2025, 19.00 Uhr, ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend: **Stadtparlament**
25 Mitglieder

Stadtrat
Mark Eberli, Stadtpräsident
Daniel Ammann
Frauke Böni
Rosa Pfister-Kempf
Andrea Spycher
Andreas Müller

Entschuldigt: Anne-Christine Halter
Belma Dietrich
Stadtrat Markus Surber

Vorsitz: Stephan Ziegler, Parlamentspräsident

Protokoll: Sandra Lobsiger, Parlamentssekretärin

Weibeldienst: Die Anwesenheit des Weibeldiensts ist nicht erforderlich

Die Sitzung des Stadtparlaments ist öffentlich.



Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, die Behördenmitglieder sowie die Medienschaffenden und das Publikum.

Spezielles

- Daniela Gramegna hat ihren Rücktritt als Mitglied des Stadtparlaments per 31. Dezember 2024 eingereicht. Aktuell läuft der Prozess für ihre Nachfolge im Stadtparlament.
- Erste Sitzung von Christoph Denzler als Mitglied des Stadtparlaments, herzlich willkommen!
- Peter Frischknecht wurde zur heutigen Sitzung eingeladen, damit ich ihm noch persönlich ein Präsent überreichen kann.

Der Vorsitzende übergibt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg: «Peter, willkommen das letzte Mal. Oder vielleicht nicht das letzte Mal. Ich hoffe, du besuchst uns als ehemaliger interessierter Politiker. Ich bedanke mich bei dir für die Arbeit, die du geleistet hast. Ich glaube, du hast es verdient, nachher einen warmen Applaus zu erhalten. Du hast es verdient, um jetzt vermehrt zu Hause zu sein. Ich glaube, deine Frau hat dich ein paar Mal vermisst. Ich könnte mir vorstellen, dass du hattest mehr Dates mit den Finanzvorstehenden in dieser Zeit als mit deiner Frau. So viel wie du dich eingesetzt hast und teilweise abendlang an den RPK-Sitzungen oder sonst in der Stadtverwaltung gewesen bist. Ich bin dir auch sehr dankbar, dass du mich begleitet hast, als ich ins Stadtparlament gekommen bin. Ich würde es mal so ausdrücken, dass du wie mein «Götti» warst. Bei Fragen konnte ich zu dir kommen. Wenn ich ein Problem hatte, kam ich zu dir. Und du hast mir alles geduldig erklärt, so dass ich ein bisschen mehr weiss, wie der Laden hier läuft. Danke dir vielmals, Peter. Ich habe noch etwas Kleines für dich, du darfst gerne nach vorne kommen. Vielen Dank.»

Es wird applaudiert.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Frischknecht.

Peter Frischknecht: «2018 bin ich von der Bülacher Bevölkerung im ersten Anlauf ins Stadtparlament gewählt worden. Ich habe mich damals sehr darüber gefreut, weil ich mich im Leben eigentlich immer nebst meiner Erwerbsarbeit auch irgendwo noch für die Öffentlichkeit eingesetzt habe. In der ersten Legislatur durfte ich in der Fachkommission Bau & Infrastruktur mitwirken. Dort habe mich mit



bauplanerischen Fragen und Liegenschaftsprojekten auseinandergesetzt. In der zweiten Legislatur ist mir die Aufgabe zugekommen, die Rechnungsprüfungskommission zu präsidieren. In beiden Gebieten habe ich mich sehr wohl gefühlt. Sie sind mir als Betriebswirt mit langjähriger Tätigkeit im anlagenintensiven öffentlichen Verkehr auch einigermassen vertraut gewesen. Ich habe die Zusammenarbeit mit euch allen sehr geschätzt. Stets war ich überzeugt davon, dass wir in den Kommissionen die parteiübergreifende Zusammenarbeit umsetzen können und die Lösungen des Stadtrats damit noch verbessern. Das ist uns auch in verschiedenen Fällen gelungen. Unter diesen Umständen fällt es mir echt schwer, heute Abend von euch allen Abschied zu nehmen, nachdem ich vor zwei Monaten meinen Rücktritt erklären musste. Die meisten von euch haben es mitbekommen, gesundheitliche Gründe zwingen mich dazu. Gern hoffe ich, dass ihr euch alle weiterhin von ganzem Herzen und mit wachem Verstand für die Belange dieser schönen Stadt einsetzt. Ich bedanke mich herzlich und wünsche euch natürlich persönlich auch alles Gute. Auf die langjährige Zusammenarbeit, die ich mit verschiedenen von euch hatte, möchte ich gerne Mitglieder vom Parlament und vom Stadtrat und der Verwaltung im Anschluss an die Sitzung zu einem Glas Wein einladen, und zwar im entsprechenden Fachgeschäft Ba'roc an der Poststrasse 24. Ich würde mich sehr freuen, dort von vielen von euch noch persönlich Abschied zu nehmen. Danke vielmals.»

Es wird applaudiert und auch **der Vorsitzende** überreicht Peter Frischknecht ein Präsent und bedankt sich bei ihm. Es wird nochmals applaudiert.

Der Vorsitzende bittet alle Anwesenden, bei Wortmeldungen nach vorne zu kommen und das Mikrofon zu benutzen. Ebenfalls macht er darauf aufmerksam, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich vorsieht, dass keine Aufnahmen auf Bild – und Tonträger gestattet sind.

Auszählung des Stadtparlaments

Die Auszählung ergibt 25 anwesende Parlamentsmitglieder. Das Stadtparlament ist somit gemäss Art. 15 Abs.1 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO) beschlussfähig.

Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.



Sitzungseinladung

Die Parlamentsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Traktandenliste

Der Vorsitzende übergibt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg: «Die EVP/Die-Mitte-Fraktion beantragt die Änderung des Traktandums 2.1. in Ersatzwahl in die Fachkommission Bildung & Soziales.»

Es gibt keine weiteren Bemerkungen Traktandenliste oder Änderungs- oder Ergänzungsanträge zur Traktandenliste vor.

Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

Traktanden

1. Protokolle der Sitzungen vom 9. Dezember 2024 und 10. Dezember 2024
2. Wahlen
 - 2.1. Ersatzwahl in die Kommission Bildung & Soziales
 - 2.2. Ersatzwahl des Präsidiums der Rechnungsprüfungskommission (RPK)
3. Interpellation von Thomas Obermayer betr. «Aktualität und Qualität der Bevölkerungsprognose der Stadt Bülach» – Begründung
4. Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»
5. Öffentlicher Gestaltungsplan Herti – Festsetzung
6. Antrag Geschäftsprüfungskommission (GPK) für eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK)
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses



Eingang von neuen Vorstössen

Seit den letzten Parlamentssitzungen vom 9. Dezember 2024 und 10. Dezember 2024 sind ausser des traktandierten Vorstosses keine weiteren eingegangen.

Beantwortung von Vorstössen

Anfrage von Barbara Galeuchet und Mitunterzeichnenden betr. «Freiverlad Bülach»

Der Stadtrat hat am 11. Dezember 2024 mit SRB-Nr. 450 die Anfrage fristgerecht beantwortet. Die Antwort wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments zugestellt und ist Beilage 1 zum Protokoll dieser Parlamentssitzung.

Traktandum 1

Protokolle der Sitzungen vom 9. Dezember 2024 und 10. Dezember 2024

Es gibt keine Anmerkungen oder Korrekturen zum Protokoll. Es wird der Verfasserin verdankt.

Abstimmung

Das Stadtparlament genehmigt einstimmig das Protokoll.



Traktandum 2

Wahlen

2.1. Ersatzwahl eines Mitglieds in die Kommission Bildung & Soziales

Durch den Rücktritt von Daniela Gramegna per 31. Dezember 2024 wird ein Sitz in der Kommission Bildung & Soziales frei.

Der Vorsitzende fragt Britta Müller-Ganz, Präsidentin IFK, an, ob sie dem Stadtparlament einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.

Britta Müller-Ganz: «Die IFK schlägt Christoph Denzler (EVP) als Mitglied der Kommission Bildung & Soziales vor.»

Der Vorschlag der IFK wird aus dem Stadtparlament nicht vermehrt.

Somit ist Christoph Denzler (EVP) als Mitglied der Kommission Bildung & Soziales ab sofort für die restliche Amtsdauer 2022 - 2026 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert herzlich zur Wahl!

2.2. Ersatzwahl des Präsidiums der Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Durch den Rücktritt von Peter Frischknecht per 31. Januar 2025 ist auch das Präsidium der Rechnungsprüfungskommission (RPK) neu zu wählen.

Der Vorsitzende fragt Britta Müller-Ganz, Präsidentin IFK, an, ob sie dem Stadtparlament einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.

Britta Müller-Ganz: «Die IFK schlägt Ralf Winzer (FDP) als Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vor.»



Der Vorschlag der IFK wird aus dem Stadtparlament nicht vermehrt.

Somit ist Ralf Winzer (FDP) als Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ab sofort für die restliche Amtsdauer 2022 - 2026 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert herzlich zur Wahl!

Die Ersatzwahl für ein Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission (RPK) findet an der nächsten Parlamentssession statt.

Traktandum 3

Interpellation von Thomas Obermayer betr. «Aktualität und Qualität der Bevölkerungsprognose der Stadt Bülach» - Begründung

Thomas Obermayer hat am 16. Januar 2025 die Interpellation «Aktualität und Qualität der Bevölkerungsprognose der Stadt Bülach» eingereicht. Die Mitglieder des Stadtparlaments und des Stadtrats haben diese erhalten und die Interpellation entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung.

Wortlaut:

«Per Ende Dezember 2024 weist die Stadt Bülach eine Bevölkerung von 24 447 Einwohnerinnen und Einwohnern auf. Diese Zahl übertrifft die Erwartung für Ende 2025 gemäss der Prognose aus dem Jahre 2022. Vor diesem Hintergrund erscheint die Erwartung von 27 200 Personen im Jahr 2040 äusserst zurückhaltend. Dies entspricht einem moderaten Wachstum von lediglich 2 800 Personen in 15 Jahren, was einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 0,7 % pro Jahr entspricht. Zum Vergleich: Ein derart geringes Wachstum wurde zuletzt um die Jahrtausendwende erreicht.

Gemäss Szenario «Trend ZH 2024» des Kantons Zürichs wird für die nächsten 15 Jahre eine Wachstumsrate von 0,8 bis 0,9 % pro Jahr für den gesamten Bezirk Bülach erwartet. Dabei ist anzumerken, dass das Wachstum in einer Stadt wie Bülach überdurchschnittlich hoch ausfallen könnte, da sie als urbanes Zentrum des Bezirks attraktive Voraussetzungen für zusätzlichen Zuzug bietet.

In Anbetracht dieser Diskrepanz und der Diskussionen über die Zuwanderung im Kanton Zürich bitte ich den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:



Aktualität der Bevölkerungsprognose

Wurde die Bevölkerungsprognose 2040 seit ihrer letzten Veröffentlichung aktualisiert? Wenn ja, wann erfolgte die letzte Überarbeitung, und welche neuen Erkenntnisse wurden dabei berücksichtigt?

Qualitätssicherung der Prognose

Welche Massnahmen wurden ergriffen, um die Qualität und Zuverlässigkeit der Prognose sicherzustellen?

Aktuelle Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung

Wie schätzt der Stadtrat die Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen Wohnbautätigkeit und der demografischen Trends ein? Gibt es Planungen oder Entwicklungen, die auf ein stärkeres Wachstum hinweisen?

Aktuelle Einschätzung zur Schulraumplanung

Wie bewertet der Stadtrat die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Bereich der Schulraumplanung angesichts des weiteren Bevölkerungswachstums? Welche konkreten Pläne, Projekte oder Massnahmen gibt es, um den Bedarf an Schulräumen und Einrichtungen rechtzeitig zu decken?

Erklärung der moderaten Wachstumsannahmen

Wie erklärt sich der Stadtrat die Annahme, dass der Bevölkerungszuwachs pro Jahr zukünftig deutlich geringer ausfallen soll als in den letzten 20 Jahren? Welche Indikatoren oder Trends liegen dieser Einschätzung zugrunde?

Wie hoch wird das Risiko eingeschätzt, dass die verwendete Methode zur Wachstumsprognose nach geplanter oder erwarteter Bautätigkeit, weit von realer Entwicklung abweicht?

Einfluss externer Faktoren

Inwiefern wurden externe Faktoren wie Zuwanderung, wirtschaftliche Entwicklungen oder infrastrukturelle Planungen des Kantons in die Prognose integriert?

Werden diese Faktoren regelmässig überprüft und gegebenenfalls angepasst?

Prognosen des Regierungsrates

Welche Bevölkerungsprognosen für die Stadt Bülach und die Region Unterland liegen seitens des Regierungsrates vor? Wie unterscheiden sich diese von den städtischen Prognosen? Gibt es Überlegungen oder Planungen auf kantonaler Ebene, die ein höheres Bevölkerungswachstum als in den städtischen Prognosen annehmen?»

Der Vorsitzende bittet Thomas Obermayer um Begründung der Interpellation.



Thomas Obermayer: «Ich hätte eigentlich schon erwartet, dass du mir das jetzt alles noch vorliest. Ja, ich mache es auch recht kurz, ihr könnt alles selbst lesen. Es ist auch nicht ein wahnsinnig politisch motivierter Vorstoss. Ich habe die letzte Bevölkerungsprognose vom 16. Januar angeschaut und habe versucht in dem Kontext mit der Prognose vom Kanton Zürich zu setzen. Es sind mir noch 2 - 3 Sachen aufgefallen. Zum einen rechnen wir 2 800 zusätzliche Personen. Das entspricht einer Wachstumsrate von 0,7 Prozent pro Jahr, also in den nächsten 15 Jahren. So ein tiefes Wachstum hatte Bülach zuletzt in den 2 000er Jahren. Die Wahrscheinlichkeit ist also eher, dass die Wachstumsrate höher sein wird. Der Kanton Zürich rechnet auch für den Bezirk Bülach mit etwa 0,8 bis 0,9 Prozent Wachstumsrate. Wenn wir davon ausgehen, die Stadt Bülach entwickelt sich. Heute vor der Parlamentssitzung hatten wir eine Info zum Sonnenhof – bei diesem Projekt handelt es sich um rund 80 zusätzlichen Wohnungen als noch in der Bevölkerungsprognose von 2022. Das macht rund 200 Personen mehr allein durch den Sonnenhof. Wir beraten anschliessend noch über den Gestaltungsplan Herti, bei welchem sich durchaus auch die Frage stellt, ob man das nicht eher viel mehr verdichten sollte. Und wie es mit der Gebietsentwicklung «Mettmenriet» weitergeht, ist auch ein bisschen in der Luft. Bei den ganzen Fragen, welche ich zusammengestellt habe, geht es mir primär auch – historisch begründet – oder wegen der Schulraumplanung. Nicht, dass wir wieder an einen Punkt kommen, an welchem wir gezwungen sind, noch mehr Provisorien zu bauen. Es will eigentlich niemand von uns, dass wir mehr oder weniger schnell Schulraum schaffen müssen. Darum habe ich die Fragen zusammengestellt. Ich habe nicht die Erwartung, dass alles in drei Monaten beantwortet ist. Wenn ihr mehr Zeit braucht, ist das kein Problem für mich. Ich will einfach, dass das Thema nicht vergessen geht und dass wir bald wieder informiert werden, wie die aktuellen Prognosen und Entwicklungen aussehen. Danke.»

Die Frist zur schriftlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat beträgt gemäss Art. 54a Abs. 4 der Geschäftsordnung drei Monate.

Traktandum 4

Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»

Mit Bericht und Antrag vom 19. Juni 2024 (Stadtratsbeschluss-Nr. 201) hat der Stadtrat die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» ohne Gegenvorschlag abgelehnt.



Mit Nachtrag vom 16. Oktober 2024 (Stadtratsbeschluss-Nr. 372) zum Bericht und Antrag vom 19. Juni 2024 beantragt der Stadtrat dem Stadtparlament zusätzlich, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» für gültig zu erklären.

Weiterer Ablauf

1. Wortmeldung einer Vertretung des Initiativkomitees
2. Abschiede der vorberatenden Kommissionen
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung
5. Abstimmung Zustimmung oder Ablehnung Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»

Das Stadtparlament ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Romaine Rogenmoser stellt gemäss Art. 37 Abs. 1.1 der GeschO auf Verschiebung der Traktanden. Dies mit der Begründung, dass Roger Emch, Vertreter des Initiativkomitees erst um 19.30 Uhr erscheint. **Der Vorsitzende** fragt das Stadtparlament an, ob es damit einverstanden ist. Zwischenzeitlich erscheint Roger Emch und Romaine Rogenmoser zieht ihren Ordnungsantrag wieder zurück.

1. Wortmeldung einer Vertretung des Initiativkomitees

Die Mitglieder des Stadtparlaments sind vorgängig darüber informiert worden, dass auf Gesuch hin, eine Vertretung des Initiativkomitees das Recht hat, die Initiative persönlich zu begründen. Roger Emch als Vertreter des Initiativkomitees hat mit E-Mail vom 6. Dezember 2024 um persönliche Begründung ersucht.

Es gibt keine Einwände gegen die Wortmeldung einer Vertretung des Initiativkomitees.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Roger Emch als Vertreter des Initiativkomitees.

Roger Emch präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 1):

Folie 1:

«Vielen Dank, dass ich hier ein paar Worte über unsere Initiative verlieren darf.



Folie 2:

Warum die Initiative? Grundsätzlich kann im Prinzip jeder Mann oder jede Frau aus der Bevölkerung mit einer Petition beispielsweise eine Verkehrsanordnung wünschen. Ob der Wunsch in Erfüllung geht, ist ein anderes Thema, aber grundsätzlich ist das möglich. Und es ist ein legitimes Mittel – finden wir – und auch in Ordnung, dass sich die Bevölkerung so einbringen kann. Wir sind aber auch der Meinung, dass dies in gewisser Hinsicht ein falsches Bild vermittelt. Denn so kann man Unterschriften online sammeln, die Unterschriften müssen nicht von Bülach sein. Viele sind somit gar nicht von dieser Anordnung betroffen, für die man allenfalls unterschrieben hat. Darum muss man dies mit Vorsicht geniessen, was in so einer Petition zusammenkommt. Zudem sammelt man mit einer Petition prinzipiell vor allem den Ja-Anteil. Wer einverstanden ist, unterschreibt sie. Wer nicht einverstanden ist, logischerweise nicht. So hat man aber eigentlich nur ein Ja-Anteil gesammelt und der Nein-Anteil bleibt im Dunkeln. Wir müssen zwar fairerweise zugeben, dass das bei der Unterschriften-Sammlung für unsere Initiative auch so war, nur kommt diese noch vors Volk und damit wird der Ja- und der Nein-Anteil erhoben. Und noch der letzte Punkt auf dieser Folie: Man kann auch heute schon gegen eine Verkehrsanordnung vorgehen, wenn diese einen stört. Es bleibt einem aber nichts anderes übrig, als den Rechtsweg zu beschreiten. Die Hürden dazu zugelassen zu werden, sind relativ hoch und man trägt das finanzielle Risiko, falls man in diesem Rekurs unterliegt, die Kosten dafür selbst übernehmen muss. Wir sind der Meinung, dass Mitspracherecht nicht vom Budget abhängig sein soll.

Folie 3:

Ziel dieser Initiative: Wir hätten gerne eine klarere, demokratische Legitimation von solchen Verkehrsanordnungen. Denn es betrifft alle, egal ob man jetzt zu Fuss, mit dem Velo, mit dem Auto oder mit dem ÖV unterwegs ist. Damit sich aber die Bevölkerung zum Beispiel mit einem Referendum einbringen kann, muss man die Kompetenzen des Stadtrats zum Stadtparlament verschieben. Genau das versucht die Initiative zu erreichen. Erst dann ist es möglich, dass man ein Referendum ergreifen kann. Wenn so ein Referendum zustande kommt, so kommt es vors Stimmvolk und so wird wieder der Ja- und der Nein-Anteil erhoben, was wir als demokratische Legitimation betrachten. Wir haben das Gefühl, dass allein schon die Möglichkeit, dass ein Referendum ergriffen werden könnte, in gewissen Grad animiert, Augenmass zu halten, wenn man Verkehrsanordnungen plant oder vorhat umzusetzen. Und sich vielleicht auch noch etwas genauer überlegt, welche Konsequenzen es bringt, bezüglich Ausweichverkehr auf die kürzeste Route oder irgendwelchen Schleichverkehr oder gegebenenfalls ein Bus, der plötzlich seine Anschlüsse nicht mehr schafft. Zudem kann man, wenn es zu einem Referendum und zum Abstimmungskampf kommt, die ganze Stimmbevölkerung auch besser auf Konsequenzen hinweisen. Wie zum Beispiel – wie vorhin erwähnt – zu Ausweichverkehr kommen könnte oder je nach Verkehrsanordnung sämtliche Zebrastreifen in diesem Gebiet verschwinden, was oft nicht unbedingt in diesem Moment bedacht ist.



Folie 4:

Ich möchte noch auf ein paar Argumente aus Bericht und Antrag eingehen. Einerseits ist die Rede von der zeitlichen Verzögerung. Die ist unbestritten da, da es noch durch den Rat durch muss. Wenn aber jetzt aus einem kritischen Punkt – wenn irgendwo die Sicherheit gefährdet ist – ein schnelleres Handeln gefordert ist, ist das durchaus auch mit temporären Verkehrsanordnungen möglich. Bis sechzig Tage könnte das ohne weiteres erlassen werden. Ab sechzig Tagen müssen sie ausgeschrieben werden. Mit einer annähernden Angabe, wann sie enden wird. Aber es ist nicht begrenzt. Theoretisch kann es – nicht sehr sinnvoll – unbegrenzt gültig sein. Also grundsätzlich kann man solche Sachen entschärfen, auch wenn es zu einer Verzögerung kommt, weil es noch im Stadtparlament behandelt werden muss. Wir haben uns auch überlegt, dass es einen gewissen Aufwand im Rat gibt, wenn alles im Stadtparlament behandelt werden muss. Würde es nicht Sinn machen, einen Gegenvorschlag zu machen und das irgendwo abzuspecken. Wir wussten aber nicht, wo wir abspecken müssten. Denn im Prinzip kann man einfach ein paar Parkplätze eng aufeinander wechselseitig anordnen, damit es zu einem Stop and Go kommt, zu irgendwelchen Lärmemissionen, die mehr werden und so. Letztlich haben wir darauf verzichtet, so etwas zu initiieren. Wir haben auch das Gefühl, es ist legitim, dass im Stadtparlament darüber diskutiert werden kann und man sich damit auseinandersetzt. Und wenn etwas völlig unbestritten ist, so ist es relativ schnell «durchgewunken». Zudem ist auch der Aufwand der Verwaltung noch aufgeführt. Wir haben das Gefühl, wenn es wirklich wichtig ist, ist dieser Aufwand auch wert, den wir hier treiben. Und am Schluss geht es um die direkte Demokratie. Ich finde, die ist eines der höchsten Güter, die wir hier in der Schweiz haben. Und wenn es wirklich so wichtig ist, darf man auch im Stadtparlament darüber diskutieren. Und wenn sich das nicht lohnt oder nicht mehr lohnt, so kann die Verkehrsanordnung wahrscheinlich auch nicht so wichtig gewesen sein. Wir haben auch darauf eingewiesen, dass es zum Teil Verkehrsanordnungen gibt, die aus politischen Vorstössen hervorgehen. Wie zum Beispiel die Parkierungsverordnung, welche wir hier haben. Da muss man sich vielleicht schon fragen, muss man über jedes einzelne «Täfel» abstimmen? So ist der Aufwand natürlich gigantisch. Wenn dieses Anliegen bereits aus dem Stadtparlament vorliegt, so wird man es auch ein bisschen bündeln können, beispielsweise nach Gebiet oder als Ganzes. Hier haben wir das Gefühl, dass man in solchen Fällen nicht über jedes einzelne «Täfel» abstimmen muss. Und zu guter Letzt, so als Schlussvotum, fände ich es eigentlich schade, wenn sich das Stadtparlament die Chance entgehen lassen würde, sich selbst mehr Kompetenzen geben zu können. Für etwas sitzt man da, bestimmt mit und man will doch auch etwas bewegen können. Vielen Dank.»



2. Abschiede der vorberatenden Kommissionen

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bezüglich der rechtlichen Beurteilung der Gültigkeit der Volksinitiative vor.

Ausserdem liegen die Abschiede der Kommission Bau & Infrastruktur und der Kommission Bevölkerung & Sicherheit bezüglich der materiellen Beurteilung vor.

Die GPK empfiehlt einstimmig die Volksinitiative für gültig zu erklären.

Die Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt mehrheitlich, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» abzulehnen.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt mehrheitlich, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» anzunehmen.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der Kommission Bau & Infrastruktur

- Im Antrag vom 19. Juni 2024 wurde durch die Kommission ein Formfehler entdeckt. Nach Rückmeldung der Kommission an die Geschäftsleitung des Parlaments wurde durch den Stadtrat am 16. Oktober 2024 ein Nachtrag zum Bericht und Antrag erstellt. Zu diesem Nachtrag hat die GPK bereits einen Abschluss erstellt (21. Oktober 2024). Die Kommission Bau & Infrastruktur kannte die Argumente für die Gültigkeit und ist einstimmig dafür, die Gültigkeit der Initiative zu erklären.
- Im Bericht vom 19. Juni 2024 auf Seite 8 unten wurde geschrieben «...vorübergehende Verkehrsanordnungen nicht für einen solch langen Zeitraum [6 – 12 Monate] angeordnet werden können.» Dies ist gemäss Signalisationsverordnung (SSV) und der kantonalen Signalisationsverordnung (KSigV) nicht korrekt. Vorübergehende Signalisationen von mehr als 60 Tage können angeordnet werden, bedürfen dann aber einer E-Publikation mit entsprechenden Rechtsmitteln.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der Kommission Bevölkerung & Sicherheit

Der Antrag des Stadtrats an das Stadtparlament, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» abzulehnen, lehnt die Kommission mehrheitlich ab. Das heisst, sie empfiehlt mehrheitlich, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» anzunehmen.

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der GPK.



Romaine Rogenmoser: «Der GPK ist es recht leichtgefallen, die Initiative für gültig zu erklären. Es wäre nämlich ein bisschen «schräg in der Landschaft gestanden», wenn wir sie als ungültig erklärt hätten. Wir haben das nicht gemacht, weil zwei Gutachten von der Stadt notwendig waren, welche zum gleichen Schluss kamen, sondern weil praktisch die identische Initiative schon in Dübendorf vor dem Parlament war und auch vom Volk schon angenommen wurde. Also grundsätzlich hat da nichts dagegensprochen, die als gültig zu erklären.»

Es liegen keine Ergänzungen von Mitgliedern der GPK vor.

Der Stadtrat verzichtet an dieser Stelle auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bau & Infrastruktur.

Dominik Berner präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 3): «So viele Zuhörer im Publikum habe ich, glaube ich, noch selten gehabt für eine Kommissionsmeinung. Nein, mir ist klar, dass ihr vermutlich nicht wegen dem da seid, wer weiss. Gerne stelle ich die Haltung der Kommission Bau & Infrastruktur vor zu der Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr».

Folie 2

Zuerst eine kleine Übersicht: Was hat denn die Initiative drin, damit wir alle vom Gleichen reden? Dann eine Übersicht über Bericht und Antrag, inklusive dem Nachtrag der Gültigkeitserklärung. Zudem werde ich die aktuelle Kompetenzenverteilung zwischen dem Stadtrat oder einfach bei Verkehrsanordnungen aufzeigen. Die alten oder bestehenden Abläufe und die neuen Abläufe, wenn die Initiative angenommen wird. Und dann werde ich auf die Argumentation eingehen, warum, eine Mehrheit der Kommission für die Ablehnung der Initiative ist.

Folie 3

Der Initiativtext – ich lese den jetzt nicht im Detail vor, gebe euch aber einen kurzen Moment Zeit, um das selbst zu tun. Wir haben das meiste schon gehört in den Ausführungen von Roger Emch.

Folie 4

Was heisst das jetzt für uns? Wir reden da im Gegensatz zur Initiative der Altstadt von einem ausgearbeiteten Entwurf. Das heisst, der Text wird 1:1 bei einer Annahme in die Gemeindeordnung unter Artikel 21 *Stadtparlament, allgemeine Verwaltungsbefugnisse* eingeführt, beim Unterpunkt, *die Beschlussfassung über die Einführung, Änderung oder Aufhebung von dauernden Verkehrsanordnungen auf kommunalen Strassen*. Das wäre dann das, was reinkommt.



Folie 5

Im Bericht und Antrag des Stadtrats heisst es, es werde dem Stadtparlament beantragt, die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» abzulehnen. Das heisst, aufpassen beim Abstimmen, es ist verkehrt herum. Ein «Ja» heisst «Nein» zur Initiative und «Nein» heisst «Ja» zur Initiative.

Folie 6

Und dann hatten wir den Nachtrag, ob die Volksinitiative gültig ist. Und da haben wir in der Kommission absolut nichts gefunden, was dagegenspricht. Genauso wie die GPK. Wie gesagt, wir empfehlen die Einstimmung, dass diese Initiative gültig ist. Ich glaube, das steht ausser Frage. Eine Mehrheit der Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt, den Bericht und Antrag der Stadt anzunehmen. Das heisst, Ablehnung der Initiative ohne Gegenvorschlag.

Folie 7

Stephan hat es schon gesagt, es gab ein Korrigendum aus Bericht und Antrag, den wir mit dem Stadtrat und auch mit der Abteilung besprochen haben. Wie gesagt, diese temporären Signalisationsverordnung können auch für mehr als 60 Tage angeordnet werden. Anschliessend muss es aufliegen, publizieren. So kann man bereits darauf reagieren als Einwohner und entsprechende Rechtsmittel gibt es dann natürlich auch.

Folie 8

Weitere Ausgangslage: Wo stehen wir heute? Kompetenzverteilung: Wir haben es vorhin gehört, aktuell ist es in der Kompetenz des Stadtrats, genauer gesagt der Stadtpolizei bzw. der Abteilung. Wir reden von rund acht bis zehn Verkehrsordnungen pro Jahr, die darunterfallen. Das sind diese 47 in den letzten fünf und ein halbes Jahren. Diese kommen nicht immer schön aufteilt alle eine bis zwei Monate. Es gibt Zeiten, in welcher mehr kommen, Zeiten, in welcher weniger kommen. Das hängt von der Bautätigkeit in Bülach ab, und auch davon, wie sich die Stadt entwickelt oder eben sogar von politischen Vorstössen, die wir bereits hatten. Verkehrsordnungen sind vorgängig immer öffentlich aufgelegt. Man kann auch während der Auflage bereits darauf rekurrieren. Das Stadtparlament ist aktuell bei Verkehrsordnungen nur involviert, wenn das Budget zur Umsetzung dieser Verkehrsordnung über die Budgetkompetenz des Stadtrats geht. Hier kommt die Kommission Bau & Infrastruktur höchstwahrscheinlich und wahrscheinlich auch die Kommission Bevölkerung & Sicherheit zum Zuge, die das Geschäft vorberaten. Wenn es ein Finanzgeschäft ist, ist der RPK auch gerne dabei. Schlussendlich wird über das Budget abgestimmt. Das heisst, wenn man so grosse bauliche Massnahmen für Verkehrsordnungen braucht oder so viele Schilder, dass es teuer wird, so ist das Stadtparlament involviert. Das ist aber in den meisten Fällen nicht der Fall.

Folie 9

Das Flussdiagramm stellt den aktuellen Ablauf zur Funktionsweise dar. Jede Verkehrsordnung steht ein Auslöser zugrunde. Das können Sicherheitsbedenken, eine Petition, das Gesamtverkehrskonzept



oder das Verkehrskonzept des Stadtrats, eine strategische Ausrichtung, eine Gebietsentrichtung und so weiter sein. Irgendetwas löst das aus. Es gibt eine erste Prüfung und einen Entscheid: Ist der Auslöser sinnvoll oder nicht. Dann gibt es eine Vorbesprechung beim Kanton Zürich. Das ist die VTA. Es ist schlussendlich im Kanton, wo es vorgeschrieben wird. Dann geht es zurück zu der Stadt, wenn es positiv bewertet wird. So gibt es eine Ausarbeitung und einen Antrag. Anschliessend prüft es die Kantonspolizei, ob die Ausarbeitung sinnvoll ist. Dies geschieht mit einer Verfügung und einer Bewilligung des Antrags. Dann wird es publiziert. Zu diesem Zeitpunkt sieht es die Bevölkerung und es heisst, jetzt möchten wir da etwas verändern. Die Publikation hat auch Rechtskraft und anschliessend erfolgt die Umsetzung. Es ist auch bereits jetzt ein Prozess, bis wir eine Verkehrsordnung in Bülach durchhaben.

Folie 10

Der Antrag neu, das Stadtparlament ist rot eingefärbt. Das ist nicht rot, weil die SP die Mehrheit hat, sondern weil es das Bülacher Stadtparlament ist. Der erste Teil ist genau gleich. Wir haben einen Auslöser, es geht zum Kanton zur Vorbesprechung, es gibt eine Ausarbeitung zum Antrag, so weit, so gut. Dann kommt aber genau das, was die Initiative fordert. Hier gibt es eine Ausarbeitung von Antrag und Weisung. Das passiert nicht im Stadtparlament, sondern im Stadtrat zuhanden des Stadtparlaments. Es folgt eine Vorberatung in den Kommissionen, dies in den meisten Fällen mit einem Zeitfenster von drei Monaten. Man kann eine Verlängerung beantragen. Anschliessend erfolgt ein Beschluss im Stadtparlament mit einer Referendumsfrist. Nach Ablauf der Referendumsfrist, ist der Entscheid rechtskräftig. Danach wird die Bewilligung durch die Kantonspolizei geprüft. Es erfolgt die Publikation und die Rechtskraftumsetzung. Hintenraus ist es genau gleich. Jetzt können wir darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, dass die Prüfung der Kantonspolizei nach unserer Abstimmung im Stadtparlament stattfindet oder besser vorher. Da wir aber als Stadtparlament in dem Moment auch die Möglichkeit haben, Änderungsanträge für diese Anträge einzureichen, macht es wenig Sinn, dass die Kantonspolizei das prüft, und dann bestimmen wir einen Änderungsantrag und wir prüfen es nochmals. Darum ist eigentlich die Prüfung und die Verfügung/Bewilligung des Kantons in diesem Ablauf nachgelagert. Dies ist auch so im Bericht und Antrag des Stadtrats vorgesehen, das haben nicht wir von der Kommission uns so überlegt. Natürlich haben wir das diskutiert, macht das Sinn? Wir haben da ein paar mehr Schritte und ein mehr involviertes Gremium (Stadtparlament), wenn die Initiative durchkommt.

Folien 11 und 12

Die Initiative wurde in der Kommission ausführlich diskutiert. Welche Punkte haben wir angeschaut? Es steht bereits im Bericht und Antrag. Was für eine Verzögerung und Mehraufwand hat das zur Folge? Wir haben diskutiert, wie wir das entschärfen können. Wie gesagt, es geht drei Monate durch die Kommission, wir haben eine Referendumsfrist. Minimum das. Die Ausarbeitung des Antrags ist sicher eine Verzögerung, bei der man von mehreren Monaten redet, im Minimum, pro



Verkehrsordnung. Wir haben darüber diskutiert, ob es Sinn macht, dass wir diese bündeln. Zum Beispiel: Wir haben im Sommer eine Parlamentssitzung, in wir das erste Halbjahr behandeln und im Herbst oder Winter eine Sitzung, wo wir das zweite Halbjahr behandeln. Wir sind jedoch zum Schluss gekommen, dass das nicht eine besonders schlaue Idee ist. Einerseits, wie gesagt, sind die Anordnungen nicht schön gestaffelt. Die können mal als Päckchen kommen, es kann aber auch lange gar nichts kommen. Plus die Geschäfte werden unter Umständen gross. Und die Parlamentssitzungen auch. Es ist auch so, wenn wir anfangen mit dem Päckli-Prinzip zu arbeiten, so braucht es entsprechend, wie auch die Initianten gesagt haben, temporäre Anordnungen. Die muss man auch immer ausarbeiten. Unter Umständen will man bereits irgendeine Anordnung in Kraft bringen, weil es eben sicherheitsrelevant ist, bevor das vom Stadtparlament behandelt worden ist. Es gibt einfach doch ein bisschen mehr zu tun, es verzögert alles und eben die Päckchenbildung ist auch nicht die Lösung. Was wir auch diskutiert haben, ist, dass die Initiative einen Anspruch hat – es ist nachvollziehbar, dass man mitbestimmen will als Bürger. Wir haben aber auch darüber diskutiert, dass die Initiative hintenansetzt, also bei den Auswirkungen und nicht bei der Verkehrsplanung. Wir bekommen keine bessere Verkehrsplanung als wir bereits haben. Das war ein Grund, bei dem wir gesagt haben: Da haben wir wenig Vorteile. Wir haben auch darüber gesprochen, dass die Mitwirkung beim Verkehrskonzept zum Teil schon gegeben ist. Natürlich nicht bei jeder Anordnung. Aber beim Gesamtverkehrskonzept hat man die Workshops gemacht, die man besuchen konnte. Selbstverständlich ist dem Stadtrat überlassen, was er aus den Inhalten der Workshops macht. Aber die Mitwirkung gibt es bereits. Und man hat auch bereits, wie erwähnt, die Möglichkeit, Rechtsmittel zu ergreifen, einen Rekurs und Einsprachen zu machen, um gegen geplante Verkehrsanordnungen vorzugehen. Das sind die Sachen, die wir diskutiert haben. Wir haben auch immer geschaut, ob wir etwas Positives dafür finden. Es hat auch positive Punkte. Der Wunsch ist absolut verständlich, dass man mitreden will. Schlussendlich sind wir aber zum mehrheitlichen Entschluss gekommen, dass wir empfehlen, den Bericht und den Antrag des Stadtrats anzunehmen, nämlich dass die Initiative ohne Gegenvorschlag abgelehnt wird. Denn die Mehrheit von uns findet, dass der Aufwand und die Verzögerung bei der Umsetzung dieser Verkehrskonzepte dem Benefit des Mitspracherechts und vom Verhindern überwiegt. Und wie schon erwähnt, die Initiative ist gültig, da gibt es absolut nichts darüber zu reden. Das war es von mir. Vielen Dank fürs Zuhören. Gibt es noch Fragen?»

Es gibt keine Fragen.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer, welcher die Minderheitsmeinung der Kommission Bau & Infrastruktur vertritt.



Thomas Obermayer präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 4): «Ich vertrete die Minderheitsmeinung und nehme somit die komplett andere Seite als Dominik von vorhin ein. Ich gehe nochmals auf die Folie zurück und erzähle einfach, was die andere Seite ist. Zum einen geht es um den Mehraufwand. Das ist so. Wir haben einen Mehraufwand. Das kann man nicht wegdiskutieren. Man kann davon ausgehen, dass ein normales Geschäft im Stadtparlament fünf bis neun Monate dauert, bis schlussendlich das Stadtparlament darüber beschliesst. Ich habe ein paar Beispiele gemacht. Das sind jetzt keine verkehrstechnischen Sachen, denn das haben wir nicht so viel im Stadtparlament, weil wir eben nicht zuständig dafür sind. Rein vom Umfang her: Die Leistungsvereinbarung der Nachbarschaftshilfe, ein kleines Geschäft, hat aber auch bereits sechs Monate im Stadtparlament verbracht. Auch eine BVO, die politisch schon etwas umstrittener war, hat ein bisschen mehr gebraucht und die Umzonung Erachfeld, ein grosses Geschäft mit 112 Seiten war gute neun Monate im Stadtparlament. Es ist also ein normaler Prozess, dass das Stadtparlament arbeiten muss. Das machen wir die ganze Zeit. Und wir werden mehr mit dieser Initiative arbeiten müssen. Aber dafür sind wir hier und dafür sind wir gewählt. Dominik sagte, es gibt keine Verbesserungen. Ja, das ist bei vielen Geschäften so. Es geht einfach um Kompetenzen. Das Stadtparlament hat Kompetenzen für gewisse Geschäfte, für gewisse Ausgaben. Verbesserungen liegen auch immer im Auge des Betrachters und bei einer Initiative geht ja nicht primär um das, sondern es geht primär um die Legitimation und um die Mitsprache. Und sie hat eine klare Auswirkung, das heisst, sobald das in der Geschäftsordnung verankert ist, kann man Volksinitiativen oder Referenden schlussendlich zu diesen Geschäften einbringen. Mitwirkung ist möglich, nein, das stimmt aus unserer Sicht nicht. Konzepte gehören dem Stadtrat, sind alleinig am Stadtrat. Klar fragt er die Öffentlichkeit und auch die Parteien an, aber die Umsetzung ist «eine Laune des Stadtrats». Man kann, wenn man meiner Aussage nicht glaubt, sehr gerne mal das Gesamtverkehrskonzept 2012 anschauen und mit dem Gesamtverkehrskonzept 2022 vergleichen – was man alles umgesetzt hat, nicht umgesetzt hat oder ganz anders umgesetzt hat. Und dann am Schluss, ich habe mir überlegt, ob ich das mit den Rekursen hätte sagen sollen. Ein Rekurs ist ein juristisches Mittel und kein politisches Mittel. Ich finde es ein bisschen gefährlich. Und ich glaube, da gibt es jemanden im Stadtrat, der ein bisschen Mühe hat mit so einer Aussage, wenn man einen Rekurs als politisches Mittel missbraucht. Auch wenn das gemacht wird, ich finde es nicht okay, wenn man das so empfiehlt. Nein, das ist definitiv nicht der richtige Weg. Am Schluss eine überspitzte Formulierung: Nur mit Initiativen sind Volksinitiativen oder Referenden zu verkehrspolitischen Massnahmen möglich. Wie gesagt, überspitzt. Es gab eine Volksinitiative autofreie Altstadt. Zuerst mussten wir noch darüber diskutieren, ob die überhaupt gültig ist. Wir haben sie schlussendlich als gültig erklärt. Oder wenn jetzt Finanzkompetenzen vom Stadtrat überschritten werden, wäre es auch in unserer Kompetenz. Aber ich mag mich ehrlich gesagt nicht erinnern, dass wir in den letzten Jahren ein solches Geschäft gehabt hätten. Danke.»



Es liegen keine weiteren Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bau & Infrastruktur vor.

Der Stadtrat verzichtet an dieser Stelle auf eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bevölkerung & Sicherheit.

Sven Zimmerli: «Die Fachkommission Bevölkerung & Sicherheit hat sich ausgiebig mit der Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» auseinandergesetzt. Unsere Fragen sind alle sehr ausführlich beantwortet worden. Wir danken allen involvierten Stellen dafür. Ich werde nicht alles wiederholen. Die Initiative fordert eine allgemeingültige Ergänzung des Zuständigkeitskatalogs des Stadtparlaments in der Gemeindeordnung, womit das Parlament zu der Beschlussfassung über die Einführung, Änderung oder Aufhebung von Verkehrsanordnungen auf kommunalen Strassen zuständig sein soll. Die Fachkommission Bevölkerung & Sicherheit schätzt den Mehraufwand zu den Verkehrsanordnungen als überschaubar an. Es werden wohl meistens keine grösseren Diskussionen notwendig sein, da vieles klar sein wird. Schlussendlich wird das Prozedere etwa so sein, wie bei einer Kreditabrechnung der RPK. Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Fachkommission Bevölkerung & Sicherheit hat diese sich mehrheitlich dazu entschieden, den Antrag des Stadtrats abzulehnen und die Initiative anzunehmen.»

Der Vorsitzende übergibt Patrizia Grütter das Wort, welche die Minderheitsmeinung der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vertritt.

Patrizia Grütter: «Ich vertrete heute die Minderheitsmeinung der Kommission Bevölkerung & Sicherheit. Die Minderheit der Kommission spricht sich gegen die Initiative «Mitbestimmen beim Verkehr» aus. Im Zuge der Kommissionsarbeit haben wir der Verwaltung einige faktenbasierte Fragen zum aktuellen Aufwand für dauernde Verkehrsanordnungen innerhalb der Abteilung gestellt. Im Zeitraum vom 1. Januar 2019 – 15. August 2024 wurden 47 Anträge bearbeitet. Es handelte sich dabei um folgende Anträge:

Anträge für Verkehrssignale: Zu diesen gehören: Signale Parkverbote, Signale Fussgängerstreifen, Signale Sackgasse, Signale Begegnungszone, Signale Parkplatz mit Gebühren und zeitlicher Beschränkung, Signale Fahrverbote, Signale Einbahn, Signale Einfahrt Verboten, Signal Stopp, Signal Kein Vortritt etc. Sprich: Alle Verkehrssignale auf öffentlichem Grund benötigen eine Verfügung oder eine Bewilligung. Diese müssen von der Kapo mittels Antrag bewilligt oder verfügt werden. Verfügte Signale müssen anschliessend noch publiziert werden (mit Einsprachefrist 30 Tage).

Anträge für Markierungen: Zu diesen gehören: Markierungen Parkfelder, Markierungen Fussgängerstreifen, Markierungen Stopp, Markierungen Kein Vortritt, Markierungen Rechtsvortritt, Markierung



Parkverbotsline etc. Sprich: Alle Verkehrssignale auf öffentlichem Grund benötigen eine Verfügung oder eine Bewilligung. Diese müssen von der Kapo mittels Antrag bewilligt oder verfügt werden. Verfügte Markierungen müssen anschliessend noch publiziert werden (mit Einsprachefrist 30 Tage).

Anträge für Zonen: Zu diesen gehören: Begegnungszonen, Tempo 30-Zonen, Parkverbotszonen etc. Sprich: Alle Zonen auf öffentlichem Grund benötigen eine Verfügung. Diese müssen von der Kapo mittels Antrag bewilligt oder verfügt werden. Verfügte Zonen müssen anschliessend noch publiziert werden (mit Einsprachefrist 30 Tage).

Anträge für Aufhebungen von Verfügungen/Bewilligungen von Signalen und Markierungen: Auch diese müssen bei der Kapo beantragt, dann bewilligt oder verfügt werden. Auch Aufhebungen von Verfügungen/Bewilligungen müssen unter Umständen publiziert werden (mit Einsprachefrist 30 Tage).

Und jetzt kommt, was mit der Annahme der Initiative passieren würde: Für jeden Antrag, den ich oben erwähnt habe, muss zusätzlich Antrag und Weisung ans Stadtparlament erstellt, vorbesprochen und mittels Stadtratsbeschluss ans Stadtparlament überwiesen werden. Anschliessend folgen je nach Antrag Fragen aus den Kommissionen, welche es zu beantworten gilt. Zudem darf auch ein sehr wesentlicher Punkt nicht vergessen werden: Auch Änderungen, Aufhebungen und Demarkierungen müssen wiederum mit dem gleichen Szenario angegangen werden, sprich wie neue Markierungen oder Neusignalisierungen via Antrag und Weisung über das Stadtparlament beantragt werden. Nicht zu vergessen sind neben dem zeitlichen Mehraufwand vor allem die enormen zeitlichen Verzögerungen und damit verbunden auch der Aspekt der Verkehrssicherheit. Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier: Im Dezember 2024 haben wir das Budget der Stadt gekürzt. Mit der Annahme dieser Initiative generieren wir einen finanziellen und personellen Mehraufwand, der sich schlichtweg nicht plausibel erklären lässt. Aus diesem Grund lehnt die Minderheit der Kommission die Initiative ab.»

Es liegen keine weiteren Ergänzungen von Mitgliedern der Kommission Bevölkerung & Sicherheit vor.

Der Vorsitzende übergibt Stadtrat Andreas Müller das Wort.

Stadtrat Andreas Müller: «Ganz einfach und vorweg auf den Punkt gebracht. Wir haben eine gut etablierte und funktionierende Praxis. Änderungen im Verkehr sind grundsätzlich beim Stadtrat. Aber der Stadtrat macht es grundlegend gar nicht selbst. Wir delegieren es an die Fachleute, an die Polizei. Die Fachleute liefern uns die Entscheidungsgrundlage, damit wir richtig entscheiden können. Und alles andere überlassen wir direkt der Polizei. Ich danke der Fachkommission herzlich für den gefundenen Fehler, welcher sich eingeschlichen hat und auch, dass wir heute darüber entscheiden können. Zurück zum Inhaltlichen. Wir haben es gehört, den Mehraufwand der Verwaltung, darüber müssen wir nicht reden. Es braucht so viel mehr, acht bis zehnmal im Jahr das Eingreifen des Stadtparlaments, welche



eine Prozessdauer von sechs bis neun Monaten haben. «Entschuldigung, haben wir nicht Gescheiteres zu tun». Alle Verzögerungen der Projekte, das kann doch nicht sein. Mit dieser Volksinitiative wollen wir etwas flicken, das gar nicht kaputt ist. Die Frage beantwortet von Dominik, ob das wirklich Sinn macht. Der Stadtrat ist der Meinung, das macht jetzt sicher keinen Sinn, da etwas zu ändern. Besten Dank.»

4. Fraktionserklärungen

Reto Zumstein (GLP-Fraktion): «Die soeben gehörten Erklärungen aus den Kommissionen machen deutlich, dass die Initiative mit einem grossen finanziellen und personellen Mehraufwand für die Verwaltung und für das Stadtparlament verbunden ist. Die Budgetkürzungen, die wir im Dezember beschlossen haben, rechtfertigen so eine Initiative noch weniger, weil Aufwand und Ertrag aus unserer Sicht absolut nicht stimmig sind. Bereits heute bestehen diverse Instrumente für uns aus dem Stadtparlament, aber auch für die Bevölkerung, wenn Mitsprache bei Verkehrsanordnungen erwünscht ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Verwaltung schon jetzt einen ausgezeichneten Job macht und unsere Stimme aus dem Stadtparlament bei jeder noch so kleinen Verkehrsanordnung nicht notwendig ist. Selbstverständlich werden wir von der GLP-Fraktion auch weiterhin mit den bereits vorhandenen Möglichkeiten Einfluss nehmen, sollte das Mitspracherecht bei gewissen verkehrstechnischen Themen gewünscht sein. Dazu braucht es aber die teure und bürokratische Initiative nicht. Aus diesen Gründen lehnt die GLP-Fraktion die Initiative einstimmig ab. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt Tünde Mihalyi das Wort.

Tünde Mihalyi (SP-Fraktion): «Ich werde jetzt zwar ein paar Sachen wiederholen, aber wir bleiben jetzt bei unserer Rede. Wir von der SP-Fraktion sind der Meinung, dass die Vorschläge der Initianten leider keine wirklichen Verbesserungen zur Verkehrssituation bringen. Vielmehr verursachen sie Verzögerungen bei Anpassungen und Verbesserungen oder verhindern schlussendlich deren Umsetzung. Die Initianten fordern, Mitbestimmen und Referendumsfähigkeit beim Verkehr – tatsächlich wird hier nur ein weiteres Instrument geschaffen, um Verkehrsanordnungen zu verhindern. Es ist aber so, dass ablehnende Beschlüsse des Stadtparlaments nicht referendumsfähig sind. Somit kann diese Initiative nur verhindern und nicht ermöglichen. Dies unter anderem, weil die Initiative am falschen Punkt des Prozesses ansetzt. Als Beispiel: Lehnt das Stadtparlament die Schaffung einer 30er-Zone ab, wäre das nicht referendumsfähig. Wie schon von Dominik erwähnt, ist es besser, wenn wir vorne mitbestimmen, anstatt hinten zu verhindern. Nur so können wir echte Fortschritte erzielen. Wie wir schon gehört



haben, wird geschätzt, dass es ca. 8 - 10 Vorlagen pro Jahr geben wird. Wenn diese in Zukunft alle zuerst durchs Stadtparlament müssen, bevor eine Entscheidung getroffen werden kann, bedeutet das nicht nur einen enormen Mehraufwand, sondern auch Mehrkosten für uns alle. Wie schon erwähnt, macht es keinen Sinn, alle Verkehrsanordnungen unter dem Jahr zu sammeln und auf einmal im Stadtparlament abstimmen zu lassen, da das auch zu Verzögerungen führen würde und zwischenzeitlich einfach temporäre Anordnungen aufstellen, ist auch nicht effizient. Es ist verständlich, dass der Wunsch nach demokratischer Mitbestimmung gross ist. Doch wir haben bereits verschiedene Mechanismen, durch die wir unsere Meinung kundtun können – sei es durch Rekurs, Einsprache oder formelle Antworten auf Vorschläge. Zudem betreibt Bülach die Mitwirkungsplattform, um die Bedürfnisse der Bülacher Bevölkerung abzuholen oder führte in der Vergangenheit entsprechende Workshops durch – wie zum Beispiel als Grundlage für das Gesamtverkehrskonzept. Auch finden wir, dass Petitionen von Anwohnern ein gutes Instrument sind, um den Prozess für Verkehrsänderungen mit konkreten Verbesserungen anzustossen. Und nicht zuletzt haben wir auch im Stadtparlament die Möglichkeit etwas anzustossen, was die Motion zu Tempo 30 zeigt. Wir sollten diese Instrumente nutzen, anstatt auf Massnahmen zu setzen, die die Verbesserungen zur Verkehrssituation nur weiter zu verzögern. Die Gültigkeit der Initiative ist jedoch unbestritten. Bei der aktuellen finanziellen Situation der Stadt, forderten die bürgerlichen Parteien (SVP, FDP und Teile der GLP) vehement, dass die Abläufe in der Stadt effizienter zu gestalten sind und die Verwaltung weniger Geld ausgeben soll. Diese Initiative würde das Gegenteil bewirken und erneut mehr Kosten verursachen. Daher lehnen wir von der SP-Fraktion diese Initiative entschieden ab.»

Der Vorsitzende übergibt Philemon Abegg das Wort.

Philemon Abegg (EVP/Die Mitte-Fraktion): «Das Recht mitzubestimmen, ist tief in unserer Demokratie verwurzelt. Es ist ein Grundpfeiler unseres Landes. Wieso sollten wir uns also nicht dafür einsetzen, wenn es darum geht, dass das Volk mehr Recht bei der Mitbestimmung im Verkehr erhält? Was logisch tönt, hat auch einen Haken. Wir sprechen im Stadtparlament häufig über den effizienten Umgang mit Steuergeldern, davon die Verwaltung nicht aufzubauschen und immer mehr auch über den grösser werdenden Aufwand der Parlamentsarbeit. Mehr Mitbestimmung tönt erst mal super. Doch die finanziellen Mehraufwände in der Verwaltung, im Stadtparlament und allfällige Aufwände sind wohl kaum damit zu rechtfertigen. Ausserdem bauen wir unseren Parlamentsapparat auch immer mehr auf. Wir machen unsere Parlamentsarbeit alle auf freiwilliger Basis. Wir werden zwar für die Sitzungen mit Steuergeldern entschädigt, müssen aber auch viel Zeit unserer Freizeit investieren. So ziemlich alle Parteien unter uns kämpfen damit, Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden. Wollen wir noch mehr Geld aufwenden und die Parlamentsarbeit noch zeitintensiver machen? Die EVP/Die Mitte-Fraktion



lehnt die Initiative ab und spricht sich somit dagegen aus, den Verwaltungsapparat zu vergrössern und die Parlamentsarbeit noch arbeitsintensiver zu machen durch ein Thema, welches mehrheitlich überhaupt nicht kontrovers ist. Bei maximal einem kontroversen Thema pro Jahr kommen zusätzlich noch 7 - 8 Geschäfte zusätzlich hinzu, welche mit dem von den Initianten angestrebten Prozess kein Mehrwert erfahren. Im Gegenteil, zusätzlich zu den bereits erwähnten Aufwänden in der Verwaltung würden mit den Initiativen zusätzliche Schritte im Prozess, einschliesslich des Abwartens der Referendumsfrist dazu führen, dass die Umsetzung von Verkehrsanordnungen deutlich länger dauert. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss (Grüne-Fraktion): «Die Fraktion der Grünen lehnt die Initiative ab. Wir stimmen also dem Antrag des Stadtrates zu. Wie wir bereits hörten, schafft diese Initiative unnötigen Aufwand. Bearbeitung von Anträgen können allein im Stadtparlament gut zwei – neun Monate dauern. Hinzu kommen die Vorbereitungen und Rekursfristen. Und das kommt aus den Reihen von einer Partei, die noch vor zwei Monaten hier in diesem Saal kürzungswütig nach mehr Effizienz der Verwaltung geschrien hatte. Wie kommt das zusammen? Naja, man will verhindern. Solche Vorstösse gab und gibt es auch in anderen Gemeinden. Z.B. wurde in Dübendorf praktisch dasselbe eingereicht, aber nur für Anordnungen, die eine Temporeduktion beinhalten. Hier haben wir es mit allen dauernden Verkehrsanordnungen zu tun. Also ein wenig mehr. Was bewegt die Initianten allgemein und was hier bei uns in Bülach im Besonderen? Man sieht klar die allgemeine Absicht, Tempo 30 soll verhindern oder mindestens verzögert werden. Hier in Bülach kommt hinzu, dass Pläne zur kompletten Sperrung der Fabrikstrasse auf dem Tisch sind. Darum kommt der Zusatz, darum geht es weiter als in Dübendorf. Also man will verhindern, egal ob es für die Anwohnenden besser ist oder vielleicht sogar den Verkehr flüssiger sein würde. Hauptsache man kann überall mit mindestens 50 km pro Stunde durchfahren. Natürlich ist das zu sagen nicht sehr «sexy». Deshalb spricht man nicht von Verhinderungspolitik, sondern arbeitet unter dem Mantel der Volksrechte. Auch das kennt man aus SVP-Kreisen. In der Einbürgerungsdiskussion ist möglichst lange an Abstimmungen festgehalten worden. Was ein reiner Verwaltungsakt ist, sollte politisiert und emotionalisiert werden. Damit, wenn möglich, viele Unbeteiligte über die Interessen der Beteiligten stimmen konnten. Die Stadt hat eine gesamtplanerische Übersicht mit entsprechenden übergeordneten Abhängigkeiten. Die entsprechenden «Auslöser» – seien es Petitionen oder anderes – werden sorgfältig geprüft. Dies passiert auch – wir haben es gehört – mit der Kantonspolizei zusammen. Alle Stellen achten auf die Sicherheit und folgen den Grundsätzen des staatlichen Handelns. Es ist mehr ein Verwaltungs- oder administrativer Akt als eine politische Frage. Das haben auch die bereits angesprochenen Beispiele gezeigt. Doch was macht man, wenn man sich gegen Verkehrsanordnungen



wehren möchte? Neben den natürlich vorhandenen Rechtswegen gibt es immer noch die Möglichkeit, Anträge auf Aufhebung einer Anordnung zu machen. Diese wird dann wiederum von mehreren Gremien geprüft und wenn es in der Sache passt, für gut befunden und weitergeleitet. Und wegen der Petitionen. Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie das gehen könnte. Beim Vogelsang-Gebiet gab es eine Petition zur Auflösung von Parkplätzen. Daraufhin wurde eine «Gegenpetition» gestartet. Die Behörden haben daraufhin die erste Petition nicht weiter berücksichtigt. So kann auch die «negative Stimme» erhoben werden. Man muss sich auch bewusst sein, dass immer die Kantonspolizei entscheiden wird. D.h. es besteht keine Garantie, dass bei einer Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger von Bülach zu einer Anordnung, diese auch dann tatsächlich kommt. Und noch etwas ist bemerkenswert und das eigentlich zentrale Ziel der Initianten: Wenn wir diese Initiative annehmen, können sinnvolle, ja vielleicht gar unbedingt nötige Vorhaben vom Stadtparlament versenkt werden. Denn wenn das Stadtparlament «Nein» sagt, hat die Stimmbevölkerung keine Möglichkeit mehr, darüber abzustimmen. Die Bevölkerung wird dann vom Stadtparlament bevormundet – eine Schwächung der direkten Demokratie. Und das ist doch das stärkste Zeichen dafür, dass hier nicht die Volksrechte im Fokus stehen. Es gibt kein Handlungsbedarf, es gibt nur negative Folgen und deshalb ist die Initiative abzulehnen.»

Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen.

5. Detailberatung

Philemon Abegg: «Ich möchte mich kurz erklären. Wir haben in der Fachkommission vorhin davon gesprochen, dass eine Mehrheit diese Initiative annimmt. Ich habe die Fachkommission in den letzten Wochen darüber informiert, dass ich mich umentschieden habe. Wir haben den Entscheid in der Fachkommission im Oktober getroffen. Das sind inzwischen vier Monate her. Wie wir es gehört haben, gerade über die Budgetsitzung, die zeitintensive Parlamentsarbeit, war bei mir sehr viel los. Und ich kann es einfach nicht vertreten, dass wir uns noch mehr Arbeit aufhalsen, dass wir die Verwaltung noch mehr aufbauschen. Deshalb werde ich «Nein» zu dieser Initiative stimmen, statt wie in der Fachkommission zustimmen. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Romaine Rogenmoser.

Romaine Rogenmoser: «Jetzt muss ich doch schnell replizieren, als Frau Nötzli zuvor ausgeholt und die einzelnen Verkehrsanordnungen aufgezählt hat, habe ich gedacht, ist das wirklich ihr ernst? Aber ich bin jetzt ehrlich gesagt sehr froh, dass sie das gemacht hat. Mir war das auch nicht so bewusst, um



was es hier wirklich geht. Und wenn ihr jetzt hier allen Ernstes ins Feld führt, dass irgendwelche läppi-schen Signalisationsänderungen oder irgendwelche Ampeländerungen oder wenn ihr eine Ampel aufstellen wollte, dass das mehr Aufwand gibt... Also ich hoffe fest, mit unserer digitalisierten und effizienten Verwaltung, dass für die Handlungen, die offensichtlich zu 90 % Standardprozedere und Kleinigkeiten sind, dass für das ein Formular existiert, welches man schnell ausfüllen kann. Das kann man in die Kommissionsarbeit bringen. Ich weiss nicht, ob den Kommissionspräsidien bis jetzt nicht bekannt ist, dass man so einen zirkularen Beschluss machen kann, innerhalb der nützlicher Frist. Meine GPK-Kolleginnen und -Kollegen können ein Lied davon singen: Man kann in einer nützlichen Frist von einer Woche einen Zirkularbeschluss, der absolut unbestritten ist, durchwinken, ohne Probleme. Es gibt also nicht wahnsinnig viel Mehraufwand. Die Tür für so einen Zirkularbeschluss ist wirklich nicht gross und auch der finanzielle Aufwand, den so ein Beschluss generieren würde, ist an einem kleinen Ort. Für Stadtrat Müller möchte ich replizieren, dass wir nicht etwas reparieren wollen, das kaputt ist, sondern dass es eigentlich legitim ist, dass sich das Stadtparlament Kompetenzen holen will, die jetzt beim Stadtrat sind. Herr Obermayer hat es ausgeführt: Beim Gesamtverkehrskonzept haben wir nichts mitzuberichten und was nachher umgesetzt wird, was reinkommt und was sich verändert, das ist nicht in unserer Hand. An die SP gerichtet: Es ist nicht so, dass wir das zu verhindern versuchen. Wie ihr gehört habt, ist das ein ganz grosser Teil von Standardprozedere. Da wird es keine Opposition geben. Es ist klar, dass man das machen muss, das wird da durchgewunken. Und bei den paar Sachen, die relevant sind, ist es meines Erachtens legitim, dass da das Volk etwas dazu sagen kann. Und ich finde es eigentlich auch lustig, dass jetzt dort immer der finanzielle Aufwand ins Feld geführt wird, bei einem Budget, das abgeschlossen ist. Erstens haben wir jetzt eine Steuererhöhung von vier Prozent und zweitens sind es genau die linken Parteien, die die «Kohle» (Geld) mit beiden Händen ausgeben. Also ich glaube, von dem her ist das vielleicht auch ein schlechtes Argument eurerseits Seite. Und an die EVP muss ich sagen: Also hier einen Zusammenhang zu konstruieren zwischen der Attraktivität dieses Amtes und dem Mehraufwand, finde jetzt doch ein bisschen gewagt. Die Verzweiflung muss gross sein, dass diese Initiative allenfalls durchkommen könnte. Ich weiss, dass die Initiative hier im Rat keine Mehrheiten finden wird. Aber ich freue mich auf den Abstimmungskampf.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Thomas Obermayer.

Thomas Obermayer: «Nur ganz kurz, ein kleiner Punkt, und zwar an dich, Andreas. Du hast gesagt, ein «Nein» im Stadtparlament ist nicht referendumsfähig, das ist so, natürlich, oder? Aber wir waren nicht diejenigen, welche eine Zweidrittelmehrheit in die Gemeindeordnung geschrieben haben, wie bei der Bodennitiative. Das ist antidemokratisch. Weil selbst wenn du nicht die Mehrheit des Stadtparlaments



hast, kannst du nicht einmal ein Referendum machen. Weisst du, was ich meine? Bei der Bodeninitiative haben wir eine Zweidrittelsmehrheit und das ist nicht demokratisch. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Meier.

Christoph Meier: «Ich möchte noch für das Publikum anmerken, dass auch Frau Rogenmoser mit allen per Du ist. Und dann ist meine Frage an die Initianten dieser Initiative, wo genau das Problem ist. Andi hat es vorhin angesprochen: Man kann nicht mit 50 durchs Quartier «blochen»; man muss 10 Meter weiter gehen zum Parkplatz. Ich sehe null Probleme. Ich sehe eine sehr gut funktionierende Demokratie betreffend Verkehr in dieser Stadt. Es werden Petitionen eingereicht, welche geprüft werden, welche angenommen werden, wenn man es annehmen kann. Es wird alles in einen Gesamtkontext eingebettet- Auch sehe ich sehe nicht über jede Anordnung – auch wenn es mit Zirkularbeschlüssen geht – über jede Anordnung abzustimmen. Ja, es ist immer nett, wenn man viel Kompetenz hat, wenn man überall mitentscheiden kann. Aber ich will am Schluss auch nicht mitentscheiden, wie oft und an welchen Wochentagen die Stadt Abfalleimer leeren kann, wie viel Salz jetzt genau auf welcher Strasse landet. Dafür wählen wir kompetente Stadträte, welche kompetente Leute in der Verwaltung einstellen, damit wir diese Aufgabe delegieren können und uns im Stadtparlament um die Sachen kümmern, die wichtiger sind, als ob es irgendwo einen Parkplatz mehr oder weniger hat. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Also jetzt muss ich eine Antwort auf die Antwort geben. Die Bodeninitiative sprichst du an: Der Sinn dahinter ist, dass eben ein Verkauf sehr schwierig ist. Die Bodeninitiative wurde auch vom Volk angenommen. Dannzumal – sehr knapp vielleicht – aber sie ist angenommen worden. Das ist etwas, was die Bodeninitiative eben will, dass es schwierig ist, das zu machen. Es gibt noch zwei, drei andere Passagen, bei der es eine Zweidrittelsmehrheit im Stadtparlament benötigt. Und es ist eigentlich Usus, dass es im Stadtparlament Zweidrittelsmehrheiten geben oder verlangt werden kann für gewisse Sachen. Jetzt vielleicht nicht gerade bei uns, aber weiter oben, Kantonsparlament, Nationalrat etc. Danke.»



6. Abstimmungen

Antrag des Stadtrats zur Gültigkeit der Volksinitiative

Das Stadtparlament stimmt einstimmig dem Antrag des Stadtrats zu und erklärt die Volksinitiative für gültig.

Antrag des Stadtrats zur Volksinitiative

Der Vorsitzende erläutert, dass bei einem «Ja» der Stimmbevölkerung die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag **zur Ablehnung** empfohlen wird.

Das Stadtparlament lehnt die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» mit 14 Ja-Stimmen bei 11 Nein-Stimmen ab.

Den Bülacher Stimmberechtigten wird die Ablehnung der Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» ohne Gegenvorschlag empfohlen.

Traktandum 5

Öffentlicher Gestaltungsplan Herti – Festlegung

Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, es wolle beschliessen:

1. Der öffentliche Gestaltungsplan Herti wird festgesetzt.
2. Dem Bericht über die Einwendungen gemäss Art. 7 Abs. 3 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) wird zugestimmt.
3. Der Bericht gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am öffentlichen Gestaltungsplan Herti vorzunehmen, sofern sich diese im Nachgang von Genehmigungs- oder Rechtsmittelverfahren als notwendig erweisen und kein Ermessen besteht.
5. Der Stadtrat beschliesst das Datum des Inkrafttretens.
6. Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 14 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum. Wird das Referendum ergriffen, wird die Geschäftsleitung des Stadtparlaments mit der Ausarbeitung des beleuchtenden Berichts beauftragt.



Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Kommission Bau & Infrastruktur vor.

Die Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt das Geschäft mehrheitlich zur Annahme.

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Referenten der Kommission Bau & Infrastruktur.

Andreas Scheuss präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 5): «Ich werde die Kommissionsmehrheit der Kommission Bau & Infrastruktur vertreten und dabei gleichzeitig auch noch die wesentlichen Elemente des Gestaltungsplans Herti vorstellen. Nachher wird die Minderheitsmeinung auch noch vorgetragen werden.

Folie 2:

Der öffentliche Gestaltungsplan, was ist überhaupt ein Gestaltungsplan? Damit kann man – einfach gesagt – auf einer Zone, auf einem Gebiet, die Zonenordnung übersteuern und bessere Bedingungen machen. Man kann ein bisschen höher bauen, man kann weniger Abstände bauen... was natürlich im Detail im Gestaltungsplan dann festgelegt ist. Wir reden hier von einem öffentlichen Gestaltungsplan. Die Mitglieder des Stadtparlaments wurden im Vorfeld, wie auch schon gesagt wurde, über den privaten Gestaltungsplan des Sonnenhofs informiert. Wir können die Bestimmungen im Gestaltungsplan anschauen und theoretisch auch verändern. Wir von der Kommission haben jetzt keine Änderungsanträge eingestellt, darum ist eigentlich alles oder nichts.

Folie 3:

Ein paar technische Sachen. Wir werden nachher ein paar Bilder sehen, was mit Vorsicht zu geniessen ist. Man muss es immer ein bisschen abstrahiert betrachten. Es sind eigentlich eher so Vierecke als effektive Häuser. Das, was grün eingefärbt ist, ist unser Gestaltungsplan, der basiert auf einem Richtprojekt. Das Richtprojekt ist ein sehr ausgearbeitetes Projekt, welches man theoretisch in diesem Bereich realisieren könnte. Es ist auch wie der Sparing-Partner des Gestaltungsplans. Man kann diesen immer wieder zum Vergleich beziehen und prüfen, ob einerseits die Bestimmungen, die drin sind und der Situationsplan, mit dem Richtprojekt aufgehen und andererseits, ob die Gestaltungsleitbilder, die Ideen vom Ganzen, im Projekt vertreten sind. Es ist ein bisschen wie das abstrakte Projekt, zu dem man sich abarbeitet. Wenn das Stadtparlament den Gestaltungsplan beschlossen hat und es rechtskräftig wird, so ist es möglich, ein Umsetzungsprojekt einzureichen. Das kann sehr ähnlich sein wie das Richtprojekt. Es kann nicht sehr weit weg sein, aber es kann auch ziemlich viele Veränderungen drin haben.



Also das Richtprojekt ist etwas Theoretisches eher und das Umsetzungsprojekt ist das, was handfest ist, in welchem die Bauarbeiter auf den Platz kommen und mit dem Bau beginnen.

Folie 4:

Aber worüber reden wir überhaupt? Wir reden über das Gebiet, südlich durch den Bahnhofring, westlich durch den heutigen Bahnhofring, die Bahnhofstrasse auf der östlichen Seite und von Norden her ist es begrenzt durch die Unterführung, die dann dort hoch geht. Oben ist der Bushof Mitte, welcher auch noch ein Thema sein wird. Darüber sprechen wir heute Abend.

Folie 5:

Zuerst müssen wir noch kurz herauszoomen. Der Gestaltungsplan Herti hat relativ viel mit dem Gestaltungsplan Bülach Nord zu tun. Der ist jetzt etwa zehn Jahre alt. Bülach Nord ist Bülach Nord, das heisst Guss und Glasi sind hier relativ prominent vertreten. Aber wenn man schaut, eben auch unser Gebiet hier unten (violett eingezeichnet). Im Gestaltungsplan Bülach Nord ist der Gestaltungsplan Herti als Untergestaltungsplan festgelegt, also das heisst, in den Bestimmungen von Bülach Nord heisst es, dass für das Gebiet Herti ein Gestaltungsplan erarbeitet werden muss, bevor man mehr dort bauen kann. Und folglich müssen die Bestimmungen zu Herti «im Einklang» mit Bülach Nord sein. Ich habe jetzt extra diese rechtlich unverfängliche Formulierung genannt.

Folie 6:

Perimeter vom Gestaltungsplan Herti: Man hat im Wesentlichen die vier Elemente. Das Baufeld A, das parzellenmässig unterteilt ist. Das Baufeld B, wo die ungenutzten Häuser sind, oder wo vor ein paar Tagen oder Wochen das Feuer ausgebrochen war. Das Baufeld C, wo das Hertilabor ist bzw. die Hertilinden und der Parkplatz. Und das Baufeld D, wo das Restaurant ist, mit den Bäumen, dies Richtung Gleise. Der Bereich im Gleispark betrifft es nicht. Es geht um die Baufelder und das, was in der Mitte ist. Und natürlich, das wisst ihr alle, das ist der Übergang vom Bahnhof Richtung Altstadt. Also von dem her ein wichtiger Knoten, auch städteplanerisch gesehen. Das kommt nachher nochmals wieder.

Folie 7:

Das wichtigste Schnittstellenprojekt oder die Schnittstellenplanung, ist der Bushof Mitte und der Gleispark. Dazu gab es Ende 2024, Anfang von diesem Jahr, eine öffentliche Auflage, wo erklärt oder gezeigt wurde, was das alles ist. Und im oberen Bereich hat es sehr viele Schnittstellenprobleme, die dann da sind. Also konkret, es müsste wahrscheinlich (Andreas Scheuss zeigt auf die Folie) ein bisschen abgezwickelt werden, damit die Busse richtig fahren können. Das einfach auch zur Komplexität von diesem ganzen Bereich hier oben. Die wesentlichen Elemente aus den Unterlagen, das ist von Norden nach Süden gesehen, der Bushof. Die Kubatur sieht man hier (Andreas Scheuss zeigt auf die Folie). Kubatur heisst, wie die Volumen des Ganzen sind, was man sich da vorstellen muss, was da kommt. Als Bemerkung, die A-Volumen, das ist jetzt nicht der aktuelle Baustand, sondern das, was möglich wäre durch den Gestaltungsplan. Also insbesondere A1, A2 sind in heutiger Sicht deutlich kleiner oder



kleiner. Ich zeige nachher noch ein Bild, wie es heute aussieht. Der minimale Nichtwohnanteil ist wie abgebildet so angegeben. Im B sollte es ein bisschen mehr Gewerbe oder eben Nicht-Wohnanteil haben. So im Schnitt ist es etwas weniger als 20 Prozent, glaube ich, über das Ganze gesehen. Aber man sieht eigentlich, dass hier die, die mehr Richtung Strasse oder mehr Richtung Bahnhof gelegen sind, dass eher noch Gewerbe beinhaltet sein sollte. Auf dem Baufeld B, soll ein Hochhaus von ca. 30 m Höhe entstehen Die hinteren Blöcke C und D sind etwas tiefer, etwa vier bis 5 Etagen. Ein wesentlicher Punkt ist der Hertihof, im Innenhof. Das ist eine Fläche, die einerseits nicht unterbaut werden darf, also hier darf man keine Tiefgarage bauen. Und es sollen mindestens acht grossstämmige Bäume Platz haben. Das ist klar für eine versickerungstechnische Idee, also Schwammstadt und auch, dass die Bäume eben gross werden können. Ein anderer Punkt: Bike and Ride in B, das heisst in diesem Bereich hier (Andreas Scheuss zeigt auf die Folie), sieht man eigentlich auch noch gut hier an dieser Stelle, sollten 360 Abstellplätze für Velos sein. 180 bedient im Erdgeschoss vom Gebäude B und 180 aussen in unmittelbarer Nähe, Das ist, wenn man genau schaut, ungefähr dort, wo heutzutage der «Reissverschluss» ist, ein bisschen weiter südlich. Möglichst nahe beim Perron-Gelände – zu den Perrons hin.
Folie 8:

Diese Punkte waren die Diskussionen in der Kommission. Ein wesentlicher Punkt, den wir auch nachher hören werden, ist die Abhängigkeit des Gestaltungsplans zusammen mit der möglichen Verdichtung. Zuerst einmal die Erhöhung der Baumasse. Da könnte man ja fordern, man könnte sagen, wir wollen dichter bauen, das heisst an dem Ort auch höher. Eine solche Bestimmung, würde aber bedeuten, dass man dem Gestaltungsplan Bülach Nord widersprechen würde und nicht mehr im Einklang mit dem wäre. Und darum müssen wir gemäss Verwaltung auch den Gestaltungsplan Bülach Nord wieder «auspacken» und nochmal neu durchdeklinieren, dass das auch geht. Darum auch die Erhöhung der Baumassen. Die Diskussion war recht heftig, weil wenn man eine höhere Baumasse hat, könnte man dann auch eventuell noch mehr Arbeitsplätze einfügen, mehr Wohnanteile, eventuell preisgünstiges Wohnen. All diese Sachen wären auch möglich, wenn man natürlich mehr hat. Preisgünstige Wohnungen, das war auch ein Punkt, der angesprochen wurde. So nahe beim Bahnhof kann man Durchmischung durch preisgünstige Wohnungen fördern. Die Lage von Bike and Ride hat auch zu Diskussionen geführt, denn wenn man aus Sicht des Grundeigentümers betrachtet, könnte man sagen, an dieser Stelle wäre eigentlich ein Restaurant vielleicht attraktiver oder auch lukrativer oder auch sonst gewisse Gewerbesachen, welche wirklich in der Nähe vom Bahnhof sind, welche man als erstes sieht beim Bahnhof. Dort ist aber, was man klar sagen muss, ein öffentliches Interesse an solchen Velobestellplätzen. Und es zeigt sich auch in Planungssachen, wenn man die Velobestellplätze weiter hinten anbringt, wird angefangen wild zu parkieren. Und es entspricht auch nicht den Bedürfnissen der Velofahrenden schlussendlich an dieser Stelle. Die Nicht-Unterkellerung des Hertihofs wurde ebenfalls diskutiert, weil das auch einen relativ starken Eingriff in den Grundeigentümer gibt. Es entstehen auch Kosten, wenn



man nicht nach unten bauen darf. Vielleicht muss Doppeltiefgaragen planen? Man ist grundsätzlich eingeschränkt mit dem, was man machen kann. Dies wurde auch diskutiert. Und natürlich, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Bei solchen Diskussionen werden sicher auch Parkplätze thematisiert. Die einen sagen, man braucht keine, die anderen sagen, man braucht ganz viele. In der Kommission empfiehlt die Mehrheit dem Stadtparlament den Gestaltungsplan wie er vorliegt zu belassen und ihn als solches dem Stadtparlament mit der Bitte um Zustimmung zu überweisen.

Folie 9:

Eine kleine Exkursion, wie ich es vorhin erwähnt habe, wegen der Kubatur der Baumassen bezüglich der Dichte, die wir haben. Es ist angesprochen im Gestaltungsplan Bülach-Nord und ist dann aber auch in diesem Richtprojekt, wie ich anfangs angesprochen habe, welches erarbeitet wurde. Bei diesem wurde erwähnt: «Liebe Projektmitarbeiter, schaut, ob das noch korrekt und eine sinnvolle Grösse ist. Kann man eventuell noch mehr reinpacken? Muss man vielleicht zurückfahren damit?» Und auch in diesem Richtprojekt wurde es nochmal geprüft und auch bestätigt, dass es tatsächlich passt. Einerseits sieht man, das sind die bestehenden – gelb eingezeichnete – Häuser. Und die rot eingezeichneten ist das, was möglich ist, eben die dreissig Meter Höhe da und gegen hinten eine verringerte Sache. Es ist dichter und was wichtig ist, ist der städtebauliche Kontext, den man beachten muss. Man hat einerseits gegen Norden das Glasi, welches recht hoch ist und unten die Altstadt, mit den tieferen Bauten. Wenn das stadtplanerisch betrachtet wird, passt das einfach besser in das Gesamtbild ein, als wenn man hier nochmals drei Etagen höher geht oder einen höheren Klotz hinbaut.

Folie 10:

Was noch wichtig ist, was ich nochmals mit der Verwaltung geklärt habe, ist: Was sind die Konsequenzen von einer Ablehnung? Es sind zwei Arten von Konsequenzen. Die eine ist eine Behinderung oder eine Verzögerung von den Projekten, welche man in diesem Bereich planen könnte. Einerseits natürlich ist die Realisierung blockiert. Ich habe es vorhin gesagt, der rechtsgültige Gestaltungsplan für dieses Gebiet ist Gestaltungsplan Bülach Nord und dort steht, man braucht einen Gestaltungsplan für das Gebiet Herti. Darum kann man nichts machen. Und was eben auch ist, der Landerwerb für das Projekt Bushof, das ist weiter unklar, weil die rechtliche Situation im Herti unklar ist. Heisst, man kann weniger klar bauen oder planen in Bezug auf das Projekt Bushof. Und dann der andere Punkt, welcher eine recht wichtige Konsequenz ist, ist die Planung, die weiter gemacht werden muss: Es ist ein entsprechender Aufwand. Erstens müssten wir herausfinden, was sind jetzt die neuen Rahmenbedingungen? Müsste eventuell höhere Dichte sein? Oder was wurde im Stadtparlament dazu gesagt? Das heisst dann auch, je nachdem müsste der Gestaltungsplan Bülach Nord überarbeitet werden. Das werden wir nachher hören. Das wurde ein wenig kritisiert, ob das wirklich der Fall ist oder nicht. In jedem Fall wird es wahrscheinlich rechtliche Abklärungen geben, mit welchen noch geklärt werden muss, wie das genau ist. Die Verwaltung und auch die Mehrheit der Kommission sind überzeugt, dass der



überarbeitet werden muss. Zuerst einmal durch eine Machbarkeitsstudie in einem qualitätssichernden Konkurrenzverfahren. Anschliessend die Erarbeitung eines neuen Richtprojekts auf Basis der neuen Rahmenbedingungen. Es folgt die Erarbeitung des Gestaltungsplans selbst, wieder auf Basis des Richtprojekts. Und auch all die formellen Prozesse, die jetzt auch schon durchgeführt wurden. Also Vorprüfungen durch den Kanton, öffentliche Auflagen etc. mit allen Rekursfristen etc. Und das gibt schlussendlich die eigentliche Frage: Wann bekommen wir das neue Geschäft und wie viel kostet es? Das sind die Zahlen. Eine Vorlage unter neuen Grundbedingungen wäre, frühestens in fünf Jahren zu erwarten, ohne Überarbeitung des Gestaltungsplans Bülach Nord. Da würden wahrscheinlich nochmal, sagen wir jetzt in einem blöden Fall, wahrscheinlich auch nochmal fünf Jahre, vielleicht ein bisschen weniger bedingen. Also fünf bis zehn Jahre. Und die Kosten sind mindestens im sechsstelligen Bereich. Das sind einfach die Erfahrungswerte, die man jetzt von dem erstellten Gestaltungsplan übernommen hat. Kommission Bau & Infrastruktur empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrags. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer, welcher die Minderheitsmeinung der Kommission Bau & Infrastruktur vertritt.

Peter Stiefenhofer präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 6):

Folie 1:

«Ich möchte mit einer positiven Note beginnen. Es war, glaube ich, das erste Mal, dass die Kommissionminderheit und die Kommissionmehrheit dem ganzen Stadtparlament ihre jeweiligen Präsentationen vorab zugeschickt haben. Und ich glaube, wir sind uns bewusst, dass wir, wie vorhin, als wir lange über die Mitbestimmungsinitiative diskutiert haben, demokratisch unterschiedliche Meinungen haben und für das sind wir da. Und jetzt muss ich Andreas widersprechen. Die Minderheit ist für die Ablehnung des Gestaltungsplans Herti. Das ist eine schwerwiegende Empfehlung und darauf komme ich zu sprechen, warum wir diese abgeben.

Folie 2:

Irgendwo muss man sich vorstellen, wo wir da sind. Herti ist von uns aus gesehen im Zentrum des modernen Bülach. Es ist nicht mehr der Kirchturm. Wir müssen uns mal davon abwenden, dass wir immer vom Städtli und vom Kirchturm sprechen.

Folie 3:

Wir haben eine riesige Überbauung im Bülach-Nord. Und wir haben ein Zentrum. Und zwischendrin ist der Bahnhof. Und jetzt müssen wir uns bewusst sein, dass das, was wir hier entscheiden, sehr wichtig für die städtebauliche Gestaltung von Bülach ist. Es ist wichtig, wenn man mit dem ÖV ankommt. Es ist das Erste, das man sieht. An zentralster Lage und bestens mit dem ÖV erschlossen.

Folie 4:



Und was uns vorschwebt, ist eine moderne Herti als Zentrum des modernen Bülach. Es ist so ÖV-nah, dass wenn irgendwo Wohnungen und Gewerbe geplant werden, so muss man es hier machen. Das ist die städtebauliche Zentrale oder das Zentrum und die Chance, die wir haben für die nächsten Jahrzehnte. Die Alternative ist nur, wenn wir nicht in die Höhe bauen, dann bauen wir in die Fläche. Wir haben heute zu wenige Wohnungen und wir wollen Gewerbe an diesen Lagen. Die Lösung ist, höher zu bauen, gerade an den Stellen, die gerade neben dem Bahnhof sind.

Folie 5:

Hier ein paar Beispiele: Das sind alles Holzhäuser. Alles in der Nähe vom Bahnhof. Alle in der Schweiz. Sie sehen alle gut aus. Trennen wir uns mal von der Vorstellung, dass nur Häuser mit vier oder drei Stockwerken, wie in Bülach-Süd, eine schöne Stadt bilden. Das mag sein, aber man muss langsam umdenken.

Folie 6:

Das ist der Gestaltungsplan Herti, so wie es vergleichsweise jetzt aussieht.

Folie 7:

Da fragt man sich ein bisschen, warum ist das nicht ein bisschen mutiger? Gerade an dieser Lage.

Folie 8:

Vielleicht wegen dem eben, oder?

Folie 9:

Jetzt reden wir über die Verkehrssituation. Und das kritisieren wir nicht. Es ist, wie es ist. Das ist gegeben von Richtplänen und Verkehrsplanungen und Kantonen und weiss ich was alles. Ich will nur darstellen, was wir haben. Das ist die Bahnhofstrasse und die blauen Pfeile sind der künftige Autoverkehr und die gelben Pfeile sind der Bus. Der Busverkehr wird gegenüber heute linksherum drehen und die Bahnhofstrasse hinauf und hinunter gehen. Was passieren wird, für die, die es sich vielleicht nicht so bewusst sind, die Busbuchten hinauf und hinunter werden aufgehoben und an der Bahnhofstrasse soll eine Begegnungszone geben. Der Autoverkehr, das sind die blauen Pfeile, der geht hier hoch und geht auf dieser Seite wieder runter. Heute kann man hier rundherum fahren, man kann hier anhalten (zeigt auf die Folie), man kann den Parkring runterfahren und hier (zeigt auf die Folie) wieder rausfahren. Künftig kann man hier hochfahren, kann dann bei diesem Parkplatz bei der Avec mit zwölf Parkplätzen wenden und wieder runterfahren. Wenn da zwei oder drei miteinander die Grossmutter mit dem «Köf-ferli» am Bahnhof abholen wollen, dann wird es ein bisschen eng. Das kritisieren wir nicht. Ich will nur darstellen, wie es im Plan ist. Hier haben wir den neuen Gleispark. Der Parkring wird aufgehoben. Da gibt es neuen Naturgrund und es gibt einen Park zur Erholung neben den Schienen. Entsprechend kann man da auch nicht mehr rausfahren. Nochmals, wir kritisieren noch gar nicht, wir stellen nur dar. Die Zu- und Wegfahrt geht über die Bahnhofstrasse, man wendet beim Parkplatz. Es gibt keine anderen Wendestellen. Aussenparkplätze, die es heute in der oberen die Bahnhofstrasse hat, gibt es nicht mehr.



Es gibt noch acht Parkplätze im Parkring. Der Rest ist unterirdisch vorgesehen, in die vorher schon besprochene Tiefgarage. Jetzt kann man sagen, das ist relativ egal. Es ist nur einfach so, das kann man mögen oder nicht. Gewisse Gewerbe sind darauf angewiesen, dass ein gewisser Teil ihrer Kunden herfahren kann. Da kann man sagen, das ist uns egal, das wollen wir nicht mehr. Aber dann ist vielleicht das Gewerbe nicht dort. Also ist es attraktiv für Dienstleistungen, die vielleicht die Büros dort oben haben, da die Mitarbeitenden sowieso mit dem ÖV arbeiten gehen. Für mich persönlich ist es auch egal, ich wohne fünf Minuten von dort, ich kann zu Fuss gehen. Aber nicht alle können das. Das ist die Situation. Die acht öffentlichen Parkplätze. Der Gleispark mit Naturgrund, der jetzt neu geöffnet wird. Die Autos, die hier hoch und wieder hier hinunter fahren. Der Bus, der hier rundherum fahren kann. Nicht mehr rechts, sondern links. Dann haben wir hier noch einen kleinen Park.

Folie 10:

Jetzt das Thema, das Andreas schon angesprochen hat. Der Naturgrund, den man hier vorschreibt zu Lasten der Tiefgarage. Das stellt sicher, dass wir nicht einmal die aufgrund der ÖV-Nähe zu Recht relativ wenigen Parkplätze, die hier oben bewilligt werden, bringt man nicht mehr unter eine Etage. Jetzt kann man eine zweite Tiefgarage machen, nur wird es dann einfach teuer. Das lohnt sich nicht mehr. Das heisst, für das Gewerbe wird es schwierig, überhaupt die vorgesehenen achtzehn Parkplätze hier zu bekommen. Aber nochmal, diese Situation, das hier, das werden wir nicht ansprechen beim Gestaltungsplan Herti. Das sind andere Themen, die bereits gesetzt sind. Und dann haben wir noch diese tollen 180 Indoor Bike & Ride Parkplätze, an bester Lage mit Sicht auf den Bahnhofplatz, wenn man ankommt, sieht man direkt eine schwarze Scheibe oder sonstige Scheiben mit Velos dahinter oder eine Betonmauer hat. An bester Lage. Uns wurde gesagt, es sei nicht zumutbar, dass wir die Plätze um vierzig Meter weiter nach hinten verlagern, denn dann würden eh alle das Velo nach vorne auf den Bahnhofplatz stellen. Und mit dem rechtfertigt man dann, dass man an einer so tollen ersten Sicht auf den Bahnhof genau nichts sieht, wenn man aussteigt. Eine schwarze Scheibe oder eine Betonwand. So, jetzt kommen wir zu der Situation, bei welcher uns gesagt wurde, man müsse sich auf 62'000 Kubikmeter beschränken wegen des Gestaltungsplans Bülach-Nord von 2015. Das Stadtparlament 2025 ist gebunden an das, was damals das Stadtparlament 2015 in einer provisorischen Situation festgelegt wurde. Bülach-Nord ist gebaut. Es geht um die Feststellungen, die dort drin sind. Sind diese nun massgebend für uns oder sind sie es nicht? Müssen wir uns an das halten, was das Stadtparlament 2015 entschieden hat? Die Minderheit hat sich juristisch beraten lassen und uns wurde gesagt, nein, müssen wir nicht. Wenn ihr hier mehr und Anderes machen wollt, dann kann man das. Die Stadt hat eine andere Meinung. Wir haben der Stadt gesagt, wenn wir es wirklich wissen wollen, müssen wir ein Rechtsgutachten machen. Aber man findet das auch heraus, wenn wir den Gestaltungsplan jetzt ablehnen. Es ist ganz klar: Das Stadtparlament 2025 ist nicht gebunden an eine Entscheidung des Stadtparlamentes 2015. Sonst können wir alle nach Hause gehen. Dann kann es der Stadtrat entscheiden.



Folie 11:

Jetzt kommen wir zur Zusammenfassung. Unserer Meinung nach verpassen wir eine riesige Chance am Bahnhof. Andreas hat vorhin von Häuschen gesprochen. Es gab einmal einen berühmten Schreiber im Hochparterre, Architektur, welcher von der «Hülschwiiz» gesprochen hat. Und genau das machen wir jetzt. Wir müssen einmal nach vorne schauen. Auf der anderen Seite des Bahnhofs ist die Glasi. Und ganz weit hinten unten ist der Kirchenturm. Und jetzt müssen wir wissen und wählen, ob wir weiterhin Stadthäuser und auf Städtli machen oder ob wir eine moderne Stadt werden wollen. Gerade beim Bahnhof, wo wir mehr Wohnungen und mehr Gewerbe wollen. So müssen die Leute weniger weit gehen. Auch hier wieder. Die Zeitverzögerung ist uns bewusst. Ja, es ist eine Zeitverzögerung. Wir haben wieder eine andere Meinung, wie lange das gehen muss. Kann man das vielleicht in drei bis fünf Jahren machen oder braucht es mehr als fünf Jahre? Wir müssen uns bewusst sein, was wir jetzt entscheiden. Wenn man sieht, was für ein «Scheiss» in letzten dreissig bis vierzig Jahren gestanden ist. Was wir heute entscheiden, das gilt für die nächsten hundert Jahre. Da hat mir ein Kollege von der Kommission schon gesagt: *Jetzt übetreibst du aber mit 100 Jahren*. Reden wir von achtzig Jahren. Aber da gestalten wir einen von den zentralsten städtebaulichen Punkten von Bülach.

Folie 12:

Wir, die Minderheit, wollen eine signifikante Erhöhung der Kubatur. Wir wollen einen Kontrapunkt zur Glasi setzen. Wir wollen ein neues, mutiges Zentrum vom modernen Bülach. Wir müssen mit der Eigentümerschaft – wir haben gehört, wie es gelaufen ist – Win-Win verhandeln. Die, die vorhin hier waren, haben vielleicht gehört, als ich die Frage an Terresta gestellt habe: *Ah, jetzt dürft ihr höher bauen, bekommen wir im Gegenzug das Kulturzentrum gratis?* So muss man es machen. Win-Win. Gib etwas und erhalte etwas zurück. Dann kann man nämlich auch preisgünstige Wohnungen machen. Wenn man so verhandelt. Aber wir wollen auch teure Wohnungen. Denn irgendjemand muss ja diese Steuern zahlen, die am Schluss diese preisgünstigen Wohnungen kosten. Und nicht erzwingen, sondern aushandeln. Wir bestreiten, dass wir an diesen 62'000 Kubikmeter gehalten sind.

Folie 13:

Wir sind gegen die Bike & Ride Velo-Anlage an dieser Bestlage. Die kann man um die Ecke bauen und läuft ein paar Meter weiter. Und wenn es Leute gibt, die es bequemer finden, das Velo ins Pärkli abzustellen, das haben wir auch – so be it. Wir sind absolut für ein Schwammstadt-Konzept. Aber das überall durchzusetzen, wenn man gerade den Parkring dicht macht, so hat man dort noch einen Naturgrund und will das auch noch durchzusetzen im Zentrum einer relativ kleinen Überbauung. Das ist eine Zwängerei. Man kann allerdings sagen, wenn wir mehr Kubatur haben, dann gibt es wieder mehr Parkplätze für Wohnungen und für Gewerbe und dann lohnt sich tatsächlich vielleicht eine zweite Tiefgarage. Dann kann man vielleicht sogar die Schwammstadt-Idee noch behalten.

Folie 14:



Wir glauben, dass Bülach Besseres verdient hat als das was jetzt vorgeschlagen wird. Wir sind uns bewusst, dass die Ablehnung des Gestaltungsplans Verzögerungen und Mehrkosten bringen wird. Aber in Anbetracht der städtebaulichen Wichtigkeit und der Langfristigkeit dieses Themas, wären wir bereit, diese Nachteile in Kauf zu nehmen. Unsere Grundhaltung ist: Mehr Win-Win zwischen Eigentümer, Stadt und Bevölkerung. Nicht kontrovers. Höhere Ausnützung, mehr Gewerbe, mehr preisgünstige Wohnungen und auch mehr teure Wohnungen. Ich bitte, euch abzulehnen.»

Es liegen keine weiteren Ergänzungen der Kommission Bau & Infrastruktur vor.

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadtrat Andreas Müller.

Stadtrat Andreas Müller präsentiert anhand einer Präsentation (Beilage 7): «Ich darf heute Abend ein paar Mal reden. Ein weiteres Mal zum Gestaltungsplan Herti. Ich danke der Kommission Bau & Infrastruktur. Ihr habt gemerkt, es kommen zwei Herren sehr gut daraus. Und Andreas könnte mittlerweile bald als Raumplaner anstellen, so faktenbasiert, wie er das erzählt hat. Vielen herzlichen Dank, Andreas. Zahlen sind wichtig, aber die stehen nicht immer im Vordergrund. Ich wollte euch mitnehmen auf eine kleine Reise, wie es tatsächlich aussieht, entgegen den Ausführungen der Vorredner.

Folien 1 – 6:

Stellt euch vor, wir kommen am Bahnhof oben an. Wir steigen zum Zug aus. Wir stehen auf dem Bushof. Südlicher vom Convenience Shop haben wir einen Bushof, der neu gebaut wurde und im Hintergrund sehen wir ein Hochhaus. Das Hochhaus ist dreissig Meter hoch, man könnte es aber auch gemäss Gestaltungsplan sechsunddreissig Meter hoch bauen. Nur, die sechsunddreissig Meter, das kommt auf die feuerpolizeilichen Vorschriften an. Und so baut ein Investor lieber auf dreissig Meter Höhe als auf sechsunddreissig Meter Höhe. Unter dem Strich gibt es zwölf bis dreizehn Etagen. Entgegen den Ausführungen von vorhin, dass es neun bis zehn sollen sein. Das sind die Fakten des Gestaltungsplans. Wenn wir jetzt runterkommen und Richtung Hertihof gehen, so haben wir auf der rechten Seite Gebäude, die fünf Etagen hoch sind. Also noch richtig grosse Gebäude, die den Abschluss vom Gleispark her machen und auf der westlichen Seite zu den Gleisen, auf der linken Seite zum Hertihof. Die ganze untere Reihe ist voll mit Gewerbe. In der Mittagszeit treffen sich draussen im Park, auf der einen Seite die Angestellten vom Gewerbe für ihre Mittagspause, auf der anderen Seite können die Kinder spielen und verbringen dort ihre Freizeit. Genau darum ist der Hertihof so ausgestaltet, wie er jetzt ist. So grün und so lebenswert für unsere gemeinsame Zukunft. Der Gleispark zwischen den Gleisen und diesen grossen Gebäuden, dem jetzigen Herti-Ring. Er ist nicht nur ein Park, anschliessend zum «Pärkli», der nicht zum Gestaltungsplan des Herti-Rings gehört. Er ist der Zubringer für den gesamten Fussverkehr. Er ist der Zubringer und die West-Ost-Verbindung des Velos an diesem



Knotenpunkt am Bahnhof Bülach. Damit können wir sicherstellen, dass die Zufahrten und die Erschliessung des Bahnhofs Bülach zur Spitalunterführung gegeben sind. Auf der vorderen Seite am Baufeld D, wo heute das Gleisrestaurant steht, gibt es einen Abschluss mit einem Gebäude mit Häusern, die immer noch achtzehn Meter hoch sind. Also immer noch sehr hoch verdichtet und ich kenne viele Investoren, die das nicht in dieser Höhe, auch an dieser Lage, bauen würden. So sind wir jetzt miteinander visuell einmal um den Gestaltungsplan oder um das Gebiet Herti herumspaziert. Zusammenfassend: Wir sind davon überzeugt, dass die Entwicklung mit dem Gestaltungsplan sehr gross ist, aber auch nicht überrissen. Es fügt sich ein vom Guss, beim Glasi hinüber zum Busbahnhof mit der Weiterentwicklung vom Bahnhof und ins Herti, welches das Bindeglied ist, nachher in unsere obere Altstadt. Ihr hört mit dieser Ausführung: Ich bitte euch heute Abend dem Gestaltungsplan Herti zuzustimmen und danke im Voraus.»

Fraktionserklärungen

Dominik Berner (SP-Fraktion): «Ich entschuldige mich jetzt gerade, es geht bei mir heute etwas länger mit der Fraktionserklärung. Und zwar, weil es etwas komplizierter ist. Aus Sicht der SP-Fraktion macht der öffentliche Gestaltungsplan Herti vieles richtig. Die Kombination aus der höheren Ausnutzung gegenüber dem regulären Zonenplan und der vorgesehene Mix aus Gewerbe und Wohnen ist sinnvoll. Die jetzige Planung ist ein guter Kompromiss zwischen mehr Ausnutzung und einer sinnvollen Einfügung ins Stadtbild zwischen den Quartieren Bülach Nord und der Bahnhofstrasse und der Altstadt mit dem Bahnhof als «Drehscheibe». Man kann jetzt sagen, dass der Gestaltungsplan nicht besonders originell ist mit dem offenen Innenhof, dem Gleispark und der Gebäudeanordnung. Das mag stimmen, aber der Gestaltungsplan ist ein durchdachter Kompromiss. Dies betrifft auch die Anbindung an den Verkehr die nahe dem Bahnhof weniger das Auto bevorzugt, sondern mehr auf die Nähe des ÖV und den Fussgänger- und Veloverkehr setzt. Der Gestaltungsplan hat aber einen entscheidenden Haken. Nämlich, dass kein preisgünstiges Wohnen im Herti vorgesehen ist. Die Begründung des Stadtrats, als dies bei der Auflegung des Gestaltungsplan gefragt wurde – *«Das Areal direkt in Bahnhofsnähe wurde als nicht geeignet für preisgünstigen Wohnraum angesehen.»* Ich lasse das mal für den Moment so stehen, ich komme dann später nochmals auf die Begründung zurück. Die ewig steigenden Mietpreise sind ein Problem in der Schweizer Bevölkerung – auch in Bülach – das immer mehr Menschen belastet – Und Bülach droht auch, gerade mit dem Wachstum und der Urbanisierung immer mehr zur Schlafstadt zu werden. Nämlich, dass die Leute in Bülach übernachten und in Zürich arbeiten gehen. Vielleicht sind



es dann auch noch Experts, die die Quellensteuer direkt am Kanton zahlen statt uns. Aus Sicht der SP ist es darum zwingend notwendig, dass hier in Bahnhofsnähe nicht nur überteuerte Wohnungen für Pendler erstellt werden, sondern die Mietpreise erschwinglich gehalten werden und eine Durchmischung von Anwohnern gefördert werden, damit dies ein lebendiges Quartier wird und nicht ein anonymes Schlafquartier.

Aus diesem Grund beantrage ich die Bestimmungen zum Gestaltungsplan Herti wie folgt zu ergänzen (Beilage 8):

Ergänzung zu Abschnitt B, Art. 12: Bau- und Nutzungsbestimmungen

«Von den Wohnungen, welche auf städtischem Land realisiert werden, sollen mindestens 60 % als preisgünstiger Wohnraum (Kostenmiete) gemäss der Verordnung über den preisgünstigen Wohnraum (PWV) des Kantons Zürich realisiert werden (Selbstverpflichtung der Stadt). Für die Berechnung entscheidend ist der Zeitpunkt der Baueingabe.»

Das ist wichtig, das heisst, es kommt auf das konkrete Projekt an, was für eine Kubatur das ist. Es ist mir klar, dass dieser Antrag ein paar Fragen aufwirft, insbesondere weil im Herti die Parzellengrenzen neu gezogen werden müssen, um die geplanten Baufelder zu realisieren. Zwei Parzellen gehören der Stadt, die Wege gehören der Stadt und mehrere Parzellen gehören anderen, insbesondere die an der Bahnhofstrasse vorne. Dabei ist klar, dass man in Zukunft nach einer Verabschiedung vom Plan darüber reden muss, wird Land getauscht, wird Land verkauft, wie ziehen wir die Parzellengrenzen neu an. Das muss man machen, das ist am Stadtrat auch klar. Darüber habe ich auch schon ein paar Mal mit Andi gesprochen. Das weiss man, was man machen muss. Auf eine entsprechende Frage zu den Eigentumsverhältnissen bei Auflage des Gestaltungsplans sagt der Stadtrat auch *«Die Eigentumsverhältnisse sind nicht Gegenstand des Gestaltungsplans.»* Das ist richtig, da diese erst verhandelt und geklärt werden können, wenn der Gestaltungsplan festgesetzt ist. Solange der Gestaltungsplan nicht festgesetzt ist, bestehen keine verbindlichen Verträge. Was heisst das für meinen Antrag? Was passiert, wenn ich sage, ich will sechzig Prozent vom Wohnraum, der auf städtischem Land erstellt wird, preisgünstig sein soll. Was heisst das, wenn wir die Parzellierung neu machen? Was passiert, wenn die Stadt alles Land verkauft? Das muss dann durch das Stadtparlament durch. Oder wenn es alles abgetauscht ist? Zuerst einmal, wie gesagt, das muss durch das Stadtparlament durch. Wir haben hier auch nochmals die Möglichkeit zur Mitwirkung. Das ist auch etwas, das ziemlich sicher durch die Kommission vorberaten wird. Wir haben hier auch nochmals die Möglichkeit zur Mitwirkung. Bei einem Abtausch innerhalb des Herti Areals bleibt mein Artikel bestehen wie gehabt, allenfalls verändert sich die tatsächliche Zahl der preisgünstigen Wohnungen, falls das Land im städtischen Besitz schrumpft oder grösser wird. Aus meiner Sicht kein Problem. Was geschieht, wenn der Stadtrat das Land einfach



verkauft? Das würde im schlimmsten Fall bedeuten, dass es im Herti kein preisgünstiges Wohnen gibt. So muss das einerseits durch das Stadtparlament, aber auch dort kann man mit dem allfälligen Käufer, wenn es zum Beispiel eine Genossenschaft ist, auch eine Aushandlung machen. Was passiert, wenn der Stadtrat oder wenn man das Land abtauscht von Land, das der Stadt gehört, im Herti, mit Land, das ausserhalb vom Herti ist? Dann ist es so, wir reden hier von einer Selbstverpflichtung der Stadt. Und dann ist es in unserem Anliegen, dass die Stadt sich die Verpflichtung, die wir uns selbst geben, dass man die natürlich an einen neuen Standort mitnimmt. Wie gesagt, wir können auch darüber abstimmen und das Land verkaufen. Wenn ich dann noch im Stadtparlament sein sollte, habe ich sicher ein Wörtchen zu sagen. Das ist sicher auch kein gewohntes Szenario, dass wir dort das Land einfach wegverscherbeln. Ich sage es gleich vorweg, mein bevorzugtes Szenario wäre, dass die Stadt das Land behält und im Baurecht einer Genossenschaft oder Stiftung für Preisgünstiges Wohnen zur Verfügung stellt – Win–Win: Die Stadt erhält Baurechtszinsen, die Bauherrschaft kriegt niedrigere Initialkosten dank wegfallendem Landkauf und die Bülacher erhalten bezahlbaren Wohnraum. Dabei muss man das Risiko negieren, dass man sich um schwankende Mietpreise kümmern muss, weil das die Bauherrschaft macht. Es ist aber auch wichtig, dass der Bauernrechtszins in der Kostenmiete eingerechnet ist. Für die Bauherrschaft ist es auch ein Win, weil man mit niedrigeren Initialkosten bauen kann, weil man kein Land kaufen muss. Und für die Bülacher Bevölkerung ist es auch ein Gewinn, weil man Wohnungen bekommt, die man sich leisten kann. Nun aber genug über rechtliche Grundlagen, sollten hier noch Fragen sein, bitte ich euch diese am Ende meiner Wortmeldung oder als Teil der Detailberatung zu stellen. Warum ist es sinnvoll im Herti preisgünstigen Wohnraum zu erstellen und was heisst das konkret? Es steht ausser Frage, dass die Mietzinsen in den letzten Jahren unverhältnismässig anstiegen und für viele Einwohner der Schweiz und auch in Bülach zunehmend zu einer finanziellen Belastung werden. Warum der Stadtrat nach eigenen Worten das Gebiet Herti als «nicht geeignet» für Preisgünstiges Wohnen sieht kann ich nicht nachvollziehen. Und somit ist es an uns Politiker, dass irgendwo «der Riegel geschoben wird». Dass man die Mietzinsen nicht ewig weiter steigen. Ich rede bewusst von sechzig Prozent. Es gibt die teuren Wohnungen, die Peter gesagt hat, die kann man nach wie vor machen. Die können die Privaten machen oder auch die die Stadt. Aber erschwingliche Mieten sind wichtig. Gerade hier im Zentrum von Bülach ist es wichtig, dass wir Leute anziehen, welche lange in Bülach wohnen. Es nützt uns nichts, wenn ein anonymes Zentrum entsteht, in welchem man ein Jahr wohnt, wieder auszieht und der nächste zieht ein. Und es ist mir auch klar, wir reden vom Zentrum von Bülach, wir reden von, es wurde erwähnt «das Filetstück von Bülach». Das gehört zu den teuersten Flecken, welchen wir haben. Es ist mir klar, wir werden dort nicht Wohnungen bekommen, die supergünstig sind. Das ist auch nicht das Ziel, das ist auch nicht mein Ziel. Ich will keine Betonklötze oder keine billige Plattenbauten haben. Das soll etwas Lässiges sein, man will anständig bauen. Wir reden aber davon, dass man mit preisgünstigem Wohnen die Mietzins in ein Mittelfeld ziehen kann, statt alles im



obersten Segment. Und da auch. Viele Parteien, auch auf nationaler Ebene, fordern immer wieder, wenn es darum geht, die Entlastung des Mittelstandes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein konkreter Antrag, wie man das machen könnte. Da steuern wir auf das Mittelfeld zu. Und jetzt können wir zeigen, wie ernst das so ist. Ein weiterer Punkt ist auch, ich habe viel diskutiert mit ganz vielen Leuten über diesen Antrag. Wir Politiker, auch in Bülach, müssen uns ganz viel vorwerfen lassen, dass wir viel reden. Das ist das beste Beispiel dazu. Und dabei kommt nicht viel Konkretes heraus. Dass Volksbegehren schleppend umgesetzt werden, dass man sich etwas entscheidet und dann vergehen nochmals zehn bis 20 Jahre bis etwas passiert. Und da haben wir jetzt die Möglichkeit, konkret etwas zu machen. Ich möchte daran erinnern, dass wir 2016, also ein Jahr nach der Idee von vom Gestaltungsplan Herti eine Abstimmung hatten für «bezahlbaren Wohnraum» und die wurde in Bülach mit fast sechzig Prozent, also mit 59,93 Prozent angenommen. Wir sprechen hier nicht von einer linken Fantasie, die ich hier hineinbringe. Wir sprechen hier von etwas, das breit in der Bevölkerung abgestützt ist – das gewollt ist. Darum ist es für uns ein wichtiger Punkt, dass wir das preisgünstige Wohnen im Herti einbringen und dass wir den Gestaltungsplan entsprechend anpassen. Ich habe schon viel konkret gesagt, was wir machen. Ich habe gesagt, ich möchte auf eine sogenannte Selbstverpflichtung gehen und dass die Stadt oder die Gebäude auf städtischem Land angesetzt werden. Es gäbe auch einen zweiten Weg, nämlich über den Artikel 49b des Planungs- und Baugesetzes Kanton Zürich. Die meisten kennen das mittlerweile auswendig, weil ich es schon so viel gesagt habe. Das würde heissen, preisgünstiger Wohnraum zu fordern, sodass es auch für alle Eigentümer verbindlich wird. Das hat aber in diesem Fall ein paar Hürden und diese habe ich bewusst – wenn auch mit ein bisschen Zähneknirschen – umschifft. Und zwar ist es so, dass es einige Fragen hat, weil der Artikel 49b, der kommt zum Tragen, wenn man eine höhere Ausnutzung hat. Und eine gute Frage ist, reden wir da von einer höheren Ausnutzung gegenüber dem Zonenplan? Ja, reden wir. Oder eine höhere Ausnutzung vom GP Nord, Planungsgrundlage. Und das ist eine juristische Entscheidung, die ich ganz ehrlich gesagt nicht treffen kann. Dann ist es auch so, der Gestaltungsplan ist jetzt fast zehn Jahre lang gereift und immer mehr detailliert worden. Man hat mit den Grundeigentümern logischerweise gesprochen, das ist auch natürlich, es wäre ja schlimm, wenn das nicht so wäre. Und das ist natürlich schon so, wenn ich jetzt komme und sage: «Jetzt zwacke ich euch ein bisschen etwas von den Renditen ab, die ihr immer im Kopf hattet.» So nehme ich am Stadtrat ein ganz grosses Verhandlungsargument aus der Hand. Das ist für mich der Grund, warum ich mich aktuell auf die städtische oder auf die Wohnung im städtischen Land, also die Selbstverpflichtung zurückgezogen habe. Und der grosse Vorteil von dem ist, weil es sich nur ums städtische Land handelt, bringt das keine Verzögerung in den Ablauf des Gestaltungsplans ein, wenn man das beschleunigt. Selbstverständlich die Verhandlungen mit den Grundeigentümern müssen stattfinden. Und dort hat es Änderungen. Aber grundsätzlich gehen wir weiter wie bisher. Ich möchte noch abschliessen damit: Das ist wichtig, preisgünstiges Wohnen. Wir machen hier kein



Experiment. Das ist etwas, das im Kanton Zürich bereits «gang und gäbe» ist. Wir haben Baugenossenschaften im Herzen von Zürich, die das umsetzen, um die Kalkbreite herum. Das funktioniert. Das ist auch attraktiv für die Investoren. Das geht auch bei uns in Bülach im Zentrum. Dieser Ort ist geeignet für preisgünstiges Wohnen. Preisgünstiges Wohnen im Herti, natürlich, es ist wie gesagt, es wird nicht billige Wohnungen geben, aber es ist ein Teil des Puzzles. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren darüber unterhalten. Beim Mettmenriet, bald einmal wird auch Gringglen erschlossen, falls wir Quartierüberbauungen haben, wir haben es heute gehört, auch private Gestaltungspläne, auch da wird das Thema einfließen. Das ist für Terresta zum Beispiel ein Thema, das sie es schon draufhaben. Und darum bitte ich euch, unterstützt uns dabei, dass das preisgünstige Wohnen in Bülach endlich konkret wird. Ich bitte euch, meinen Antrag zu unterstützen, damit wir einen konkreten Schritt weiterkommen bei der Verringerung der Mietbelastung und ein attraktives und lebendiges Bülach gestalten können. Wir machen einen Gestaltungsplan für die Bevölkerung von Bülach, nicht nur für die Investoren. Und wenn wir das schaffen, dann gebe ich heute eine Runde aus. Sonst, zum Gestaltungsplan, habe ich schon gesagt, der funktioniert. Das Einzige, was fehlt, ist, dass du preisgünstige Wohnungen hast. Und das schaffen wir heute. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Reto Zumstein.

Reto Zumstein (GLP-Fraktion): «Ja, die Runde klingt noch verlockend, aber... Es gibt auch noch andere Argumente, weil nämlich wir von der GLP-Fraktion sprechen uns klar für eine Annahme vom Gestaltungsplan Herti aus. Das Projekt markiert einen bedeutenden Schritt in der ökologischen und verdichteten Entwicklung unserer Stadt. Der Gestaltungsplan Herti verfolgt das Ziel, das Areal am Bahnhof, um einen attraktiven und belebten Raum zu entwickeln. Durch Festlegung von klaren Nutzungsweisen und gestalterischen Anforderungen werden hochwertige städtebauliche, architektonische und freiräumliche Gestaltung sichergestellt. Das Vorhaben steht im Einklang mit unseren eigenen Leitlinien, die nachhaltige Entwicklungen anstreben und dabei soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele gleichermaßen berücksichtigen. Besonders hervorzuheben ist, dass der Gestaltungsplan eine städtebaulich hochwertige Verbindung zwischen den verschiedenen Räumen südlich vom Bahnhof schafft. Das stärkt die Attraktivität des Gebiets und fördert die Vernetzung innerhalb unserer Stadt. Die geplante Mischung von Wohn-, Büro- und Gewerbefläche sowie die vorgesehenen Gastronomieangebote tragen wesentlich zum Beleben dieses Quartiers bei und fördern gleichzeitig auch die lokale Wirtschaft. Gern hätten wir weitere Vorschläge, insbesondere Erhöhung der Kubatur, Integration von Fassadenbegrünungen, Diskussion über Parkplätze usw. berücksichtigt. Allerdings verhindert unserer Meinung nach die unglückliche Verknüpfung mit dem Gestaltungsplan Büli Nord eine signifikante Anpassung. So eine Änderung würde eine Überarbeitung des Gestaltungsplans Nord erfordern, was mit



Verzögerungen und einem hohen finanziellen Aufwand verbunden wäre. Trotz diesen Einschränkungen oder diesen kleinen Makel sind wir überzeugt, dass der Gestaltungsplan Herti einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung von Bülach leistet und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger steigert. Wir unterstützen darum die Annahme des Plans und freuen uns über eine positive Entwicklung auf diesem Areal.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Christoph Denzler.

Christoph Denzler (EVP/Die Mitte-Fraktion): «Die EVP/Mitte-Fraktion hat sich den Gestaltungsplan Herti angeschaut und auch den Antrag von Dominik Berner, den er so verdankenswerterweise uns allen so früh zugestellt hat, ebenfalls gut diskutiert.

Zuerst zum Geschäft als Ganzes. Die EVP-Die-Mitte-Fraktion ist überzeugt, dass mit dem vorliegenden Öffentlichen Gestaltungsplan Herti eine gute Grundlage geschaffen wurde, für eine sinnvolle, attraktive, neue städtebauliche Gestaltung und Nutzung von diesem Areal in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof. Visionäre Beiträge in Ehren – aber sie gehören an den Anfang des politischen Prozesses und nicht ans Ende. Eine Ablehnung heute vernichtet nicht nur sehr viel Geld und Arbeit, sie beinhaltet auch neue Risiken für deren Einschätzung wir weder heute noch in ein paar Monaten eine seriöse Grundlage haben. Wir nehmen den Antrag des Stadtrats an.

Zum, in der Zwischenzeit angepassten, Änderungsantrag von Dominik Berner

Die EVP/Die Mitte-Fraktion unterstützt die Bestrebungen, dass wir auch auf lokalpolitischer Ebene dazu beitragen, dass noch deutlich mehr günstiger Wohnraum erstellt werden kann, mit Überzeugung. Das häufig verwendete Argument, es sei nicht sinnvoll, an einer Lage mit hohen Bodenpreisen günstigen Wohnraum zu schaffen, möchten wir hier entkräften. Menschen mit tiefen Einkommen sind sicher überproportional betroffen von steigenden Kosten fürs Wohnen, aber es ist darüber hinaus für sehr weite Teile der Bevölkerung wichtig, dass die Kosten fürs Wohnen ihr Haushaltbudget in Zukunft nicht immer noch stärker belasten. Ein zentraler Beitrag dazu ist, dass mehr dauerhaft günstiger und gleichzeitig auch gut ausgenützter Wohnraum entsteht – und das gerade auch an mittleren und besseren Lagen. Warum? Auch hier gibt es einen Bedarf. Selbstverständlich werden die «günstigen Preise» relativ zu den höheren Opportunitätskosten ebenfalls höher ausfallen, allfällige Einkommensobergrenzen werden in diesem Sinn ebenso angemessen höher festgelegt werden. – Mit anderen Worten kann auch an guten und sehr guten Lagen ein, durch Trägerschaft und Bewohner selbst finanziertes, faires Paket geschnürt werden. Ein solches Paket wird dann, wie bei den meisten Genossenschaften üblich, auch Regeln beinhalten, welche dazu beitragen, dass wir nicht nur verdichtet bauen, sondern auch «verdichtet wohnen». Wenn wir die Förderung von preisgünstigem Wohnen nicht auf die untersten Preisklassen beschränken, werden wir schlussendlich einen deutlich höheren Anteil an preisgünstigen



Wohnungen erreichen und damit langfristig einen grösseren Beitrag leisten können zur Entspannung bei den Preisen fürs Wohnen. Entlastet werden nicht nur Personen mit tieferen Einkommen, sondern auch der Mittelstand. Mit der Anpassung, die Dominik Berner heute noch vorgenommen hat, löst er ein Problem, welches uns vorher noch zur Ablehnung von seinem Änderungsantrag bewogen hatte: Das Gleichgewicht, welches mit allen Beteiligten in einem langen Prozess erarbeitet worden ist, bleibt mit seinem neuen Vorschlag für alle Partner der Stadt Bülach erhalten, und auch das Land behält in allen Szenarien seinen Wert. Eine Selbstverpflichtung der Stadt zu diesem Zeitpunkt ist sinnvoll, weil die so geschaffene Klarheit die Suche nach einer Trägerschaft begünstigt. Die EVP-Die-Mitte-Fraktion unterstützt den angepassten Antrag «preisgünstiges Wohnen» von Dominik Berner. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss (Grüne-Fraktion): «Ich darf jetzt für die Fraktion der Grünen – also sozusagen mit einem anderen Hut – zum Gestaltungsplan Herti sprechen. Als Erstes möchte ich den Hertihof ansprechen. Mit der relativ grossen Fläche ohne Unterbauung und den darauf stehenden, mindestens acht hochstämmigen Bäumen, werden vorausschauend, klimaangepasste, sinnvolle Massnahmen eingeführt. Mit der zunehmenden Klimaerwärmung werden Städte immer mehr zu Hitzeinseln. Da ist jeder Beitrag zur Vermeidung sehr willkommen. Bäume ohne Unterbauung werden höher, grösser und begünstigen die Kondensation und können so kühlen – gerade im dichten Stadtgebiet ist das nötig. Hohe Bäume sind auch ökologisch wertvoller. Das sieht man heute noch an den bestehenden Bäumen auf dem Areal. Leider müssen die aber im Zuge der Baumassnahmen weichen. Und Bäume bringen auch eine ganz andere Atmosphäre in das Gebiet. Es wird attraktiver, dort zu wohnen und sich dort aufzuhalten. Eine unbebaute Fläche ermöglicht es auch erst, das Wasser an Ort und Stelle versickern kann. Damit gewinnt man zweierlei: Einerseits wird so das Wasser auf dem Areal gehalten und kann den Bäumen und der Vegetation zur Verfügung stehen. Andererseits vermeiden wir, dass dieses Wasser zur ARA fliesst und wir noch mehr Wasser reinigen müssen. Das ist keine Zwängerei. Das Schwammstadt-Konzept muss in den städtischen Lagen sein, sonst nützt es nicht oder nicht viel. Ein Teil des Verkehrs wurde von Peter schon angesprochen. Leider nicht der Velo- und Fussverkehr. Hier sehen die Grünen schon noch einige Fragezeichen, wie der Bahnhof angeschlossen werden soll. Vor allem der zu erwartende Mischverkehr durch den Gleispark und das Herti-Areal macht uns Sorgen. Doch wir sehen ein, dass Verkehrsregelungen nicht durch den Gestaltungsplan setzbar wären. Wir möchten den Verantwortlichen aber nochmals nahelegen, dieses Problem bei der weiteren Planung rund um den Bushof und Herti sehr ernst zu nehmen. Ein Thema, das bei der Herti wichtig ist und auch schon angesprochen wurde: Insgesamt dreihundertsechzig Abstellplätze für Velos, davon die Hälfte bedient im Erdgeschoss des Baufeld B – eher Richtung Gleise als wie von Peter gezeigt, Richtung Bushof. An der



festgesetzten Stelle im Baufeld B ist der natürliche Ort für eine solche Anlage. Es ist faktisch etwa am gleichen Ort, wie das jetzige Angebot vom Reissverschluss. Wenn es bedient wird, kann es als Nichtwohnanteil angerechnet werden, was für den Grundeigentümer attraktiv ist. Die Lage ist ideal für öffentlich zugängliche, witterungsgeschützte Velo-Parkplätze. Solche sind ein hohes öffentliches Interesse und deshalb korrekt an diesem Standort in einem öffentlichen Gestaltungsplan festgelegt. Wir werden den anstehenden Antrag zum preisgünstigen Wohnen im Areal unterstützen. So erhalten wir eine bessere Durchmischung des Areals im Kleinen und Bülach im Allgemeinen – und natürlich preisgünstiger Wohnraum. Das ist im langfristigen Interesse von Bülach und deshalb soll die Stadt hier ein Zeichen geben. Wir sind sicher nicht für den Schlachtruf von Peter: «Mehr teure Wohnungen» Die Parkplätze sind ausreichend für ein Gebiet, das so gut mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar ist. Wir von den Grünen hätten es auch gerne gesehen, wenn noch autoarmer oder sogar autofrei gefordert worden wäre. Nun liegt es an den Grundeigentümer und Entwicklern, diese visionäre Idee aufzugreifen. Apropos Visionen. Es ist sicher gut, mehr zu wagen, mehr Unkonventionelles zu fordern. Die von Peter Stiefenhofer vorgetragenen Ideen sind interessante Beiträge für die Diskussion, aber leider nicht realistisch genug. Was kommen wird, ist immer eine Entscheidung der Grundeigentümer. Ob es wirklich mehr als eine Renditebaute wird, wage ich bei der derzeitigen Eigentümerschaft zu bezweifeln. Man kann es sich lange überlegen – und es ist lange überlegt worden – ob an dieser Stelle dichter, d.h. schlussendlich höher gebaut werden soll. Gerade in der Nähe des Bahnhofs wäre es doch wünschenswert mehr Arbeitsplätze und Wohnungen zu haben. Warum also nicht? Nun ja, vorher, bei der Kommissionsmehrheit, zeigte ich das Modell über die möglichen Höhen im Vergleich zu den derzeitigen Häusern. Das zeigt: Es ist deutlich mehr. Es passt noch knapp in die Umgebung, passt in das Umfeld, die eben auch berücksichtigt werden müssen. Wir sind hier nicht in Zürich Nord. Riesige Hochhäuser und Geklotze fügen sich nicht in die Stadt an diesem Ort hinein. Daneben ist der Aufwand, der eine Rückweisung und ein weiterer Antrag bringen würden. Eine solche Verdichtung bringt ein Öffnen des Gestaltungsplans Bülach Nord mit sich. Die fünf bis zehn Jahre weitere Brache an dieser Stelle hilft dem Ansehen der Stadt Bülach auch nicht. Deswegen sieht die Grüne Fraktion diesen Gestaltungsplan Herti als guten Kompromiss und wird ihn annehmen. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.



Peter Stiefenhofer (FDP-Fraktion): «Für die FDP will ich mich auf keinen Fall wiederholen gegenüber dem, was ich vorhin gesagt habe, sondern ich will auf den Antrag von Dominik eingehen, bezüglich «preisgünstige Wohnungen». Das ist fair oder nicht fair oder richtig oder falsch. Die Stadt ist Eigentümerin von Grund und die Stadt kann als Eigentümerin von Grund jederzeit einen solchen Entscheid fällen. Dies aber im Gestaltungsplan festzulegen, scheint mir jetzt verfrüht. Weil die Stadt – das ist auch schon angekündigt worden heute – wenn wir über die langfristige Planung nachdenken, so viel Land zu bauen, hat die Stadt nicht. Und wir müssen uns die Optionen offen behalten, zum Abtauschen z.B., wenn wir mehr Schulen brauchen. Und diese Gefahr oder Variante, die ist sehr wahrscheinlich. Darum würde ich mich im jetzigen Zeitpunkt nicht selbst «Fussfesseln» anlegen, mit preisgünstigen Wohnungen, sondern man kann es auch entscheiden, wenn es einen Projektkredit gibt und die Stadt tatsächlich mal etwas baut. So halten wir uns Optionen offen, auch Land abzutauschen. Denn das ist vielleicht eine der wahrscheinlicheren Optionen, wenn die Stadt dort etwas baut. Dass wir nämlich Land abtauschen an andere Ecken und dort vielleicht ein Schulhaus realisieren. Oder wenn wir mit der Stellenzahl der Verwaltung so weitermachen, brauchen wir vielleicht noch ein zusätzliches Stadthaus. Danke.»

Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen.

Detailberatung

Dominik Berner: «Jetzt muss ich kurz auf das eingehen, was du gesagt hast, Peter. Ich habe eine Frage: Wo verankern wir es sonst, wenn nicht im Gestaltungsplan? Und das andere ist: In meinem Antrag steht ganz klar, dass es sich um Wohnungen handelt. Also wenn wir ein Schulhaus im Herti bauen, müssen dort nicht die günstigsten Wohnungen angeboten werden. Merci vielmals.»

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag Dominik Berner für preisgünstiges Wohnen im Herti

Das Stadtparlament hat mit 10 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen den Antrag von Dominik Berner abgelehnt.



Schlussabstimmung Antrag des Stadtrats

Das Stadtparlament genehmigt den Antrag des Stadtrats mit 15 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen. Der Beschluss unterliegt, gestützt auf Art. 14 der Gemeindeordnung, dem fakultativen Referendum. Der öffentliche Gestaltungsplan Herti wird festgesetzt. Zudem wird dem Bericht über die Einwendungen gemäss Art. 7 Abs. 3 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) zugestimmt. Der Bericht gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am öffentlichen Gestaltungsplan Herti vorzunehmen, sofern sich diese im Nachgang von Genehmigungs- und Rechtsmittelverfahren als notwendig erweisen und kein Ermessen besteht. Der Stadtrat beschliesst das Datum des Inkrafttretens.

Pause: 21.25 – 21.45 Uhr

Traktandum 6

Antrag Geschäftsprüfungskommission (GPK) für eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK)

Am 20. Januar 2025 hat die Geschäftsprüfungskommission (GPK) den Antrag für eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingereicht.

Der Antrag wurde den Mitgliedern des Stadtparlaments und des Stadtrats zugestellt.

Wortlaut des Antrags: «Die GPK beantragt gemäss Art. 67a Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadt Bülach die Einsetzung einer Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Falls in der Geschäftsordnung der Stadt Bülach betreffend PUK (Art. 67ff) Fragen zu Kompetenzen, Organisation, Verhältnis zu anderen Verfahren, Informationsrechte, Verantwortlichkeiten, Pflichten, Verfahrensabläufe oder andere im Zusammenhang mit einer PUK auftretenden Fragestellungen nicht ausreichend beantwortet werden können, so kommen unterstützend die § 113ff (Abschnitt 2 der parlamentarischen Kontrolle, Kapitel 9) des Kantonsratsgesetzes zur Anwendung.»



Die GPK gelangt mit folgenden Anträgen (A-D) ans Parlament:

A. Einsetzung einer PUK – gestützt auf die Geschäftsordnung der Stadt Bülach sowie das Kantonsratsgesetz des Kantons Zürich

Begründung: *Diverse Abgänge und Vorkommnisse in leitenden Funktionen lassen ähnliche und teilweise erhebliche Mängel in der Personalführung vermuten. Die Abgänge betreffen nach heutigem Kenntnisstand diverse Abteilungen – u.a. den Forst / Umwelt- und Infrastruktur, die Polizei sowie die Sozialabteilung. Es ist nicht auszuschliessen, dass auch in anderen Abteilungen Missstände diesbezüglich vermutet werden müssen. Mit der bisherigen Kommunikation bzw. den zur Verfügung gestellten Informationen, konnten die aufgetretenen Zweifel betreffend der Existenz, Umsetzung sowie Kontrolle von funktionierenden bzw. konsequent und korrekt angewendeten Personalprozessen nicht beseitigt werden. Im Gegenteil führte die gewählte Kommunikation zu zusätzlicher Irritation.*

Mit dem Instrument der PUK kann geklärt werden, wo Schwachstellen bestehen, und diese können in der Folge behoben werden.

B. Auftrag

Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen.

Begründung:

Die Erfahrungen der GPK in den letzten beiden Jahren lassen Mängel insbesondere beim Thema Personalmanagement vermuten. Auch beim Themenkreis Kommunikation intern/extern verortet die GPK Handlungsbedarf.

Mit einer PUK besteht die Möglichkeit, hierzu qualifizierbare Aussagen zu machen und daraus allfällige Handlungsoptionen aufzuzeigen.

C. Anzahl Mitglieder

5 Mitglieder des Stadtparlaments 1 externe/r Sekretär/in (Anwalt, Jurist)

Begründung:

Aufgrund des Milizcharakters des Parlaments wird eine tiefe Anzahl Mitglieder als zielführend angesehen. Dies gewährleistet, dass die Sitzungen und Anhörungen mit jeweils möglichst vielen Mitgliedern abgehalten werden können, da die Terminfindung sich vereinfacht.



Mit 5 Mitglieder besteht auch die Möglichkeit, dass so aus jeder Fraktion ein Mitglied Einsitz nehmen könnte – dies lässt die GPK allerdings offen, da so die grossen Fraktionen tendenziell untervertreten wären. Ebenfalls dürfte es einfacher sein, diejenigen Parlamentsmitglieder für diese zusätzliche Aufgabe zu gewinnen, die aufgrund ihres Interesses und ihrer zeitlichen Ressourcen dazu in der Lage sind, und zwar unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit.

Zur effizienten und rechtlich einwandfreien Führung einer PUK benötigen die Parlamentsmitglieder die Unterstützung eines Sekretärs, einer Sekretärin. Diese Person muss zwingend über eine vertiefte juristische Ausbildung – vorzugsweise ein Anwaltspatent im Bereich Verwaltungs- und/oder Strafrecht verfügen. Diese Person ist durch die PUK zu bestimmen – selbstverständlich ohne Einflussnahme der Stadt.

D. Finanzen

Beantragung Nachtragskredit in der Höhe von 100 000 Franken.

Begründung:

Die PUK wird unterstützt durch einen externen Berater, so dass mit erheblichen Kosten gerechnet werden muss. Ebenfalls werden zusätzliche Sitzungsgelder anfallen. Unter der Annahme von 20 Sitzungen/Anhörungen sowie einem Stundenaufwand für die externe Unterstützung von jeweils 4 Stunden pro Sitzung inkl. Vor- und Nachbearbeitung und einem Stundensatz von 500 Franken (was einem Maximalansatz für juristische Beratung entspricht) wäre mit Kosten von ca. 50 000 Franken zu rechnen. Da hierzu allerdings Erfahrungswerte fehlen, insbesondere was die zusätzlichen Kosten und Entschädigungen, allenfalls auch für Dritte, betrifft, schlägt die GPK vor, den Betrag substantiell zu erhöhen – im konkreten Fall zu verdoppeln. Der PUK ist es unbenommen, weitere Nachtragskredite zu beantragen, für den Fall, dass die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen.

Zu beachten ist zudem, dass nur die durch die PUK verursachten Kosten der PUK bzw. dem Parlament belastet werden. Sämtliche durch die Stadt/Verwaltung initiierten Kosten (Juristen/Anwälte/externe Berater, die durch die Verwaltung bzw. den Stadtrat im Zusammenhang mit der PUK engagiert werden) gehen nicht zulasten des Parlaments bzw. dieses Nachtragskredits.

Mit E-Mail vom 21. Januar 2025 führt die Präsidentin der GPK weiter aus:

Gemäss den o.g. Ausführungen sind folgende Eventualanträge zusätzlich angezeigt, um einen raschen Einsatz zu gewährleisten:

E. Wahl der Mitglieder:

Als Mitglieder der PUK werden folgende Parlamentsmitglieder vorgeschlagen: 1,2,3,4,5 Als Präsident/in wird xy vorgeschlagen.



F. Entschädigung:

Für die Entschädigung der Sitzungen der PUK gilt das Entschädigungsreglement. Für die Mitglieder einer PUK wird eine zusätzliche Entschädigungspauschale ausgerichtet: 2 000 Franken /Jahr (pro rata temporis, falls unterjährig)»

Weiterer Ablauf

1. Eintretensdebatte
 - 1.1. Wortmeldung Referent/in Geschäftsprüfungskommission (GPK)
 - 1.2. Anhörung Stadtrat gemäss Art. 67a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments
 - 1.3. Fraktionserklärungen
2. Detailberatung
3. Abstimmungen

Das Stadtparlament ist mit damit einverstanden.

1. Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegt kein Abschied der Kommissionen vor.

1.1. Wortmeldung Referent/in Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Der Vorsitzende übergibt das Wort der Referentin der GPK.

Romaine Rogenmoser: «Es tut mir leid, wenn ich das ein bisschen verlängern muss. Es wird nicht mehr so lang gehen wie vorhin, aber ich denke, das Publikum hat es verdient, dass es auch ein wenig durch die Anträge durchgeführt wird. Darum bin ich jetzt da ein bisschen ausführlicher. Für die Parlamentsmitglieder ist wahrscheinlich wenig Neues dabei. Ich erläutere gerne, im Namen der GPK, unseren ein Antrag auf eine parlamentarische Untersuchungskommission. Gestützt auf die Geschäftsordnung Art. 67 und folgende sowie auf das Kantonsratsgesetz, beantragt die GPK einen PUK. Aber bevor ich zu diesen einzelnen Anträgen komme, erlaube ich mir ein paar Bemerkungen. Gemäss Art. 161 der Bundesverfassung, sind die Ratsmitglieder vor verbindlichen Weisungen geschützt. Der als



Instruktionsverbot bezeichnete Artikel in der Bundesverfassung soll verhindern, dass Ratsmitglieder in ihrer Meinungsbildung von aussen, also auch von der Exekutive, latent oder offensichtlich unter Druck gesetzt werden und so nicht mehr frei entscheiden können, wie sie abstimmen sollen. Ich weise die Ratsmitglieder darum ausdrücklich auf den Artikel der Bundesverfassung hin. So ist es zum Beispiel auch aufgrund der Gesetzeslage nicht statthaft, dass ein Stadtratsmitglied sämtliche Mitglieder der GPK bis auf die Präsidentin persönlich kontaktiert und versucht, Einfluss zu nehmen. Die Kommunikation der GPK, wie von allen Kommissionen, erfolgt über das Präsidium. Bei allfälligen Fragen oder Unklarheiten hätte man sich direkt ans Präsidium wenden können und nicht die direkte Einflussnahme auf einzelne Mitglieder ausüben dürfen. Ebenso wenig darf der Stadtrat in seiner Stellungnahme mit nur vermuteten und zum jetzigen Zeitpunkt nicht belastbaren Auswirkungen in die Meinungsbildung des Stadtparlaments einwirken. Er darf sehr wohl seine Haltung zu diesem Geschäft kundtun, keinesfalls aber suggestive Behauptungen oder spekulative Vermutungen über künftige Ereignisse oder vermutete Auswirkungen im Falle einer Einsetzung einer PUK äussern. Er hat sich an die Fakten zu halten und muss spekulative Äusserungen unterlassen. Jetzt zu den Anträgen. Ich mache das in der Abstimmungsreihenfolge. Die kann man selbstverständlich verändern, wenn man das wünschen würde. Der Antrag A verlangt die Einsetzung der PUK, gestützt auf die Geschäftsordnung sowie übergeordnet auf das Kantonsratsgesetz. Das für den Fall, dass die Geschäftsordnung keine konkrete Handlungsanleitung bieten würde. Nach diversen Abgängen und Vorkommnissen, insbesondere in leitenden Funktionen in den verschiedensten Abteilungen, vermutet die GPK Mängel im Personalmanagement. Mit der bisherigen Kommunikation bzw. den zur Verfügung gestellten Informationen, konnten die aufkommenden Zweifel betreffend Existenz, Umsetzung sowie Kontrolle von funktionierenden Personalprozessen nicht beseitigt werden. Mit dem Instrument der PUK kann geklärt werden, ob und wo Schwachstellen bestehen, und diese können in der Folge auch behoben werden. Zu den Aufträgen, der Antrag B. Im Grundsatz verortet die GPK vier Problemfelder mit Handlungsbedarf. Erstens nämlich die Untersuchung des Personalführungsprozesses, der Umsetzung und der Kontrolle. Wir konnten in der Antwort auf die Interpellation lesen, dass durchaus Prozesse existieren, in Sachen Personalführung. Hingegen konnte mit dem Papier nicht aufgezeigt werden, dass diese Prozesse auch tatsächlich befolgt und kontrolliert werden. Zweitens, eine Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement. Hier stellt sich die Frage, ob die politische Führung, welche die Oberaufsicht über die operativen Handlungen der Verwaltung hat, ihren Verpflichtungen zur sorgfältigen Geschäftsführung nachgekommen ist, wo sie allenfalls schlecht, zu spät oder gar nicht reagiert haben und im Fall von Verfehlungen, welche Konsequenzen eine solche Unterlassung der Führung für die Stadt, für ihr Image als Arbeitgeber und für den Steuerzahler hatte. Dann drittens, die Untersuchung der Kommunikationsprozesse. Auch hier entnehmen wir in der Antwort der Interpellation, dass durchaus Kommunikationsprozesse existieren. Warum diese in der Vergangenheit schlecht oder gar nicht funktioniert haben, kann eine



PUK jetzt aber überprüfen und so auch einen Hinweis darauf geben, wie eine professionelle Kommunikation auch in Krisenfällen garantiert werden kann. Und schlussendlich noch viertens, die Untersuchung der Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit den Behörden. Es ist sehr befremdend, wenn die eigenen Behörden und Kommissionen sich plötzlich vis-à-vis von Juristen und Anwaltskanzleien verantworten müssen. Die Behördenmitglieder sind in aller Regel juristische Laien, die aber ihre Arbeit selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen ausführen. Das Ungleichgewicht an finanziellen und personellen Möglichkeiten gilt es zu untersuchen und, wo nötig, wieder in miliztaugliche Bahnen zu bringen. Der Antrag C befasst sich mit der Anzahl Mitglieder und auch konkret, die Wahl dieser Mitglieder sowie ebenfalls die Benennung des Präsidiums und des Aktuariats. Dazu gibt es in der E-Mail, ich weiss nicht, wer das noch präsent hat, Antrag E1 und E2. Die Minimalzahl gemäss Geschäftsordnung ist bei fünf. Die GPK schlägt auch darum diese Zahl vor, weil für die Terminfindung und den Ablauf ist das mit einer möglichst tiefen Anzahl viel einfacher zu bewerkstelligen, zumal für ein Milizparlament eine hohe Sitzungskadenz ausgegangen werden muss. Der Antrag erfolgt noch vor der Aufspaltung der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, sodass eigentlich jede Fraktion ein Mitglied beisteuern könnte. Ebenso muss ein externer juristischer Berater bestellt werden. Es reicht aber völlig, das überhaupt zu beschliessen. Die Auswahl des juristischen Beraters kann die PUK selber vornehmen. Der Berater ist einzig dazu da, die PUK fachlich bzw. rechtlich und verfahrenstechnisch in ihrer Arbeit zu unterstützen. Es ist aber nicht die Aufgabe eines Beraters, inhaltlich Einfluss zu nehmen. Der juristische Berater wird einzig und allein durch die PUK bestimmt. Ein Einflussname seitens Stadt mit allfälligen Vorschlägen ist untersagt. Und mit dem juristischen Berater kommen wir zu den Finanzen, das ist klar. Und somit zum Antrag D. Dem Rat wird ein Nachtragskredit in der Höhe von 100 000 Franken beantragt. Die Kostenschätzung wurde im Antrag grob umrissen. Für das Publikum und das Protokoll mache ich das hier gerne nochmal und lege die Überlegungen der GPK dar. Wenn man Sitzungsgelder für die fünf PUK-Mitglieder nimmt, von etwa zwanzig Sitzungen, dann eine juristische Beratung plus Vorbereitungsstunden, Nachbereitungsstunden, plus zwei Stunden Sitzung, dann kommen wir bei einem extrem hoch geschätzten Stundenansatz von 500 Franken. Normal sind aktuell 350 - 400 Franken, so der Standard. Aber wir haben ja bei der Stadt ja schon gesehen, dass es auch teurer geht. Da würden Kosten von etwa 50 000 Franken entstehen. Jetzt ist es aufgrund der fehlenden Erfahrungswerte, die wir bei der Einsetzung einer PUK haben – was wir noch nie gemacht haben – die GPK gedacht hat, dass wir den Betrag jetzt mal verdoppeln und beantragen darum einen Nachtragskredit von 100 000 Franken, um auf der absolut sicheren Seite zu sein. Und ich kann das Stadtparlament im Übrigen beruhigen. Weitere Kredite könnten erneut beantragt werden, falls es nicht reicht, was ich nicht glaube. Und in der Rechnung kann man selbstverständlich ein Defizit problemlos nachträglich legitimieren. Und wer jetzt grosse Augen bekommt, dann muss ich darauf hinweisen, dass das ein Prozess ist, den wir jedes Jahr in den verschiedensten Globalbudgets bei der Rechnungsabnahme, ohne mit den



Wimpern zu zucken, auch machen. Ganz wichtig ist hier auch zu beachten, dass im Stadtparlamentsbudget selbstverständlich nur die von der PUK verursachten Kosten belastet werden dürfen. Sämtliche durch die Stadt bzw. die Verwaltung initiierte Kosten – eben von Juristen, die sie dann beiziehen müssen – oder die einfach im Zusammenhang mit der PUK engagiert werden, seitens der Stadt, die gehen selbstverständlich nicht zulasten von diesem beantragten Budget oder von diesem Nachtragskredit. Ebenfalls im Zusammenhang mit den Finanzen erwähne ich die unter F1 und F2 erwähnten Eventualanträge zum Thema Entschädigung für die PUK-Mitglieder. Es ist so, dass es wahrscheinlich opportun wäre, für die normalen Sitzungen das gleiche Entschädigungsreglement zu benutzen, wie es schon existiert. Dass man aber die Mitglieder mit einer zusätzlichen Entschädigungspauschale entgelten würde. Unser Vorschlag ist jetzt bei 2 000 Franken pro Jahr, selbstverständlich pro Rata temporis, also wenn es weniger lang dauert, dann kostet es auch weniger. Das im Hinblick auf die erhebliche Mehrbelastung, die es dann ergeben wird, denn man muss ja nicht nur an den Sitzungen teilnehmen, sondern sich auch noch auf das Aktenstudium fokussieren. Ich erlaube mir noch ein paar abschliessende Bemerkungen aus Sicht der GPK. Aus gewissen Fraktionen gibt es Anträge auf Nichteintreten auf den GPK-Antrag oder auch eine Verschiebung von der Einsetzung auf die nächste Sitzung. Das macht aus GPK-Sicht wenig Sinn. Das häufig gehörte Argument, man will jetzt zuerst noch die Antworten der Interpellation analysieren, scheint mir zwar nachvollziehbar. Die Antworten liegen jetzt ja glücklicherweise vor, nur sind die Aussagen jetzt im Zusammenhang mit der Beantwortung wenig hilfreich bei der an die PUK gestellten Aufträgen. Ich habe eigentlich gedacht, wir werden heute die Interpellation noch schnell anschauen. Ich hätte da noch ein paar Bemerkungen dazu sagen wollen. Es ist einfach tatsächlich so, dass sich leider auch in der Interpellationsantwort ein paar Fehler eingeschlichen haben. Ich gehe jetzt aber nicht weiter darauf ein. Tatsache ist einfach, inhaltlich bewegen sich die Antworten auf dem Niveau von einem Grundlagenkurs zum Personalmanagement und erklären eigentlich nur mehr oder weniger, wie der Idealzustand der Personalführung sein sollte. Ob die dargestellten Prozesse aber eingehalten werden bzw. wie sichergestellt wird, dass sie künftig eingehalten sind, kann aus der Antwort nicht entnommen werden. Weil die Komplexität der Antworten doch einigermaßen überschaubar ist, braucht es unseres Erachtens nicht noch ein vertieftes Studium, um diese Antworten zu verstehen. Und auch in Verzögerung aufgrund einer vertieften Analyse des ominösen BDO-Berichts scheint aus GPK-Sicht nicht nötig. Erstens ist der Bericht ein Standard-Legislaturbericht, der schon vor vier Jahren zum ersten Mal gemacht wurde und in dieser Legislatur einfach standardmässig wiederholt wird. Und hier liegt der Fokus auf ganz anderen Fragestellungen als diejenigen, die die PUK jetzt hier konkret stellen. Die Aussage, dass praktisch alles reibungslos läuft, das mag auf der Basis der Aufgabenstellung dieses Berichts legitim sein und soweit natürlich auch erfreulich. Jedoch legt der Bericht keinen konkreten Fokus auf das Personalmanagement oder auf die Personalprozesse und insbesondere auch nicht auf die Einhaltung dieser Prozesse. Betreffend Kommunikation verordnet der Bericht



tatsächlich doch einen Handlungsbedarf, allerdings nur, was die Kommunikation nach aussen betrifft. Die Einsetzung eines Kommunikationschefs hätte das richten sollen. Der internen Kommunikation bzw. der Kommunikation mit den Behörden wird aber wenig Beachtung geschenkt. Der BDO-Bericht kann aufgrund seines Fokus nur wenige Hinweise zu den von der GPK gestellten Anträgen geben. Es ist aber klar, dass ein PUK die Details der Firma BDO erfragen könnte, so dass die Informationen in ihre Arbeit bei der PUK einfliessen könnten. Betreffend Kosten ist anzumerken, dass für die Abgänge der Führungsspitze, die jetzt gerade kürzlich stattgefunden haben, im Minimum eine halbe Million Franken an Steuergeldern veranschlagt werden müssen. Demgegenüber sind die Kosten einer PUK mit 100 000 Franken absolut vertretbar. Insbesondere im Hinblick darauf, dass mit einer sauberen Aufarbeitung dieser Personalprozesse künftig Massenabgänge wie bei der Polizei oder bei der Polizeispitze, aber auch von anderen Führungskräften, wie die vom Stadtschreiber und seiner Stellvertreterin, verhindert werden können, was sehr viel mehr Geld einsparen würde. So gesehen wäre ein PUK eine Investition in die Zukunft. Ich bitte darum, alle Anträge anzunehmen. Besten Dank.»

1.2. Anhörung Stadtrat gemäss Art. 67a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtparlaments

Der Vorsitzende übergibt das Wort dem Stadtrat.

Stadtpräsident Mark Eberli: «Der Stadtrat bevorzugt das direkte Gespräch mit der Geschäftsprüfungskommission. Wir bedauern, dass es in letzter Zeit nicht mehr möglich war. Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam einen anderen Weg gefunden hätten und dass auch in Zukunft eine gute Zusammenarbeit möglich sein wird.

Letzte Woche hat der Stadtrat euch zwei wichtige Dokumente zugestellt.

1. Die Antwort auf die Interpellation Britta Müller-Ganz zu den HR-Prozessen und HR-Kommunikationspolitik der Stadt Bülach
2. Den Bericht der BDO, welche im Auftrag des Stadtrats der Organisation, Ressourcen und Prozesse der Stadtverwaltung überprüft hat

Beide Dokumente liefern wertvolle Informationen und Zusammenhänge. Wir sind der Auffassung, dass diese Dokumente eine solide Basis legen, um sich ein gutes Bild über die gute Arbeit der Stadtverwaltung zu machen. Mit der Gesamtheit der Informationen ist es möglich, die Notwendigkeit einer PUK besser einschätzen zu können. Ebenso kann damit überprüft werden, ob das Resultat der Untersuchung durch eine PUK einen substanziellen Mehrwert liefern könnte, der den grossen Aufwand, den eine PUK für alle Beteiligten auslöst, rechtfertigen würde. Der Stadtrat ist überzeugt, dass eine PUK ein zu starkes Instrument ist. Eine PUK erfordert enorme finanzielle, personelle, aber auch juristische Ressourcen– für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aber auch für die



Verwaltungsmitarbeitenden. Für den Stadtrat wäre es wichtiger, diese Ressourcen dafür einzusetzen, die geplanten Massnahmen aus dem BDO-Bericht voranzutreiben und Massnahmen, die in den Antworten der Interpellation aufgezeigt werden mit grossem Engagement und zeitnah umzusetzen. Die Herausforderungen für unsere Stadt sind gross. Lasst uns gemeinsame unsere Zeit, Kraft und Energie in die Zukunft zu investieren. In die anstehenden Projekte, in die Umsetzung der aufgezeigten Massnahmen und in das Wiederherstellen des Vertrauens in die Verwaltung und den Stadtrat. Der Stadtrat bittet euch deshalb, diesen Antrag abzulehnen oder zumindest einer Verschiebung zu zustimmen. Danke vielmals.»

1.3. Fraktionserklärungen

Der Vorsitzende übergibt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne-Fraktion): «Wir sind der Meinung, dass man den Antrag der GPK aus verschiedenen Gründen unterstützen muss. Wir glauben, dass das Stadtparlament den Bürgerinnen und Bürgern von Bülach schuldet, eine genaue Aufarbeitung dessen zu machen, was wir gesehen haben, aber für uns von aussen als Nicht-Mitglieder des Stadtrats nicht verstehen können. Es ist nicht verständlich, wie es sein kann, dass man einen Stadtschreiber und seine Stellvertreterin gleichzeitig verabschiedet oder sich verabschieden lässt. Nachdem wir schon in dieser Legislatur einiges erlebt haben in Bezug auf solche Situationen im Zusammenhang mit der Polizei-affäre, wo auch uns einmal im Sommer 2024 gesagt wurde, konkret vom Stadtpräsidenten, dass wir einen Schlussstrich ziehen sollen, und wir haben ihm damals geglaubt. Was ist schliesslich im Herbst 2024 passiert? Es ist Folgendes passiert: Es kamen wieder beunruhigende Berichte über diese Situation in der Presse. Wir haben als Stadtparlament, glaube ich, enorm viel Geduld und Vertrauen gezeigt, was offenbar nicht immer der Fall zwischen dem Stadtrat und der GPK war, die eigentlich die Arbeit vertieft hat, die sich das Stadtparlament in diesen Fragen gewünscht hat. Jetzt ist aber die Situation eine solche, dass wir eine neue Dimension erreicht haben. Es scheint mir auch kein Zufall zu sein, dass ausgerechnet am 23. Januar ein BDO-Bericht fertiggestellt wird, dass wir alle vom Ablauf her wissen, dass sich die Fraktionen genau eine Woche vor der Parlamentssitzung treffen. Heute sind wir da und wir wissen, dass wir diesen BDO-Bericht – wir mindestens, die Mehrheit der Parlamentarier, die hier sind – erst viel später, im Laufe der letzten Woche, bekommen haben. Obwohl scheinbar manche Mitglieder des Stadtparlaments von diesem BDO-Bericht schon vorher gewusst haben. Wie dem auch sei. Um demokratische Verhältnisse zu garantieren, muss eine Gleichbehandlung aller Parlamentarier und Parlamentarierinnen garantiert sein. Letzte Woche sind so viele Dinge passiert und es sind auch noch so viele



Probleme, die für uns völlig unverständlich sind... Ich stelle nur Fragen. Wenn die Bürger und Bürgerinnen in der Zeitung lesen, was da passiert ist, stellen sie sich auch Fragen. Deshalb denke ich, schulden wir eine PUK, die diese Fragen aufarbeitet, und zwar sofort beginnt, damit diese Fragen genug frühzeitig vor den Wahlen beantwortet werden. Und so können die Bürgerinnen und Bürger von Bülach wissen, was eine PUK zu diesen Ereignissen sagt. Ich möchte kurz ein Ereignis erklären. Ich bin Historiker von Beruf und ich verstehe, dass die Normen sehr wichtig sind. Ich wurde auch so erzogen. Aber ein Ereignis hat mich im Jahr 2018 etwas schockiert und manche Mitglieder des Stadtparlaments damals dazu bewegt – damals hiessen wir Gemeinderäte – zu intervenieren. Ich habe damals nicht interveniert. Ich lese kurz zwei Paragraphen aus einer Nachricht aus dem Jahr 2018:

Widerrechtliche Kündigung kostet die Stadt Bülach viel Geld. 26. Juni 2018.

Die Zusammenfassung des Berichts beginnt so: Es ist ein Bericht vom Zürcher Unterländer, von einer Journalistin, die heute anwesend ist. Ein Pfändungsbeamter hat seinem Ärger über einen Vorgesetzten bei einer Kollegin Luft verschafft. Ihm wurde fristlos gekündigt. Das war jedoch widerrechtlich, wie nach dem Bezirksrat auch das Verwaltungsgericht feststellt. Die Stadt Bülach musste mehr als elf Monatslöhne zahlen. Auch nach solchen Ereignissen kam es zu einer Diskussion im Stadtparlament. Und manche haben ihr Entsetzen über folgende Aussagen des damaligen, jetzt zurückgetretenen Stadtschreibers, kundgetan. Ich lese den letzten Paragraphen, den ich aus diesem Artikel lesen will. *«...bei der Stadt nimmt man dieses Urteil, also das Urteil des Verwaltungsgerichts, diese Entlassung sei widerrechtlich gewesen. Nimmt man dieses Urteil zur Kenntnis, wie Stadtschreiber Christian Mühlethaler sagt.»* Ich zitiere: *«Wir äussern uns generell nicht zu Personalentscheiden, auch nicht, wenn Betroffene damit an die Öffentlichkeit gehen. Unsere Beurteilung des Falls ist jedoch eine andere.»* Zitat Ende. Und der Rest des Paragraphs möchte ich auch lesen. *«Man akzeptiere das Urteil des Verwaltungsgerichts und verzichte auf einen Weiterzug des Urteils.»* Und das letzte Zitat des Stadtschreibers sagt, und das scheint mir das Wesentliche an diesem Paragraphen: *«Die Stadt würde heute aber wieder gleich handeln, betont Mühlethaler.»* Damals gab es hier eine Diskussion unter den Gemeinderäten, ich habe nicht interveniert, aber ich habe mir die Akten mehrmals angeschaut, wo gesagt wurde, dass es wenig Respekt vor der Gewaltentrennung zeigt, wenn man als Chef einer Verwaltung nach einem solchen Entscheid von einem Verwaltungsgericht behauptet, die Stadt würde heute aber wieder gleich handeln. Es ist schon ein paar Jahre her. Die Ereignisse der letzten Jahre haben uns jedoch gezeigt, die Personen, die offenbar die Geschicke dieser Verwaltung gelenkt haben, haben in letzter Zeit enorm viele Probleme gehabt, wovor ich auch den grössten Respekt habe. Aber wenn man diese Haltung vertritt, die man hier in diesen Aussagen – ich zitiere nur Aussagen dieser Personen – stellen sich noch mehr Fragen. Noch mehr Fragen zu dem, was in letzter Zeit in dieser Verwaltung und im Zusammenhang mit der Arbeit, mit dem Stadtparlament und mit dem Stadtrat passiert ist. Deshalb werden wir für die PUK stimmen.»



Der Vorsitzende übergibt das Wort Reto Zumstein.

Reto Zumstein (GLP-Fraktion): «Die GLP-Fraktion unterstützt ebenfalls den Antrag der GPK zur Einsetzung einer PUK. Wir begrüßen den Ansatz, die grösstmögliche Transparenz zu schaffen und mögliche Missstände und Verbesserungspotenziale vollständig aufzudecken. Der Zeitpunkt erscheint uns mit den aktuellen Umwälzungen geeignet, da dank den Ereignissen aus der PUK hoffentlich ein bestmöglicher Neustart eingeleitet werden kann. Die Antworten auf die Interpellation von Britta Müller-Ganz sowie der BDO-Bericht können die Arbeiten einer PUK möglicherweise unterstützen oder gar ergänzen. Da aber gemäss unseren Informationen die meisten Abteilungen der Stadt einen sehr guten Job machen, stellen wir einen Antrag auf folgende Ergänzung im Auftrag der PUK.

Antrag der GLP-Fraktion

Wir möchten für Punkt 1 und Punkt 4 ergänzen, dass die PUK den Fokus vor allem auf die Abteilungen Bevölkerung und Sicherheit sowie Politik und Präsidiales legen soll.

An dieser Stelle möchten wir auch bei den Angestellten der Stadt unseren Dank aussprechen für die bisherige und ihre zukünftige Arbeit. Wir glauben, dass von der PUK aufgedeckte Mängel nach dieser Behebung auch allen Mitarbeitenden zugutekommt und für ein angenehmes Arbeitsklima sorgt. Besten Dank.»

Dominik Berner fragt an, ob ausschliesslich der Fokus auf die beiden Abteilungen Bevölkerung und Sicherheit sowie Politik und Präsidiales liegen solle.

Reto Zumstein: «Nicht ausschliesslich, aber als Fokus.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Tünde Mihalyi.

Tünde Mihalyi (SP-Fraktion): «Wir von der SP-Fraktion begrüßen den Antrag für eine PUK, und die Gelegenheit diese Möglichkeit zu diskutieren und dem Stadtrat zu den zu untersuchenden Punkten zu befragen. Wir haben, wie wohl alle Fraktionen viel über Sinn und Zweck und die Aufgaben der PUK diskutiert. Wir sind der Meinung, dass in den vergangenen Monaten mehrere Zwischenfälle in den Bereichen Personal und Kommunikation zu viele Unklarheiten und Fragen offenliessen. Als die GPK sich den Vorwürfen zur Situation bei der Bülacher Polizei zuwendete und eine erste Untersuchung in die Wege leitete, wurde sie auf verschiedene Arten bei ihrer Arbeit und ihren Untersuchungen behindert. Es mangelte sowohl an der Kommunikation als auch an der Kooperationsbereitschaft seitens Stadtrats



und viele Anfragen wurden verzögert und Informationen vorenthalten. Die Interpellation von Britta Müller wurde unserer Meinung nach vom Stadtrat nur oberflächlich und vage beantwortet. Es fehlen genaue Angaben über Strukturen und Pläne, wie die neue Personal- und Kommunikationsstrategie umgesetzt werden soll und wer genau die Verantwortung für die Umsetzung trägt. Die Freistellung des Stadtschreibers und seiner Stellvertreterin letzte Woche werfen wieder neue Fragen auf, was die personelle Führung angeht. Diese zu klären, wäre nach unserer Meinung eine der klaren Aufgaben der PUK. Wir unterstützen aber keine Vertagung der Abstimmung auf die nächste Sitzung.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Peter Stiefenhofer.

Peter Stiefenhofer (FDP-Fraktion): «Ich präsentiere die Fraktionsmeinung der FDP Bülach zur Einsetzung einer PUK. Präziser: Zur Einsetzung einer PUK zum jetzigen Zeitpunkt. Inhaltlich hat unsere Fraktion viel Verständnis für die vorgeschlagenen Untersuchungsgebiete und Aufträge einer solchen PUK. Dennoch halten wir den Antrag jetzt für verfrüht. Wir haben das bereits in unserer schriftlichen Stellungnahme ans Stadtparlament vom letzten Donnerstag geschrieben, dass zuerst wichtige Informationen vorliegen sollten, welche zur besseren Beurteilung von Sinn und Auftrag einer PUK sinnvoll wären. Am letzten Freitag dann hat uns die Stadt innert 2er Stunden folgende Informationen reichlich überraschend und überraschend früh zugesandt:

- Die Antwort auf die Interpellation Britta Müller-Ganz (und anderen) vom 24. November mit ähnlicher Zielrichtung wie der PUK-Antrag (14 Seiten)
- Den Bericht der Beratungsfirma BDO zur Stadtverwaltung (65 Seiten)
- Und die überraschende Medienmitteilung zum Abgang des Stadtschreibers und seiner Stellvertreterin Ziemlich ein Hammer, so schnell vor dem Wochenende. Obwohl einige von uns das vielleicht alles schon studieren konnten seit Freitag (z.B. ich selbst): Wir denken, Alle sollten genügend Zeit haben, diese Informationen zu lesen, zu verdauen und zu diskutieren, bevor wir einen Auftrag an eine PUK formulieren

Also wenn wir den Entscheid für eine PUK fällen und vor allem die Aufträge formulieren, ist das auch an der nächsten Parlaments-Sitzung vom 10. März noch früh genug. Nach dem Lesen der Antworten an Britta Müller-Ganz und vom BDO-Bericht – welchen ich auch nicht sehr befriedigend finde – möchten wir aber noch Folgendes zu bedenken geben:

Organisations-Strukturen, Führungs- und Arbeits-Prozesse, Aufgaben, Personalmanagement und Kommunikation: Da kann man unserer Meinung nach tatsächlich Einiges in Bülach verbessern.

Aber ohne den positiven Willen der Betroffenen etwas zu ändern, werden wir nichts erreichen, und wird auch eine PUK nichts erreichen ausser gegenseitigen Abgrenzungen wie mit der GPK. Verwaltung und Stadtrat müssen ziehen an der Schnur, wir können ihnen Verbesserungen nicht den «Hals



runterstossen». Wir können nicht eine bessere Personalkultur verlangen, wenn wir gegenüber Stadtrat und Verwaltung selbst mit dem Holzhammer auftreten. Wenn der Wille nicht da ist, Organisation, Prozesse, Aufgaben und Personalmanagement positiv zu hinterfragen, über den unbefriedigenden BDO-Bericht hinaus, wird auch nichts Schlaues aus einer PUK resultieren. Und Juristen werden schon gar nichts beitragen. Unser Aufruf ergeht an den Stadtrat, entweder die Einsetzung einer PUK bis am 10. März zu unterstützen oder sonst andere Wege mit uns zu diskutieren, wie die Ziele der PUK für alle Seiten befriedigend erreicht werden könnten. Für heute empfehlen wir Ablehnung einer PUK, im Sinne der Neu-Traktandierung am 10. März.»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Dominic Kleiber.

Dominic Kleiber (EVP/Die Mitte-Fraktion): «Um den Spannungsbogen nicht bis ganz am Schluss durchzuziehen, das Wichtigste von einer Fraktionserklärung am Anfang, wir sind uns zum jetzigen Zeitpunkt als Fraktion nicht einig geworden. Wir haben viel und lange diskutiert, wir haben vieles in Betracht gezogen, abgewogen, versucht, einen konstruktiven Kompromiss zu finden, den haben wir so als Servier-vorschlag aber leider nicht gefunden. Es gibt unterschiedliche Wertungen, aber auch verschiedene Sichtweisen. Soll zum Beispiel der Fokus der PUK auf die Aufarbeitung der Polizeiaffäre gelegt werden? Oder soll, wie im vorliegenden GPK-Antrag, grundsätzlich alle Abteilungen durchleuchtet werden, also nicht nur die, die auf dem Antrag aufgezählt werden, sondern alle? Je nachdem wie fokussiert die Aufgabe der PUK von uns (Stadtparlament) formuliert wird, wird das entweder schmaler oder umso breiter das Aufgabengebiet wird, so hat das auch einen Einfluss auf die künftige Arbeitslast von dem Gremium. Also von der PUK. Und gleichzeitig gilt es auch, die nötigen Leute dazu zu finden. Also wir müssen hier im Rat keine PUK beschliessen, wenn wir nachher das Personal dafür nicht stellen können. Ihr seht, es sind mehrere wichtige Entscheidungsfaktoren noch nicht geklärt. Was sich seit der ersten Fassung der Fraktionserklärung von Anfang der Woche geklärt hat, sind einerseits gewichtige personelle Veränderungen bei der Stadt, wie auch der Versand der Antworten auf die Interpellation von Britta Müller-Ganz und zusätzlich die Überprüfungsergebnisse der Stadtverwaltung durch die Firma BDO.

Wo wir uns als EVP/Die Mitte-Fraktion aber einig sind, ist Folgendes:

Antrag EVP/Die Mitte-Fraktion auf Verschiebung

Wir stellen den Antrag, dass wir im Stadtparlament die Antworten von der Interpellation wie auch die Ergebnisse aus der Überprüfung der Stadtverwaltung gründlich auswerten und die Erkenntnisse in Aufgabenbeschreibung der PUK einfliessen lassen. Also wird die Abstimmung über die Einsetzung einer PUK auf die März-Sitzung verlegt werden. Bis dahin können weitere Fragen geklärt werden, wie z.B.



die Suche und spätere Einsetzung von möglichen Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Um ein breit abgestütztes Gremium stellen zu können, schlägt mir auch die vorgängige Zusammenarbeit mit der IPK vor. Darum, wir haben es bereits ein-, zweimal gehört von der FDP und der SP, wir möchten das «Ja» oder «Nein» für die Einsetzung einer PUK verschieben.»

Der Vorsitzende übergibt Sven Zimmerli das Wort.

Sven Zimmerli (SVP/EDU-Fraktion): «Der Stadtrat hat bei den Polizeiaffären den Medien erklärt, dass die im Bericht gemachten Aussagen nicht der Wahrheit entsprechen. Dass also der Polizeichef ohne Fehl und Tadel arbeitet. Schon da hätte die professionelle Krisenkommunikation verhindern können, dass die GPK überhaupt tätig wird. Wir wissen, wie die Geschichte ausgegangen ist. Der Stadtpräsident hat Mitte Jahr an der Parlamentsitzung erklärt, der Polizeichef sei rehabilitiert, «Problempolizisten» seien Geschichte und seither sei Ruhe im Corps eingekehrt. Nur zwei Monate später ist aber die nächste Bombe explodiert, bei der der Polizeichef nun doch aus dem Corps ausgeschieden ist und sein Stellvertreter sogar vom Dienst suspendiert wurde. Jeder hier im Stadtparlament weiss, dass man Staatsangestellte nicht einfach so auf die Schnelle loswerden kann, es sei denn, es sind schwere Vorwürfe im Raum und da kann jetzt jeder selbst seine Gedanken machen. Letzte Woche wurde eine weitere Eskalationsstufe erreicht. Die Stadt ist jetzt nicht nur bei der Polizei führungslos, sondern gerade bei der ganzen Spitze. Nicht nur der Stadtschreiber, sondern auch seine Stellvertreterin haben sich von der Stadt verabschiedet. Und hinterlassen ein grosses Vakuum in dieser sonst schon personell herausfordernden Stadtverwaltung. Die beiden Abgänge hinterlassen neben dem grossen finanziellen Schaden, in der Höhe von schätzungsweise einer halben Million Franken, einen sehr schalen Nachgeschmack. Die SVP/EDU-Fraktion kann sich den Eindruck nicht erwehren, dass die politische Führung mit diesem Manöver elegant von ihren eigenen Fehlern ablenken will. Die Verantwortung bei der politischen Führung sollte jetzt jedem klar sein und wenn gleichzeitig die ganze Spitze wegbricht, dann kann man nur von einem Versagen der Politik reden. Die Verantwortung den Mitarbeitenden gegenüber, nicht zuletzt denen, die gegangen sind, ist da sträflich vernachlässigt worden. Ein solches «Bauernopfer» ist für die Vertrauensbildung sicher nicht hilfreich. Was jetzt die PUK betrifft, ist die SVP/EDU-Fraktion klar der Meinung, dass es nicht zuletzt auch aufgrund der letzten Ereignisse höchste Zeit ist, einmal genauer hinzuschauen. Und es ist aus der Sicht der SVP nicht erklärbar, weshalb der Stadtrat in den vergangenen Tagen und Wochen alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um diese PUK zu verhindern. Wenn alles bestens läuft, wie der Stadtrat behauptet, wäre es ja die ideale Übungsanlage, welche genau diese These bestätigen würde. Die PUK würde herausfinden, dass alles im grünen Bereich ist. Dass Personalprozesse installiert sind und auch umgesetzt und kontrolliert werden. Das strapazierte Vertrauensverhältnis zwischen dem Stadtrat und dem Stadtparlament wäre endlich auf eine



solide Informationsbasis und einer kooperativen Zusammenarbeit mit den Behörden gar nicht mehr im Weg. Schon keine Spekulationen. Wir fragen uns, wovor sich der Stadtrat fürchtet, wenn doch alles gut läuft. Die SVP ist froh, sind die Antworten auf die Interpellation von Britta Müller bereits gekommen. Sie zeigen uns klar, dass auch diese Antworten keine Hilfe sind bei der Fragestellung der PUK. So gesehen wäre das Warten auf die Antworten sinnlos gewesen. An einer sofortigen PUK-Einsetzung steht in diesem Fall gar nichts mehr im Weg. Denn die Antworten verstehen sich keiner weiteren Interpretation mehr. Sie zeigen deutlich, dass Personalmanagementprozesse zwar auf dem Papier bestehen, aber ganz offensichtlich weder eingehalten noch kontrolliert werden. Die Kosten einer PUK sind selbstverständlich auch uns ein Dorn im Auge. Eigentlich ärgern wir uns über diese zusätzlichen Ausgaben, aber wenn mit einer PUK verhindert werden kann, dass es künftig weniger Fluktuationen gibt, insbesondere auch in der Führungsetage, dann ist die PUK jeden Franken wert. Schliesslich haben schon die Abgänge bei der Umwelt und Infrastruktur, bei der Polizei, bei der KESB beziehungsweise der Berufsbeistandschaften und jetzt zuletzt des Stadtschreibers zu exorbitanten Kosten für die Stadt und den Steuerzahler geführt. Mit jedem verhinderten Wechsel sparen wir Geld. Wenn wir das mit der PUK erreichen könnten, würde das unser sonst schon strapaziertes Budget künftig entlasten. Aus diesem Grund müssen wir hier und heute der PUK zustimmen, damit wir möglichst schnell zu Fakten und auch zu möglichen Lösungsansätzen kommen. Die SVP/EDU-Fraktion wird allen von der GPK gestellten Anträgen zustimmen. Danke.»

Der Vorsitzende stellt fest, dass folgender **Antrag** während den Fraktionserklärungen eingegangen ist:

Die EVP/Die Mitte-Fraktion stellt gemäss Art. 37 Abs. 1.1 der GeschO einen Ordnungsantrag auf Verschiebung der Beratung des Geschäfts auf die Parlamentssitzung am 10. März 2025.

Dieser Ordnungsantrag wird auch von der FDP-Fraktion unterstützt.

Es gibt keine weiteren Anträge.

2. Detailberatung / Diskussion

Britta Müller-Ganz: «Ich möchte noch etwas sagen zur aktuellen Situation. Wie schon gesagt wurde, ist Ende letzter Woche wirklich viel passiert. Der BDO-Bericht sowie die Antwort zu meiner Interpellation wurden uns zugestellt. Der Stadtschreiber und seine Stellvertreterin verlassen diese Stadt. Ich finde es, ehrlich gesagt, wichtig und notwendig, dass wir jetzt das Ganze jetzt erstmal verdauen. Damit wir in den Fraktionen über das, was wir jetzt wissen oder neu gehört haben, diskutieren können.



So können wir uns - mit zwei Schritten zurück - überlegen, wie wir die Stadt dorthin bringen, um vorwärts schauen zu können. Um wieder stabile Verhältnisse zu schaffen und damit auch Ruhe einkehrt. Ich habe Mühe mit der jetzigen Haltung, dass man aufgrund dieser Vorkommnisse vorschnell den Schluss zieht, dass diese Entwicklung jetzt der Beleg dafür ist, dass alles falsch gelaufen ist und negativ ist. Ich bin der Meinung, wir haben sehr viele Top-Leute in der Stadtverwaltung, die einen ausgezeichneten Job machen. Und ich glaube auch, dass es ganz wichtig ist, dass man der Stadt die Chance gibt, vorwärts zu schauen. Eine PUK wird immer nur vergangenheitsorientiert arbeiten und vergangene Vorkommnisse analysieren können. Wichtige Protagonisten aus der Vergangenheit werden wahrscheinlich, wenn die PUK am Arbeiten ist, nicht mehr vor Ort sein. Ich will euch das einfach auch zu bedenken geben. Ich werde mich an der nächsten Parlamentssitzung konkret zur Interpellationsantwort äussern. Für heute ist es für mich zu früh. Ich muss das jetzt noch in Ruhe anschauen. Besten Dank.»

Der Vorsitzende übergibt Dr. Luís M. Calvo Salgado das Wort.

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich bin damit einverstanden, dass wir Stabilität gewinnen sollen. Deshalb bin ich für eine PUK Ich bin damit einverstanden, dass die Antworten auf jegliche Fragen berücksichtigt werden. Deshalb bin ich für eine PUK. Und ich bin damit einverstanden, dass der BDO-Bericht als Basis wie so viele andere Sachen genommen werden. Ich habe den ganzen BDO-Bericht, sobald ich ihn erhalten habe - und ich gehöre vielleicht nicht zu denjenigen, die es als Erste bekommen haben, aber egal wie - ich habe es eigentlich gelesen. Ich lese sehr schnell. Vom Beruf her lese ich mit Freude. Dieses Mal war es ohne Freude. Und ich glaube, warten und warten und warten ist eine Tätigkeit, die man sich in anderen Geschäften im Leben erlauben kann. Aber nachdem, was wir alles an Wartezeiten bei der GPK hatten - also wir sind im Kanton Zürich, nicht in Bern, und nicht in einem Witz über Berner Beamten. Also versuchen wir, die Sache mal anzupacken und endlich was zu tun. Vielen Dank.»

Der Vorsitzende übergibt Peter Stiefenhofer das Wort.

Peter Stiefenhofer: «Nochmals einen Vorschlag, sagen wir, fast zur Güte. Am Schluss werden wir die Kultur in der Verwaltung nicht verbessern, sondern es sind die Leute da drüben (Stadtrat), die das können oder nicht können oder wollen oder nicht wollen. Deswegen nochmals zur Erinnerung: Wenn es bis am 10. März verschoben wird, dann bitte ich euch sehr, die Chance zu nehmen und konstruktiv darauf zu reagieren, um an dieser Kultur zu arbeiten. Und Kultur ist das Resultat all der anderen Themen. Das ist das, was nachher passt, dass man positiv miteinander umgeht. Deswegen gehen wir jetzt auch positiv mit dem Stadtrat um. Danke.»



Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über den Ordnungsantrag EVP/Die Mitte-Fraktion und FDP-Fraktion bezüglich Verschiebung der Beratung eines Geschäfts gemäss Art. 37 Abs. 1.1 GesChO

Das Stadtparlament hat mit 7 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Ordnungsantrag abgelehnt.

Der Vorsitzende übergibt Stadträtin Andrea Spycher das Wort.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich möchte als Einstieg Peter Frischknecht zitieren: *«Er wünscht uns allen einen klaren Geist, um gute Entscheidungen zu treffen.»* Und ich möchte in «keinster Weise» überheblich sein, wirklich nicht, weil ich denke die Meinungen sind gemacht. Ich hätte das vielleicht früher so anbringen können. Aber ich möchte auf den 1. August zurückgehen. Ich durfte die Rede auf dem Lindenhof halten. Und das Thema war *Erwartungen*. Ich muss jetzt ein bisschen zusammensuchen. Ich habe einfach heute Abend mitgeschrieben. Ich möchte Ihnen gerne meine Gefühlslage und auch, was ich von dieser ganzen Geschichte halte, so ehrlich wie möglich rüberbringen. Am 1. August ging es um Erwartungen an Politik. Um Erwartungen an das Leben und auch um Erwartungen an uns selbst Heute Abend habe ich mich gefragt, was ist denn eigentlich die Erwartung des Stadtparlaments an diese PUK? Mir ist es klar, der Antrag steht. Grundsätzlich geht es darum, Missstände aufzudecken bezüglich Mängel in der Personalführung. Als ich Ihnen zugehört habe und gemerkt habe, wie viel Misstrauen, Zweifel und Mutmassungen sie haben, hatte ich grundsätzlich auch ein gewisses Verständnis dafür. Ich habe jetzt aber in dieser ganzen Geschichte, nachdem der Stadtrat sich wirklich bemüht hat, diese Fragen zu beantworten, diese Prozesse anzugehen, und zu versuchen – das war auch immer der Vorwurf des Stadtparlaments, wir würden alles beschönigen – wirklich nicht mehr zu beschönigen oder weniger zu beschönigen, ehrlicher zu sein. Wir haben in dieser Interpellationsantwort das Versprechen abgegeben, wir wollen das Vertrauen zu Ihnen aufbauen. Mein Verständnis zum heutigen Abend ist, zuerst habe ich geschrieben, es sei desillusioniert. Aber nachdem ich Ihnen zugehört habe, musste ich mich korrigieren und sagen, mein Verständnis ist auf Probe gestellt. Und ich möchte Sie fragen, haben Sie – und das soll jetzt nicht überheblich sein – haben Sie wirklich allen klaren Geist? Sind Sie sich bewusst, was das auslöst? Das müssen wir nachher tragen, alle miteinander. Sie haben das entschieden. Sie übernehmen die Verantwortung, wir tragen sie mit Ihnen und mit der Verwaltung. Und ich möchte Ihnen sagen, ich nehme diese Stimmung wahr. Der Rucksack ist voll. Und das ist auch wieder nicht überheblich. Und es soll auch keine Drohung sein. Der Rucksack ist voll und ich bin überzeugt, wenn Sie jetzt hier noch einen Stein einpackt, so ist er langsam zu schwer. Und dann passiert in meinen



Augen – das ist eine Haltung, nur eine Haltung, das ist nicht eine Beeinflussung – dann passiert genau das, was du, Peter, vorhin angesprochen hast. Dann kippt diese Stimmung. Und darum frage ich mich jetzt nochmals, was ist denn wirklich die Erwartung, nicht was ist der Auftrag, was erwartet man dann von dieser PUK? Ein Ergebnis? Möchte man jemanden absetzen? Oder möchte man die Verwaltung noch mehr beschäftigen, denn das wird relevant und einschneidend sein. Und ich möchte Sie darum nochmal fragen, ist es wirklich der klare Geist? Oder die, die am Samstag noch nicht gewusst haben, wie sie jetzt entscheiden sollen, lassen Sie sich jetzt aufgrund von einem Gefühl leiten? Ich möchte Sie nur zu dem ermuntern. Und ich möchte trotz allem, auch wenn ich eigentlich keine Hoffnung mehr habe, das noch zu einem anderen Ende zu bringen, möchte ich Sie nochmal ermuntern, ich möchte an Sie appellieren, einen Schritt zurückzugehen. Lassen Sie uns miteinander das nochmals angehen und auf das besinnen, was eigentlich wirklich relevant ist. Es ist unsere Aufgabe, miteinander diese Stadt Bülach weiterzubringen und es ist nicht unsere Aufgabe, so etwas, Entschuldigung für das Wort, abzulassen. Obwohl ich trotz allem in einem gewissen Sinn das Verständnis habe. Das ist eigentlich alles. Ich habe mir dann noch ein Zitat aufgeschrieben. *«Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ein Erfolg.»* Und es wäre ein Erfolg. Und mit diesen Worten, die ich Ihnen jetzt so weitergegeben habe, verabschiede ich mich wieder. Danke.»

Dr. Luís M. Calvo Salgado hat eine Verständnisfrage: «Die Diskussion über den Antrag auf Verschiebung des Geschäfts wurde abgeschlossen und jetzt erfolgt nochmals eine Diskussion?»

Der Vorsitzende: «Ja, genau.»

Der Vorsitzende: «An dieser Stelle bin ich darauf hingewiesen worden, dass Peter Stiefenhofer einen schriftlichen Antrag gestellt hatte. Möchtest du diesen weiterhin stellen. Und zwar über einen Eventualantrag – so hast du ihn genannt – betr. Umstellen der Traktanden.»

Für Peter Stiefenhofer ist dies nicht mehr nötig, da grundsätzlich entschieden wurde, die Einsetzung einer PUK zu beschliessen. Dies wird vehement verneint durch das Stadtparlament. Es entsteht eine kurze Unruhe.

Der Vorsitzende übergibt Peter Stiefenhofer das Wort.

Peter Stiefenhofer: «Das Problem ist ein bisschen, wenn wir zuerst über den Antrag abstimmen, dass wir etwas machen, über die Aufträge abstimmen, über die Mitglieder abstimmen, über das Budget abstimmen, müssten wir grundsätzlich am Schluss noch einmal eine Schlussabstimmung machen mit



den vorherigen Abstimmungen über die Anzahl der Mitglieder, dem Budget und den konkreten Aufträgen, das ist das, was wir jetzt verabschiedet haben. Eintreten haben wir schon beschlossen, wir können einfach den Antrag A, allenfalls auch am Schluss nehmen. Von mir aus gesehen.»

Der Vorsitzende fragt Peter Stiefenhofer an, ob dies nun ein Antrag bezüglich Anpassung der Reihenfolge der Abstimmungen war. Dies bejaht Peter Stiefenhofer.

Gemäss Art. 37 der GeschO stellt die FDP-Fraktion den Ordnungsantrag auf Änderung der Reihenfolge, das heisst als Schlussabstimmung erfolgt Einsetzen einer PUK (A).

Diskussion

Der Vorsitzende übergibt Andreas Scheuss das Wort.

Andreas Scheuss: «Ich möchte klarstellen, was genau der Ordnungsantrag der FDP-Fraktion bedeutet. Die GPK reichte folgende Anträge ein:

- A. *Einsetzung einer PUK – gestützt auf die Geschäftsordnung der Stadt Bülach sowie das Kantonsratsgesetz des Kantons Zürich*
- B. *Auftrag*
- C. *Anzahl Mitglieder*
- D. *Finanzen*
- E. *Wahl der Mitglieder*
- F. *Entschädigung*

Die FDP-Fraktion stellt den Ordnungsantrag auf Anpassung der Reihenfolge der Abstimmungen. Es soll zuerst über den Auftrag (Antrag B), die Mitglieder und das Präsidium (Antrag C), die Finanzen (Antrag D), Einsetzung einer PUK (A), die Wahl der Mitglieder (Antrag E) und die Entschädigung (Antrag F) abgestimmt werden.»

Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Es tut mir leid, dass ich da schnell intervenieren muss. Wir müssen jetzt darüber abstimmen. Wir machen es sicher über alle Anträge einzeln. Und am Schluss eine Gesamtabstimmung machen. Wollen wir das Päckchen, wie wir es geschnürt haben, annehmen oder ablehnen? So



habe ich dich verstanden. Aber nicht A, B, C, D, X, Y, Z, irgendwas. Sondern einfach anhalten. Quasi nicht, dem müssen wir nicht mehr einsetzen, sondern sagen, wollen wir das so, wie wir es mit den Folgeaufträge, also B bis F, beschlossen haben, sind wir einverstanden, dass jetzt alle sich wohlfühlen mit dem, was wir da beschlossen haben, kann man grundsätzlich noch machen. Je nachdem, wie die einzelnen Sachen jetzt rauskommen, ist es dann eigentlich recht klar, aber man kann das dem Frieden zu lieb machen. Aber da irgendwie das A nach dem D zu machen, das ist genauso relevant wie das E und das F. Am Schluss ist eigentlich die Idee, dass wir das Päckchen schnüren und dann sagen, wollen wir das so oder nicht.»

Es entsteht eine hitzige Diskussion über die Anpassung der Reihenfolge der Abstimmungen. **Der Vorsitzende** ruft die Mitglieder des Stadtparlaments zur Ordnung auf.

Der Vorsitzende fragt Peter Stiefenhofer an, ob er über folgenden Änderungsvorschlag von Romaine Rogenmoser zum Ordnungsantrag bezüglich der Reihenfolge der Abstimmungen einverstanden sei:

- *B. Auftrag*
- *C. Anzahl Mitglieder*
- *D. Finanzen*
- *E. Wahl der Mitglieder*
- *F. Entschädigung*
- *In der Schlussabstimmung über*
- *A. Einsetzung einer PUK – gestützt auf die Geschäftsordnung der Stadt Bülach sowie das Kantonsratsgesetz des Kantons Zürich*

Peter Stiefenhofer ist damit einverstanden.

3. Abstimmungen

Abstimmung Ordnungsantrag der FDP-Fraktion bezüglich Anpassung der Reihenfolge der Abstimmungen

Das Stadtparlament hat mit 20 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen dem Antrag bezüglich der Anpassung der Reihenfolge der Abstimmungen zugestimmt. Zuerst wird über die Anträge (B – F) abgestimmt und anschliessend erfolgt die Schlussabstimmung bezüglich Einsetzens einer PUK (A).



Abstimmung Auftrag (B) einer möglichen PUK

Antrag (Ergänzung) der GLP-Fraktion zu Auftrag (B):

Für die Punkte 1. und 4. soll die PUK den Fokus auf die Abteilungen Bevölkerung & Sicherheit sowie Politik & Präsidiales legen.

«Auftrag (B):

1. *Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle.*
2. *Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image.*
3. *Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation.*
4. *Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen.»*

Aktuell liegen somit **2 Varianten** zum Antrag der GPK bezüglich des Auftrags (B) vor:

1. Antrag GPK:

«Auftrag (B):

1. *Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen.»*

2. Antrag (Ergänzung) GLP-Fraktion:

«Auftrag (B):

1. *Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle. Die PUK soll den Fokus auf die Abteilungen Bevölkerung & Sicherheit sowie Politik & Präsidiales legen. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen. Die PUK soll den Fokus auf die Abteilungen Bevölkerung & Sicherheit sowie Politik & Präsidiales legen.»*

Diese Anträge werden einander gegenübergestellt.



Gleichgeordnete Anträge, die sich gegenseitig ausschliessen, werden nebeneinander zur Abstimmung gebracht. Jedes Parlamentsmitglied kann einem Antrag seine Stimme geben. Das absolute Mehr liegt bei 13 Stimmen.

	Total
1. Antrag GPK Auftrag (B) einer möglichen PUK: 1. Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle. 2. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image. 3. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation. 4. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen	14
2. Antrag (Ergänzung) GLP-Fraktion zu Auftrag (B) einer möglichen PUK: 1. Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle. Die PUK soll den Fokus auf die Abteilungen Bevölkerung & Sicherheit sowie Politik & Präsidiales legen. 2. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image. 3. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation. 4. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen. Die PUK soll den Fokus auf die Abteilungen Bevölkerung & Sicherheit sowie Politik & Präsidiales legen.»	11

Das Stadtparlament hat mit 14 Stimmen der Version der GPK zugestimmt.

Die vier Aufträge einer möglichen PUK lauten:

1. Untersuchung der Personalführungsprozesse, deren Umsetzung und Kontrolle.
2. Untersuchung der politischen Führung betreffend Personalmanagement und den daraus resultierenden Implikationen auf die Stadt Bülach bezüglich Kosten, Auftragserfüllung und Image.
3. Untersuchung der Kommunikationsprozesse – insbesondere der Krisenkommunikation.
4. Zusammenarbeit der Exekutive und der Verwaltung mit anderen Behörden, z.B. mit den Parlamentarischen Kommissionen.



Abstimmung Festlegen Anzahl Mitglieder einer möglichen PUK

Das Stadtparlament stimmt der Anzahl der Mitglieder (5 Mitglieder des Stadtparlaments und ein externer Sekretär/eine externe Sekretärin (Anwalt, Juris), falls eine PUK eingesetzt werden würde, mit 23 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Abstimmung Finanzen einer möglichen PUK

Das Stadtparlament genehmigt den Nachtragskredit von 100 000 Franken, falls eine PUK eingesetzt werden würde, mit 21 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Es gilt zu beachten, dass nur die durch die PUK verursachten Kosten dem Stadtparlament verrechnet werden könnten.

Wahl der Mitglieder einer möglichen PUK

Der Vorsitzende fragt Britta Müller-Ganz, Präsidentin IFK, an, ob sie dem Stadtparlament einen Wahlvorschlag unterbreiten kann.

Britta Müller-Ganz: «Die IFK hat keine Wahlvorschläge.»

Der Vorsitzende fragt die Fraktionen an, ob sie Wahlvorschläge zu unterbreiten habe.

Dr. Luís M. Calvo Salgado stellt sich zur Verfügung.

Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Bei der SVP/EDU-Fraktion stellen sich Sven Zimmerli und Thomas Obermayer zur Verfügung.»

Der Vorsitzende übergibt Dominik Berner das Wort.

Dominik Berner: «Von der SP-Fraktion stellt sich Tünde Mihalyi zur Verfügung.»

Es gibt keine weiteren Fraktionsmeldungen oder -erklärungen.



Der Vorsitzende stellt fest, dass sich aktuell folgende vier Mitglieder für eine mögliche PUK (5 Mitglieder) zur Wahl bereitstellen:

- Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne)
- Tünde Mihalyi (SP)
- Thomas Obermayer (SVP)
- Sven Zimmerli (SVP)

Der Vorsitzende übergibt Romaine Rogenmoser das Wort.

Romaine Rogenmoser: «Also ich finde es eigentlich ein bisschen tragisch, dass einige ein bisschen auf Spielverderben machen wollen. Grundsätzlich wäre es intelligent, wenn ihr mit dabei sein würdet. Dass ihr auch mitgestalten könnt, im Sinne eurer Stadträte. Aber es darf ja nicht scheitern, dass wir nicht fünf Leute zusammen kriegen. Ich stelle mich gerne auch noch zur Verfügung, aber ich weiss, dass das ein Politikum ist.»

Der Vorsitzende übergibt Christoph Meier das Wort.

Christoph Meier: «Ich würde gerne Peter Stiefenhofer als Mitglied der PUK vorschlagen.»

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge. Es stellen sich somit sechs Mitglieder des Stadtparlaments für Wahl der Mitglieder einer möglichen PUK zur Verfügung.

Pause: 23.02 – 23.22 Uhr, damit die Wahl elektronisch entsprechend vorbereitet werden kann.

Der Vorsitzende: «Es fanden sehr viele Diskussionen im Saal während der Pause statt bezüglich Mitglieder von einer möglichen PUK. Jetzt stelle ich die Frage im Stadtparlament, ob da die Wahlvorschläge von vorhin zurückgezogen werden und ob stattdessen andere Wahlvorschläge vorgebracht werden.»



Darum frage ich formell diejenigen an, die vorhin vorgeschlagen worden sind, ob sie sich weiterhin als Mitglieder einer möglichen PUK zur Verfügung stellen möchten:

- Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne) => ja
- Tünde Mihalyi (SP) => ja
- Thomas Obermayer (SVP) => ja
- Sven Zimmerli (SVP) => ja
- Romaine Rogenmoser (SVP) => nein
- Peter Stiefenhofer (FDP) => nein

Das heisst, somit bleiben noch vier sich zur Verfügung stellende Mitglieder des Stadtparlaments. Gibt es noch weitere Wahlvorschläge aus dem Stadtparlament. Larissa Kägi stellt sich noch zur Verfügung.

Folgende Mitglieder stellen sich nun für eine mögliche PUK zur Verfügung:

- Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne)
- Larissa Kägi (Grüne)
- Tünde Mihalyi (SP)
- Thomas Obermayer (SVP)
- Sven Zimmerli (SVP)»

Die Vorschläge werden aus dem Stadtparlament nicht vermehrt.

Wenn gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden als Stellen zu besetzen sind, werden die Vorgeschlagenen als gewählt erklärt. Eine Auszählung der Stimmen kann nicht verlangt werden (§ 26 Abs. 2 GG).

Somit sind folgende Mitglieder einer möglichen PUK gewählt:

- Dr. Luís M. Calvo Salgado (Grüne)
- Larissa Kägi (Grüne)
- Tünde Mihalyi (SP)
- Thomas Obermayer (SVP)
- Sven Zimmerli (SVP)



Wahl des Präsidiums einer möglichen PUK

Der Vorsitzende: «Stellt sich jemand von den soeben gewählten Mitgliedern zur Verfügung?»

Dr. Luís M. Calvo Salgado: «Ich schlage Thomas Obermayer vor.»

Der Vorschlag wird aus dem Stadtparlament nicht vermehrt.

Wenn gleich viele oder weniger Personen vorgeschlagen werden als Stellen zu besetzen sind, werden die Vorgeschlagenen als gewählt erklärt. Eine Auszählung der Stimmen kann nicht verlangt werden (§ 26 Abs. 2 GG).

Somit ist Thomas Obermayer als Präsident einer möglichen PUK gewählt.

Abstimmung Entschädigung einer möglichen PUK

Das Stadtparlament genehmigt eine zusätzliche Entschädigungspauschale von 2 000 Franken/Jahr (pro rata temporis, falls unterjährig), falls eine PUK eingesetzt werden würde, mit 23 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen zu. Für die Entschädigung der Sitzungen der PUK gilt das Entschädigungsreglement, falls eine PUK eingesetzt werden würde.

Schlussabstimmung

Abstimmung Antrag GPK (A) bezüglich Einsetzung einer PUK

Das Stadtparlament genehmigt die Einsetzung einer PUK mit den vorgängig bestimmten Punkten mit 18 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen zu.

Die PUK wird per sofort eingesetzt.



Traktandum 7

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Frage Patrizia Grütter an Stadträtin Andrea Spycher

Patrizia Grütter: «Als ich am 1. Januar 2025 innerhalb der Stadt Bülach spazieren war, sind mir die Abfallberge aus Feuerwerksresten aufgefallen. Das war kein schöner Anblick. Gerne frage ich dich an, wie viel Abfall nach der Silvesternacht ausserordentlich eingesammelt wurde und wie viele Extra-Arbeitsstunden deswegen geleistet werden mussten? Ebenfalls würde mich interessieren, ob die Abfallmenge vergleichbar war mit den letzten Jahren oder ob eine Zunahme beobachtet werden kann? Falls ja: Was könnte dagegen getan werden, dass diese Zahl wieder rückläufig werden könnte?»

Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Ich gebe gerne wie folgt Antwort:

Zur ersten Frage, wie viel ist ausserordentlich gesammelt worden? Wir haben das erste Mal am 2. Januar gesammelt. Zwei Personen haben miteinander 8 ½ Stunden gesammelt. Sie haben nicht alles aufgenommen, sie haben vor allem dort, wo es schlimm war, zusammengesucht. Sie haben die Feuerwerkskörper zusammengenommen, Flaschen, einfach, alles, was man sich vorstellen kann, was am herumliegt. Vielleicht noch, wieso machen wir es nicht schon am 1. Januar? Erstens ist es ein kantonaler Feiertag und zweitens möchten wir auch dem ganzen Brandpotenzial vorbeugen, denn das sollte nicht unbedingt in die Presse gelangen, solange es noch lodert. Das ist zu der ersten Frage. Zu der zweiten, wegen dem Vergleichbarsein. Das ist jetzt nicht ein gemessener Wert, den ich sagen kann, aber gefühlsmässig, seit dem Jahreswechsel 2023/2024 hat das eher zugenommen und auch gegenüber am 1. August. Und was könnte man dagegen machen? Man könnte sensibilisieren, man könnte Kampagne starten, man könnte auch neutral, Bürger unter sich könnten darauf aufmerksam machen, dass man durchaus auch eine Eigenverantwortung trägt. Wir haben auch an Anreize gedacht. Wir könnten die Bürger, die das freiwillig einsammeln und zu uns bringen, mit Gebührensäcken entlohnen oder mit Sperrgutmarken. Das machen wir aber nicht. Das ist auch nicht vorgesehen, weil das Möglichkeiten sind, die wieder Ressourcen, Geld und Manpower bedeuten würden.»

Der Vorsitzende übergibt Cornelia Brizza das Wort.



Cornelia Brizza: «Ich habe jetzt eine oder zwei Fragen, es kommt darauf an. Ich bin gestern von Bangkok gekommen und hatte vorher keine Gelegenheit, diese Sachen im Ausland anzuschauen. Ich habe gelesen, dass es eine neue Polizeichefin gibt.

Meine erste Frage ist: Ist sie Polizistin? Ich habe sie nicht gefunden.

Wenn nein, ob für sie, weil sie keine Polizistin ist, noch eine zweite Polizistin eingestellt werden muss, weil ich annehme, dass sie nicht auf Patrouille gehen kann.»

Stadtrat Daniel Ammann: «Ich gebe gerne schnell Antwort. Willkommen zurück in diesem Fall aus deinen Ferien. Ich möchte dich auf Pressemitteilung verweisen. Es wäre nicht so schwierig, das anzuschauen. Es ist keine Polizistin, es ist eine top qualifizierte Juristin. Wir müssen nicht zusätzliche Polizisten anstellen, weil sie dort sind. Wir sind nach wie vor sehr, sehr glücklich über die Entscheidung und wir sind sehr glücklich über unser ganzes Corps, wie es seit zwei Jahren läuft. Wir sind sehr zufrieden, dass wir Harmonie drin haben und vor allem Ruhe. Und ich hoffe und ich weiss, wir haben da hinten Leute von der Verwaltung, die zugeschaut haben, was jetzt hier passiert. Das wühlt mich auch ein wenig auf. Und ich bin allen ganz, ganz dankbar, dass wir trotzdem das Stemmen mögen, was jetzt ausgelöst worden ist. Es ist nicht wenig. Aber das beantwortet vielleicht deine Frage nicht, aber das wollte ich loswerden.»

Traktandum 8

Diverses

Philemon Abegg: «Kurze Mitteilung von Peter Frischknecht: Die Einladung auf ein Glas Wein im Bar'oc findet aus zeitlichen Gründen nicht statt.»

Dies wird bedauert.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass folgende Frage noch zu beantworten gilt:

Frage Thomas Obermayer an Stadtrat Andreas Müller anlässlich der Parlamentssitzung vom 10. Dezember 2024 – Antwort Stadtrat Andreas Müller

«Seit wann war der Stadt Bülach bekannt, dass es Probleme in der Zusammenarbeit mit Höri gibt? Wann wurde der Stadt Bülach bekannt, dass Höri die Zusammenarbeit kündigen würde? Warum wurden die Schwierigkeiten sowie die Kündigung der Zusammenarbeit weder der RPK noch der Fachkommission kommuniziert?»



Der Vorsitzende übergibt das Wort Stadträtin Andrea Spycher.

Stadträtin Andrea Spycher: «Das Scheitern der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bülach und der Gemeinde Höri im Hoch- und Tiefbaubereich ist eine Geschichte mit einem unglücklichen Ende. Die Verantwortung dafür tragen beide Seiten. Der Stadtrat bedauert, dass sich die gute und effiziente Kooperation der beiden Gemeinden in anderen Bereichen nicht auch auf das Bau- und Planungswesen übertragen liess. Im Zivilstands-, Bestattungs- und Betreuungswesen, bei den gemeindepolizeilichen Aufgaben und bei den Zusatzleistungen AHV/IV arbeiten Bülach und Höri eng zusammen. Mit der Zusammenarbeit im Baubereich betraten Bülach und Höri Neuland. Erfahrungen mit dieser Kooperationsform hatte weder Bülach noch Höri. Einen konkreten, einzelnen Knack- oder Streitpunkt in der Zusammenarbeit gab es nicht. Fehleinschätzungen auf beiden Seiten, unterschiedliche Arbeitskulturen und verschiedene Arbeitspraktiken haben sich aufsummiert. Der Fokus der Stadt Bülach liegt nun darauf, die anstehenden Arbeiten für Höri im Jahr 2025 zielgerichtet auszuführen. Eine saubere Rückführung der Aufgaben ist wichtig.

«Jede aufgetretene Schwierigkeit muss eine Gelegenheit für einen weiteren Fortschritt sein.» So formulierte es Pierre de Coubertin, der Begründer der modernen Olympischen Spiele. Die Vertreterinnen und Vertreter von Bülach und Höri treffen sich Mitte Februar zu einem klärenden Gespräch. Die Stadt Bülach will sicherstellen, dass die bisherige Zusammenarbeit in den anderen Themenbereichen positiv weiterläuft und Lehren aus der Geschichte gezogen werden können.

1. Seit wann war der Stadt Bülach bekannt, dass es Probleme in der Zusammenarbeit mit Höri gibt?
Im März 2024 informierte Gemeindepräsident Roger Götz Stadtpräsident Mark Eberli darüber, dass die Zusammenarbeit nicht rund laufe: Trotz der Zusammenarbeit würde bei der Gemeindeverwaltung von Höri weiterhin viel Arbeit anfallen. Stadtpräsident Mark Eberli wies darauf hin, dass alle Themen direkt zwischen den Betroffenen besprochen werden sollten. Weder im März 2024 noch bis zur mündlichen Kündigung gab es aus Sicht der Stadt Bülach Hinweise, dass es zu einer Kündigung kommen könnte. Der Entscheid zur Kündigung wurde ohne Gespräche und ohne Möglichkeiten zur Reaktion unilateral gefällt.

Auf fachlicher, operativer Ebene fanden im Jahr 2024 in den Bereichen Tiefbau und Hochbau (Baubewilligungen) rund alle zwei Wochen Arbeitssitzungen zwischen Bülach und Höri zu den laufenden Geschäften und Projekten statt. In den Bereichen Raum- und Verkehrsplanung wurden solche Arbeitssitzungen im Jahr 2024 situativ und nach Bedarf durchgeführt. Bei diesen Treffen wurden von den verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde Höri keine Probleme erwähnt oder angesprochen, die die künftige Zusammenarbeit grundsätzlich und fundamental in Frage gestellt hätten.

Zu den generellen Aspekten der Zusammenarbeit fanden verschiedene Austauschsitungen statt,



letztmals im Februar 2024. Die Treffen dienten dem Aufbau und der Strukturierung der Zusammenarbeit. Die Arbeitsabläufe zwischen Bülach und Höri mussten definiert und geklärt werden. Einzelne Fragen zur Form und zur Optimierung der Zusammenarbeit wurden im weiteren Jahresverlauf jeweils direkt und themenspezifisch besprochen. Auch bei diesen Kontakten zur allgemeinen Zusammenarbeit erhielt die Stadt Bülach keine Kenntnis über Probleme, die die Zusammenarbeit grundsätzlich und fundamental in Frage gestellt hätten. Eine Kündigung des Anschlussvertrags kam nicht zur Sprache.

2. Wann wurde der Stadt Bülach bekannt, dass Höri die Zusammenarbeit kündigen würde?

Der Stadtrat von Bülach erhielt Ende September, respektive Anfang Oktober 2024 Kenntnis von Höris Kündigungs-Absicht. Marion Sigrist, Gemeinderätin und Vorsteherin des Ressorts Hoch-/Tiefbau und Werke der Gemeinde Höri, informierte Stadträtin Andrea Spycher am 30. September 2024 telefonisch. Stadtrat Andreas Müller informierte den Gesamtstadtrat der Stadt Bülach an der Stadtratssitzung vom 2. Oktober 2024. Die tatsächliche Kündigung des Anschlussvertrags per 31. Dezember 2025 erfolgte durch einen Brief des Gemeinderats von Höri vom 31. Oktober 2024 an den Bülacher Stadtpräsidenten.

3. Warum wurden die Schwierigkeiten sowie die Kündigung der Zusammenarbeit weder der RPK noch der Fachkommission kommuniziert?

Aus Sicht des Stadtrats handelte es sich bei den unterschiedlichen Einschätzungen zwischen den Verwaltungsabteilungen der Stadt Bülach und der Gemeinde Höri um fachliche Divergenzen. Bei der Bearbeitung von Baubewilligungen und Bauvorhaben sind solche üblich. Operative Differenzen klären die Beteiligten intern und direkt unter sich. Eine Information des Parlaments ist weder Rollen- noch Stufen-gerecht. Von fundamentalen Problemen, die die Zusammenarbeit grundsätzlich in Frage stellten, hatte der Stadtrat keine Kenntnis.

Die mündliche Vorinformation zur Kündigung vom 30. September 2024 kam für den Stadtrat überraschend. Der Stadtrat war in der Folge darum bemüht, alle Beteiligten und Betroffenen geregelt zu informieren. Dazu gehörte es auch, in Absprache und gemeinsam mit der Gemeinde Höri zu kommunizieren. Der Informationsablauf sah nach der offiziellen Kündigung per Brief vom 31. Oktober 2024 auch die Information der zuständigen Kommission des Stadtparlaments vor. Diese erfolgte am 30. November 2024 durch Stadtrat Andreas Müller telefonisch an Andreas Scheuss als Präsident der zuständigen Kommission Bau & Infrastruktur des Stadtparlaments.

Und als Fazit kann ich zusammenfassend sagen, der Stadtrat Bülach sieht durchaus auch, dass er eine Mitverantwortung an dieser Kündigung hat. Er hat darum auch eingewilligt, und es war ihm wichtig, einen zeitnahen Austausch mit Höri zu haben. Dieser Austausch wird nächste Woche stattfinden, am 13. Februar. Im Übrigen haben wir Höri über diese Fragen und auch über unsere Antworten informiert, weil wir nicht wollten, dass wieder einen Keil zwischen uns getrieben wird. Wir haben sie informiert



und um Rückmeldung gebeten. Das haben sie gemacht. Sie haben gesagt, grundsätzlich sind sie mit dieser Antwort einverstanden. Sie haben auch gesagt, in Höri wird das Thema öffentlich nicht mehr diskutiert und die vertieften Gründe würden sie uns im Gespräch von nächster Woche bekannt geben. Das ist jetzt ein bisschen gekürzt und die generelle Fassung, die erhält ihr nach noch. Die wird dann dem Protokoll der Parlamentssitzung (Beilage 9) beigefügt. Danke vielmals.»

Der Vorsitzende übergibt Stadtrat Andreas Müller das Wort.

Stadtrat Andreas Müller: «Ich darf zur späten Stunde noch informieren über einen Zwischenstritt der Energie- und Klimastrategie. Wir haben ein Ziel definiert, das heisst die Erarbeitung eines Konzepts zur Dekarbonisierung der Gasversorgung der Stadt Bülach mit der E360. Eine grosse Herausforderung sind die Gebäude in der Stadt Bülach. Gebäude stossen achtundvierzig Prozent der direkten Treibhausgasemissionen aus. Ihr habt die Medienmitteilung gesehen. Das Stadtparlament ist bereits informiert worden. Ich wollte nochmals kurz erwähnen, dass E360 ab morgen die Marktabklärung macht, ob es einen Markt in Bülach gibt für ein Fernwärmenetz in Bülach. Die ersten Gedanken sind soweit gemacht, dass man aus der ARA Furt die Wärme gewinnen würde und mit dieser Wärme rund dreihundert Liegenschaften versorgen könnte. Im Perimeter, den ihr lesen konntet – Schulhaus Hinterbirch bis Grössenordnung Altstadt. Wenn genug Liegenschaftenbesitzer mitmachen, wenn es genug Interessierte gibt, ist die E360 aller Voraussicht nach parat, dass wir ab Herbst 2028 ein Fernwärmenetz in einem Teil der Stadt haben und so einen Beitrag zu Netto Null bis 2040 haben können. Das für eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur in Bülach. Danke.»

Der Vorsitzende übergibt Barbara Galeuchet das Wort.

Barbara Galeuchet: «Ich weiss, es ist spät und ich möchte versuchen, nach einem aufwühlenden Abend, der viel auslöst, diesen mit einem positiven Wort abzuschliessen. Damit möchte ich erinnern, was Britta Müller-Ganz gesagt hat. Ich finde es wichtig. Sie hat nämlich gesagt, dass ein grosser Teil der Verwaltung, das Bülach, eine wirklich gute Arbeit mache. Und man muss sich einfach daran erinnern, dass es auch möglich ist, dass die PUK diese positiven Sachen findet. Zum Beispiel, dass die ganzen Führungsprozesse in place sind und dass die auch entsprechend befolgt werden. Ich hoffe wirklich, dass wir eines Tages zurücksehen können, und sagen, dass die PUK etwas untersucht hat, was uns am Schluss zugutekam, indem sie nämlich ganz viel von dem Misstrauen, das vorhanden ist, auflösen konnte. Das hoffe ich wirklich. Und ich hoffe, das war positiv genug. Danke.»



Informationen des Vorsitzenden

Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse

Die Überprüfung der Grundsatzbeschlüsse findet in der nächsten Sitzung statt, am 10. März 2025. Änderungsanträge müssen dementsprechend bis am Freitag, 21. Februar 2025, beim Parlamentssekretariat zu Händen der Geschäftsleitung des Stadtparlaments eingereicht werden.

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtparlaments vom 4. November 2024 sind keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am Montag, 9. Dezember 2024.

Gegen die Beschlüsse aus den Sitzungen des Stadtparlaments vom 9. Dezember 2024 und 10. Dezember 2024 sind bis jetzt keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist lief bis am Montag, 13. Januar 2025, und die Referendumsfrist läuft bis am Dienstag, 11. Februar 2025.

Rechtsbelehrung

Aus dem Stadtparlament gibt es keine Einwände betreffend der an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte.

Die Sitzung ist somit geschlossen. Ende der Sitzung: 23.45 Uhr.

Protokoll Protokoll
Behörde Stadtparlament
Beschluss-Nr.
Sitzung vom 3. Februar 2025



Bülach, 20. Februar 2025

Für die Richtigkeit:

Sandra Lobsiger
Parlamentssekretärin

Geprüft:

Stephan Ziegler
Parlamentspräsident

Andreas Scheuss
1. Vizepräsident

Patrizia Grütter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Stadtparlaments
- Mitglieder des Stadtrats
- Mitglieder der Geschäftsleitung der Stadt Bülach
- Protokollsammlung

Protokoll Auszug

Stadt Bülach



Behörde Stadtrat

Klassifizierung öffentlich

Beschluss-Nr. 450

Sitzung vom 11. Dezember 2024

16.04.24 / 36.13**Anfrage Parlamentarierin Barbara Galeuchet betreffend Freiverlad Bülach****Beantwortung**

Anfrage von	Parlamentarierin Barbara Galeuchet
Datum der Anfrage	30. Oktober 2024
Titel der Anfrage	Freiverlad Bülach
Datum der Verlesung im Parlament	4. November 2024
Frist zur Beantwortung	4. Januar 2024 (Art. 53a Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtparlaments)
Vorletzte Sitzung vor Fristablauf	11. Dezember 2024
Letzte Sitzung vor Fristablauf	18. Dezember 2024

Wortlaut der Anfrage

„Im Bericht der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich «Angebotsziele Schienengüterverkehr 2050» werden die Ziele der SBB beim Güterverkehr aufgezeigt. In Bülach planen die SBB eine Konzentration der Verladeaktivitäten. Zu diesem Zweck sehen sie eine Modernisierung und Erweiterung des Freiverlads beim Bahnhof vor. Der Standort des Freiverlads befindet sich zwischen dem neu erstellten Quartier Glasi mit weit mehr als 1'000 EinwohnerInnen und dem Bahnhof. Im Quartier befindet sich auch die Stiftung Wisli und das Tertianum, in welchen psychisch beeinträchtigte Personen arbeiten bzw. alte Personen leben. Durch die Erweiterung soll der direkteste Weg zwischen dem neuen Wohnquartier und der Stadt gesperrt werden. Gleichzeitig soll der gesamte Schwerverkehr über die Glashüttenstrasse erfolgen, verbleibende Verbindung für Velofahrende, die auch von FussgängerInnen auf dem Weg zur Passerelle zwingend überquert werden muss. Die AnwohnerInnen und das Gewerbe befürchten eine deutliche Erschwerung des Zugangs zur Stadt.

Darum bitten wir den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass der Freiverlad, welcher zusätzlichen Schwerverkehr verursacht, zwischen Bahnhof und grossen Neubauquartier am falschen Ort liegt?*
- 2. Würde der Stadtrat zustimmen, dass eine Entwicklung von Arbeitsplätzen bzw. Wohnungen auf den Arealen der SBB mit den Bezeichnungen B1a und B1b im Gestaltungsplan für die Entwicklung der Stadt sinnvoller wären als ein Freiverlad?*



3. *Wie viele Lastwagen werden heute und in der maximalen Planung pro Jahr am Freiverlad Bülach abgewickelt? Welche Güter werden heute und in Zukunft am Freiverlad in Bülach abgewickelt? Woher stammen diese oder wohin werden sie transportiert?*
4. *Wurden alternative Standorte in Bülach, z.B. weiter nördlich im Bereich der Logistikzentren, wo der Schwerverkehr kanalisiert und die BewohnerInnen deutlich weniger belastet werden, geprüft?*
5. *Das Gebiet Herti/Bahnhofplatz/Bushof wurde von dem Stadtrat immer wieder als «Scharnier zwischen Zentrum Altstadt, Bahnhof und Bülach Nord» bezeichnet: Wie soll das trotz erhöhtem Schwerverkehrsaufkommen und gesperrtem Freiverlad-Bereich möglich sein?*
6. *Wurden alternative Planungen geprüft, um den Weg für FussgängerInnen und Velofahrende zwischen dem neuen Wohnquartier und der Stadt (Bahnhofstrasse) offen zu halten?*
7. *Wurde bei der Planung des Glasi-Quartiers die (nicht zum SBB-Areal gehörende) Glashüttenstrasse so konzipiert, dass sie an Grösse, Neigung und Untergrund den Anforderungen des erhöhten Schwerverkehrs genügt?*
8. *Wie werden der Stadtrat und die SBB sicherstellen, dass die zusätzlichen Verladetätigkeiten und der damit verbundene Verkehr die AnwohnerInnen nicht übermässig belasten, insbesondere in Hinblick auf Lärmemissionen und die Gefahren des Verkehrsaufkommens? Wurde eine Zufahrt für die Lastwagen bei der ehemaligen Colonia Libera geprüft? "*

Der Stadtrat **beschliesst:**

Die Anfrage von Parlamentarierin Barbara Galeuchet betreffend Freiverlad Bülach wird wie folgt beantwortet:

Antwort zu Frage 1: Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass der Freiverlad, welcher zusätzlichen Schwerverkehr verursacht, zwischen Bahnhof und grossen Neubauquartier am falschen Ort liegt?

Der Perimeter zwischen den Gleisanlagen im Westen, der Glashüttenstrasse im Norden, dem Haus T des Glasi-Areals, respektive der Schaffhauserstrasse im Osten und dem Park & Ride-Bereich des Bahnhofs im Süden ist in den kantonalen Richtplanungen als Freiverlad-Zone ausgewiesen. Die aktuelle und auch die ab voraussichtlich 2027 geplante Nutzung des Perimeters durch die SBB ist zonenkonform und der Freiverlad entsprechend richtig verortet.



Antwort zu Frage 2: Würde der Stadtrat zustimmen, dass eine Entwicklung von Arbeitsplätzen bzw. Wohnungen auf den Arealen der SBB mit den Bezeichnungen B1a und B1b im Gestaltungsplan für die Entwicklung der Stadt sinnvoller wären als ein Freiverlad?

Auf dem Baufeld B1a ist gemäss dem Gestaltungsplan Bülach Nord keine Wohnnutzung zulässig und eine gewerbliche Nutzung durch stark störende Betriebe vorgesehen. Auf dem Baufeld B1b ist ein Wohnanteil von 20 Prozent und eine Nutzung von 80 Prozent durch mässig störende Betriebe zugelassen. Die allfällige Weiterentwicklung der beiden Baufelder liegt im Ermessen der SBB als Eigentümerin. Ob durch eine solche Weiterentwicklung ein städtebaulicher Mehrwert entstehen könnte, würde die Stadt Bülach im konkreten Fall prüfen und insbesondere der möglichen erhöhten Lärmbelastung durch die zulässige gewerbliche Nutzung die nötige Aufmerksamkeit schenken.

Antwort zu Frage 3: Wie viele Lastwagen werden heute und in der maximalen Planung pro Jahr am Freiverlad Bülach abgewickelt? Welche Güter werden heute und in Zukunft am Freiverlad in Bülach abgewickelt? Woher stammen diese oder wohin werden sie transportiert?

Gemäss Auskunft der SBB finden heute je nach Saison zwischen zwei und fünf Lastwagen-Fahrten pro Werktag statt. Die SBB rechnen für die künftige Nutzung des Freiverlads im Prognosejahr 2040 mit durchschnittlich zwölf bis vierzehn Lastwagen-Fahrten pro Werktag. Das Sonntagfahrverbot für LKWs macht Zufahrten an Nicht-Werktagen zur Ausnahme. Aufgrund des Nachtfahrverbots für LKWs wird der allergrösste Teil der Fahrten in der Zeit zwischen 07.00 und 19.00 Uhr stattfinden. Entsprechend ist in dieser Zeit mit rund einer Fahrt pro Stunde zu rechnen. Für das gesamte Prognosejahr 2040 sind bei 250 Werktagen pro Jahr 3000 bis 3500 Lastwagen-Fahrten zu erwarten. Der Güterumschlag am Freiverlag Bülach umfasst heute und voraussichtlich auch in Zukunft vornehmlich Holz, Zement und Schüttgut. Die umgeschlagenen Güter stammen aus der Ver- und Entsorgung der Holz- und Bauwirtschaft in der Region. Grundsätzlich steht der Freiverlad aber Unternehmen aus allen Branchen offen. Die Menge, die Art, die Herkunft und die Zielorte der Güter werden von den Unternehmen bestimmt und sind entsprechend divers.

Frage 4: Wurden alternative Standorte in Bülach, z.B. weiter nördlich im Bereich der Logistikzentren, wo der Schwerverkehr kanalisiert und die BewohnerInnen deutlich weniger belastet werden, geprüft?

Die SBB streben an, Freiverlade-Anlagen auf eigenen Grundstücken zu betreiben, und haben einen Standort auf einem ihrer Grundstücke weiter nördlich, in Richtung der Logistikzentren geprüft, aber aufgrund der geringeren Platztiefe und -länge nicht weiterverfolgt. Auch der heutige Standort des SBB-Baudienstes auf der westlichen Seite der Gleise wurde als Standort geprüft und ebenfalls nicht weiterverfolgt. Die Erschliessung wurde als schwierig und die Verlegung des SBB-Baudienstes an den



heutigen Standort des Freiverlads wegen der häufigen Nacharbeiten aus Lärmschutzgründen als problematisch eingeschätzt.

Frage 5: Das Gebiet Herti/Bahnhofplatz/Bushof wurde von dem Stadtrat immer wieder als «Scharnier zwischen Zentrum Altstadt, Bahnhof und Bülach Nord» bezeichnet: Wie soll das trotz erhöhtem Schwerverkehrsaufkommen und gesperrtem Freiverlad-Bereich möglich sein?

Für die bessere Verbindung zwischen den Gebieten rund um den Bahnhof verbessert die Stadt Bülach die öV-Verbindungen mit der neuen Bushaltestelle «Glasi», optimiert den Velo-Verkehrsknoten Solistrasse/Schaffhauserstrasse, plant die Unterführung Ettersbühl neu und erstellt die Passerelle über die Gleise. Diese Vorhaben sind die Fortführung bereits umgesetzter Massnahmen, wie zum Beispiel der Einrichtung beidseitiger Velo-Streifen an der Schaffhauserstrasse. Das Potenzial des Fuss- und Veloverkehrs noch besser auszuschöpfen und Netzlücken zu schliessen ist ein Ziel, das die Stadt Bülach auch mit ihrem Gesamtverkehrskonzept verfolgt.

Frage 6: Wurden alternative Planungen geprüft, um den Weg für FussgängerInnen und Velofahrende zwischen dem neuen Wohnquartier und der Stadt (Bahnhofstrasse) offen zu halten?

Die aktuelle Wegverbindung über das Areal des Freiverlads ist eine temporäre provisorische Lösung. Aus Sicherheitsgründen ist diese mit dem künftigen Betrieb des Freiverlads nicht vereinbar. Das Glasi-Areal wird für den Fuss- und Veloverkehr über die aufgewerteten Wegverbindungen entlang der Schaffhauserstrasse, die geplante Optimierung der Unterführung Ettersbühl und den Neubau der Passerelle an die Bahnhofstrasse und den Bahnhof angebunden.

Frage 7: Wurde bei der Planung des Glasi-Quartiers die (nicht zum SBB-Areal gehörende) Glashüttenstrasse so konzipiert, dass sie an Grösse, Neigung und Untergrund den Anforderungen des erhöhten Schwerverkehrs genügt?

Beim Ausbau des Verkehrsknotens Schaffhauser-/Glashüttenstrasse und der Ertüchtigung der Glashüttenstrasse wurde die Nutzung durch Lastwagen berücksichtigt: Die Schaffhauserstrasse wurde bei der Kreuzung Schaffhauser-/Glashüttenstrasse leicht abgesenkt, um die Steigung der Glashüttenstrasse zu reduzieren. Die Glashüttenstrasse wurde in eine höhere Verkehrslastklasse hochgestuft und der Belag und der Strassenaufbau entsprechend robuster gestaltet. Die Fahrspuren und Verkehrsinseln am Verkehrsknoten Schaffhauser-/Glashüttenstrasse wurden für die Schleppkurven von Lastwagen mit Anhänger bis 40 Tonnen Gewicht ausgelegt.



Frage 8: Wie werden der Stadtrat und die SBB sicherstellen, dass die zusätzlichen Verladetätigkeiten und der damit verbundene Verkehr die AnwohnerInnen nicht übermässig belasten, insbesondere in Hinblick auf Lärmemissionen und die Gefahren des Verkehrsaufkommens? Wurde eine Zufahrt für die Lastwagen bei der ehemaligen Colonia Libera geprüft?

Die Zufahrt über die Schaffhauserstrasse bei der Einmündung nahe der ehemaligen Colonia Libera und über den Park & Ride-Bereich des Bahnhofs wurde geprüft und wird in Einzelfällen möglich sein. Das bestehende Verkehrsregime und die Zufahrt über die Glashüttenstrasse soll aber beibehalten werden. Im Rahmen der laufenden Weiterentwicklung des Freiverlads ist ein Gutachten zum Lärmschutz in Erarbeitung. Der Verkehrssicherheit wurde beim Ausbau des Verkehrsknotens Schaffhauser-/Glashüttenstrasse durch die neue Lichtsignalanlage, durch die Anpassung der öffentlichen Beleuchtung, durch die Berücksichtigung der Sichtverhältnisse und durch die Dimensionierung der Schleppkurven bereits vorausschauend Rechnung getragen.

1. Mitteilung an:

- a) Barbara Galeuchet, Parlamentarierin, via Parlamentssekretariat
- b) Mitglieder des Stadtparlaments, via Parlamentssekretariat
- c) Parlamentssekretariat
- d) Mitglieder des Stadtrats
- e) Mitglieder der Geschäftsleitung
- f) Medien

Stadtrat Bülach

Mark Eberli
Stadtpräsident

Christian Mühlethaler
Stadtschreiber



Volksinitiative „Mitbestimmen beim Verkehr“

Parlaments-Sitzung
3. Februar 2025

Warum diese Initiative

Verkehrsmaßnahmen können mittels Petition „gewünscht“ werden

Petitionsunterzeichner müssen nicht von Büllach sein. Unterschriften können auch online gesammelt werden.

Keine demokratische Legitimation, es werden nur befürwortende Stimmen abgeholt

Verkehrsmaßnahmen können aktuell nur durch Beschreiten des Rechtswegs geändert werden



Ziel der Initiative

Demokratische Legitimation eines Themas, das alle betrifft

Verschiebung der Zuständigkeit zum Parlament und somit Möglichkeit eines Referendums

Im Falle eines Referendums Mitbestimmung durch Stimmbevölkerung

Augenmass bei Verkehrsanordnungen
(Sammelstrassen, Busrouten etc.)

Sensibilisierung auf Konsequenzen



Argumente aus Bericht und Antrag

Zeitliche Verzögerungen

47 erlassene Verkehrsanordnungen in 5 ½ Jahren
(Gegenvorschlag mit Einschränkung auf bestimmte Anordnungen?)

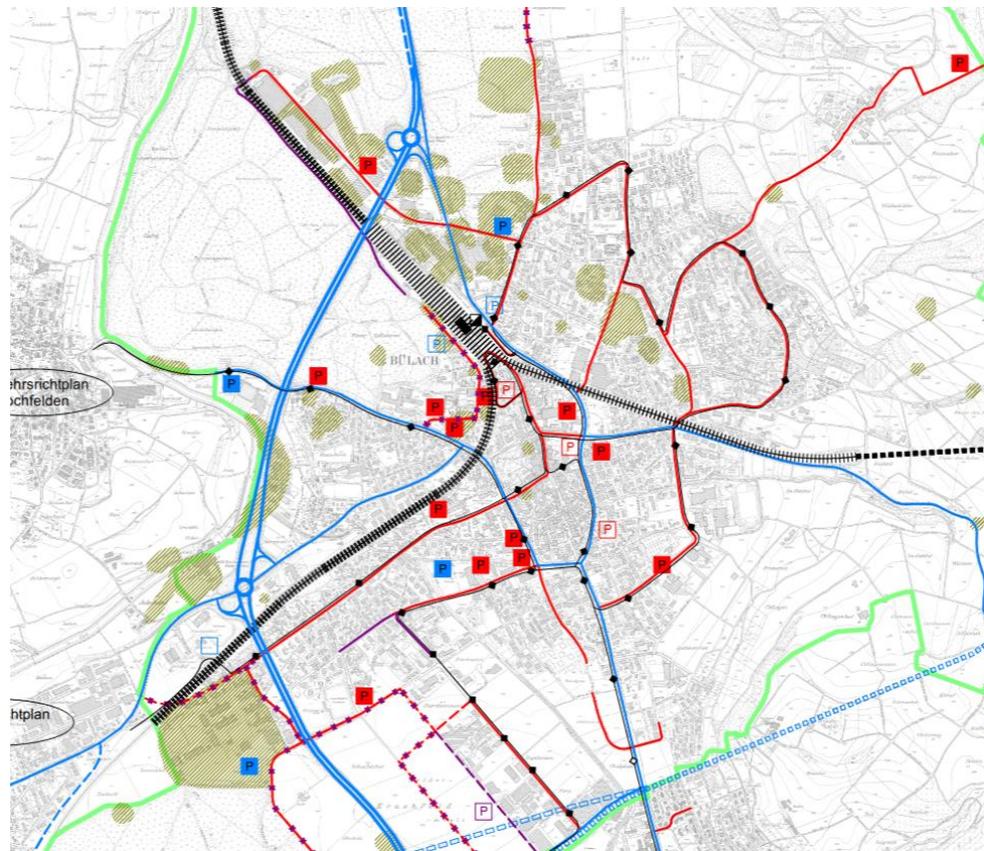
Mehraufwand für Verwaltung

Anordnungen durch politische Vorstösse



Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»

Beilage 3



Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr»

- Übersicht Initiative
- Übersicht Bericht und Antrag inkl. Nachtrag
 - Nachtrag: Gültigkeitserklärung
- Aktuelle Kompetenzverteilung
- Abläufe als Flussdiagramm
- Argumente Kommission

Initiativtext

«Damit Vorlagen demokratisch legitimiert werden, die **signalisierte, respektive markierte Temporeduktionen** beinhalten oder **anderweitige verkehrsplanerischen Massnahmen** fordern, sind diese zwingend **referendumsfähigen Parlamentsbeschlüssen zu unterstellen.**

Dies ermöglicht der Bevölkerung, sich mittels Referendums einzubringen und bewirkt, dass solche Massnahmen, insbesondere auf Sammelstrassen, verkehrsorientierten Strassen und Bus-Routen, mit Bedacht geplant werden und zudem demokratisch vom Stimmvolk beschlossen werden können.»

Ausgangslage - Initiative

- Initiative ist ein «Ausgearbeiteter Entwurf»
 - Ergänzung §21 «Stadtparlament: Allgemeine Verwaltungsbefugnisse» der Gemeindeordnung
 - «Die Beschlussfassung über die Einführung, Änderung oder Aufhebung von dauernden Verkehrsanordnungen auf kommunalen Strassen.»
- Ohne Gegenvorschlag: 1:1 Übertragung des Wortlauts

Bericht und Antrag

- Die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» wird abgelehnt.
- Nachtrag: Die Volksinitiative «Mitbestimmen beim Verkehr» wird für gültig erklärt

Kommission Bau & Infrastruktur

.Die Kommission B&I empfiehlt **einstimmig**, die Initiative für gültig zu erklären.

.Die **Mehrheit** der Kommission empfiehlt Bericht und Antrag des Stadtrats anzunehmen. -
Ablehnung der Initiative

Korrigenda ursprünglicher Bericht

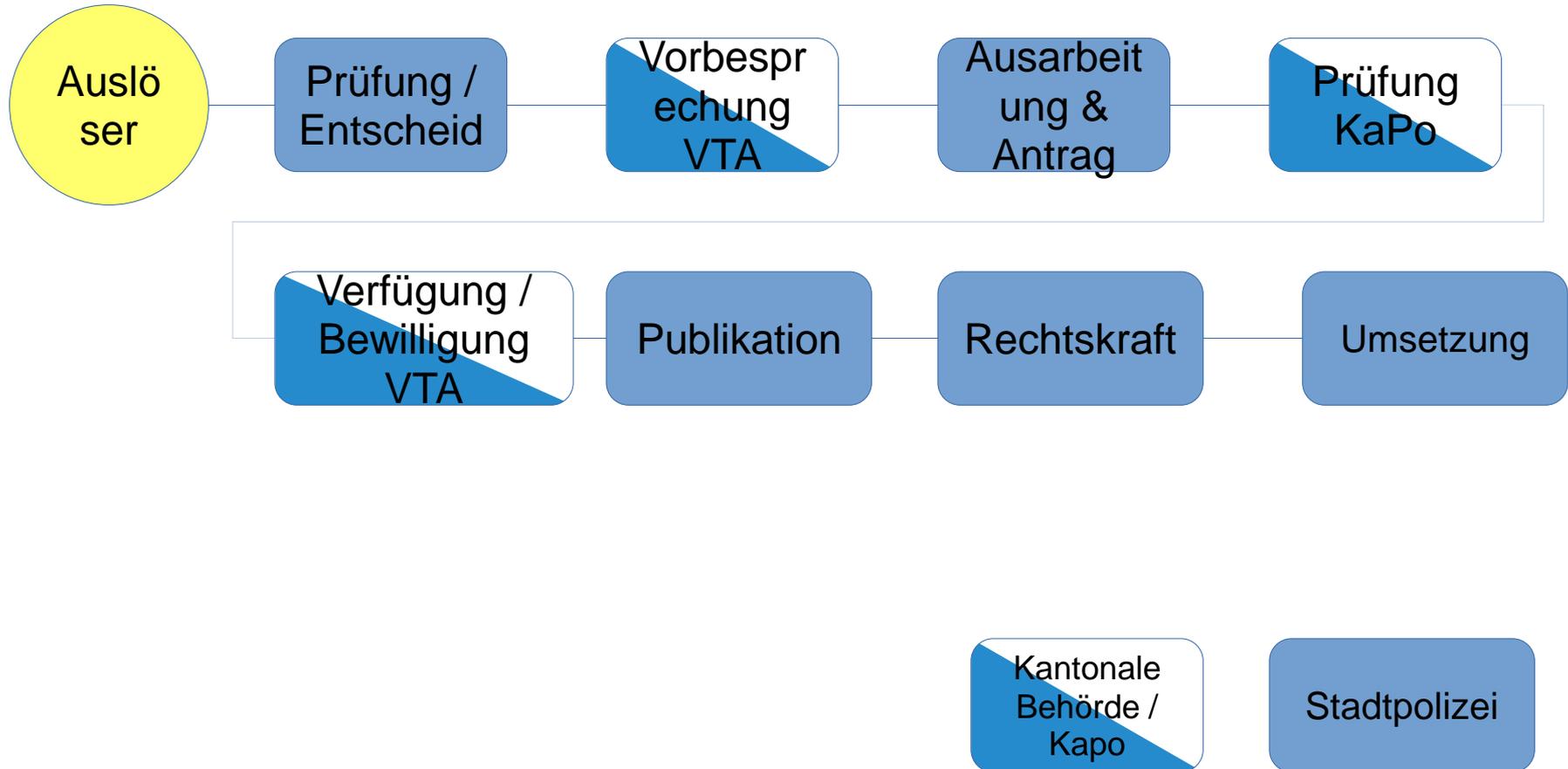
„Im Bericht vom 19. Juni 2024 auf Seite 8 unten wurde geschrieben „...vorübergehende Verkehrsanordnungen nicht für einen solch langen Zeitraum [6-12 Monate] angeordnet werden können.“

„Dies ist gemäss Signalisationsverordnung (SSV) und der kantonalen Signalisationsverordnung (KSigV) **nicht korrekt**. Vorübergehende Signalisationen von mehr als 60 Tage können angeordnet werden, bedürfen dann aber einer E-Publikation mit entsprechenden Rechtsmitteln.

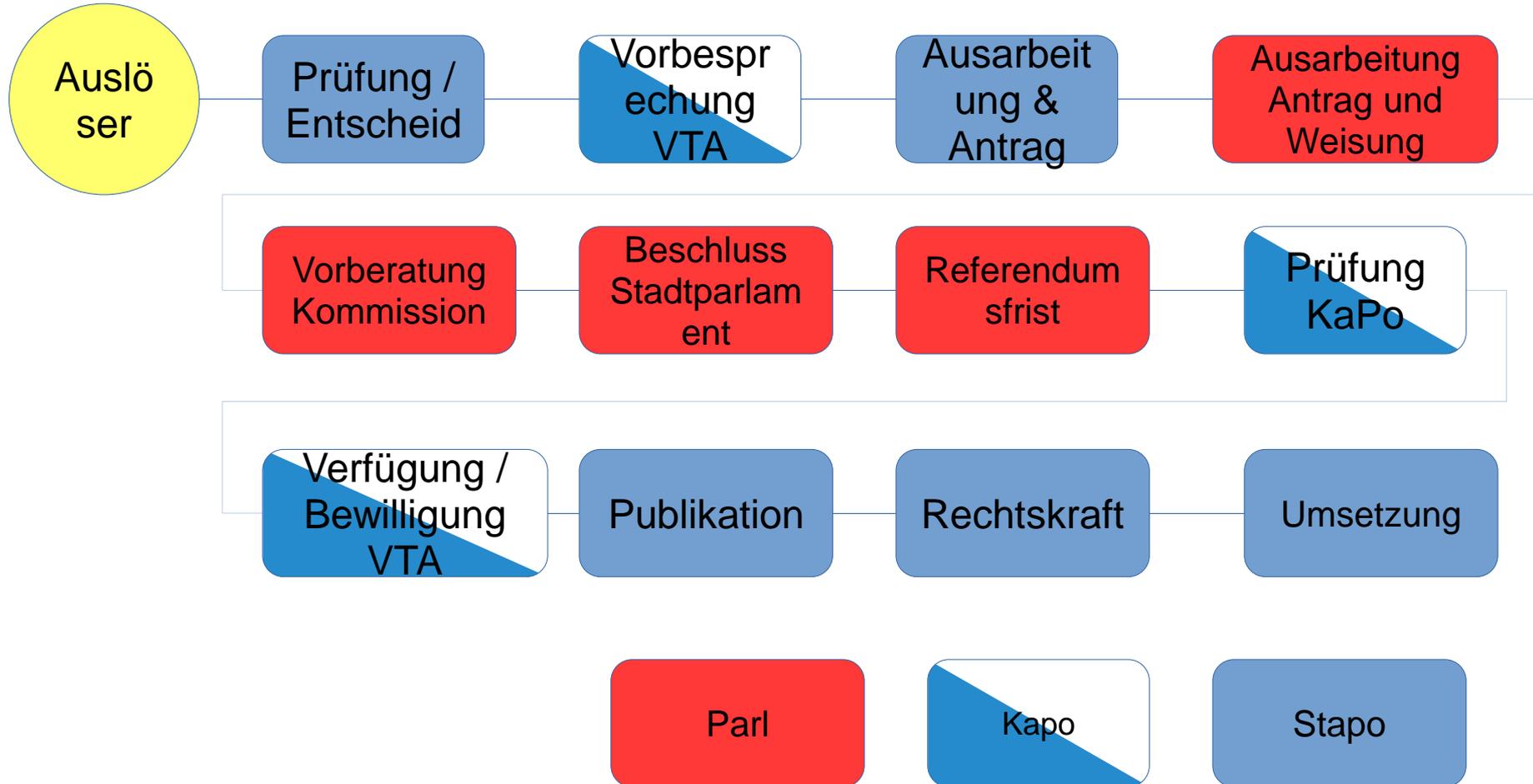
Ausgangslage – Aktuelle Kompetenzverteilung

- Verkehrsanordnungen aktuell in der Kompetenz des Stadtrats
 - Rund 8-10 Verkehrsanordnungen pro Jahr
- Verkehrsanordnungen sind vorgängig öffentlich aufgelegt
 - Gegen Verkehrsanordnungen kann grundsätzlich während der Auflage Rekurs eingelegt werden
- Parlament «nur» bei Überschreitung der Budgetkompetenz des Stadtrats involviert

Aktueller Ablauf Verkehrsanordnung



Ablauf Neu



Diskussion Kommission

- Annahme der Initiative hätte Verzögerung & Mehraufwand bei Verkehrsanordnungen zur Folge
 - Bündelung von Anordnungen führt zur weiteren Verzögerung und vielen temporären Anordnungen
- Keine Verbesserung der Verkehrsplanung durch Initiative
- Mitwirkung bei Verkehrskonzepten ist bereits Gegeben: z.B. Beim GVK mit Workshops oder über Mitwirkungsplattform
- Rekurse und Einsprachen sind bereits mögliche Rechtsmittel um gegen geplante Verkehrsanordnungen vorzugehen

Kommission Bau & Infrastruktur

.Die Kommission B&I empfiehlt **einstimmig**, die Initiative für gültig zu erklären.

.Die **Mehrheit** der Kommission empfiehlt Bericht und Antrag des Stadtrats anzunehmen. -
Ablehnung der Initiative

Minderheitsmeinung «Mitbestimmen beim Verkehr»

Beispiel «LV Nachbarschaftshilfe»: 13. Dezember 2023 bis 27. Mai 2024 (17 Seiten)

Mehraufwand:

Beispiel «BVO»: 1. November 2023 bis 27. Mai 2024 (40 Seiten)

Beispiel «Umzonung Erachfeld»: 17. Januar 2024 bis 2. September 2024 (112 Seiten)

-> Prozessdauer ist vertretbar (**Durchschnitt 5-9 Monate**)

Keine Verbesserung:

«Verbesserung» liegt im Auge des Betrachters. Der Initiative geht es um **Mitsprache!**

Mitwirkung möglich:

Nein! Konzepte gehören dem Stadtrat. Umsetzung je nach stadträtlicher Laune.

Beispiel: **Vergleich GVK 2012 zu GVK 2022!**

Rekurse möglich:

Ein Rekurs ist ein juristisches und **kein politisches Mittel.**

**Nur mit der Initiative sind Volksinitiativen oder Referenden
zu verkehrspolitischen Massnahmen möglich!**



Öffentlicher Gestaltungsplan Herti



Gestaltungsplan Herti

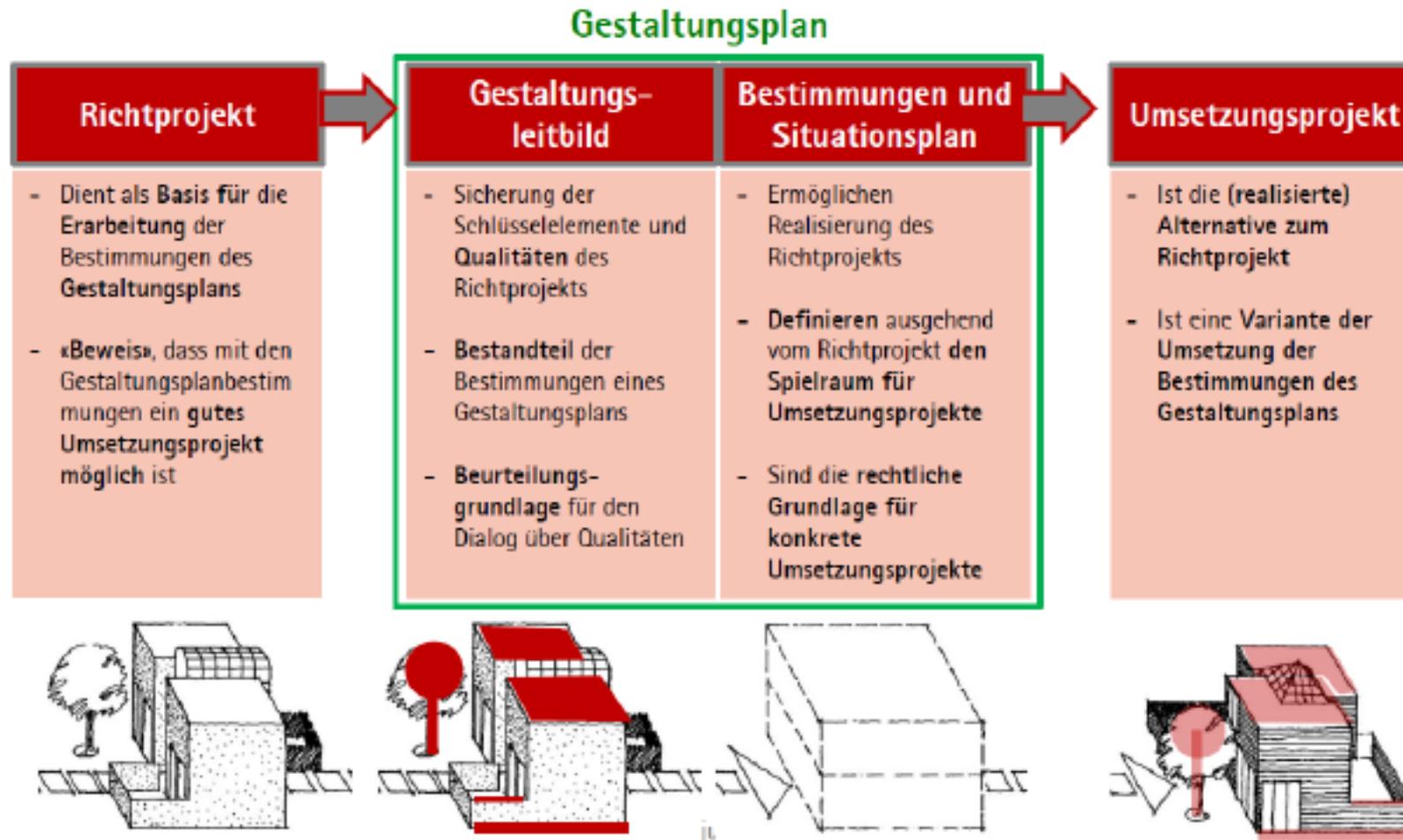
Einführung

PGB §83 ff.:

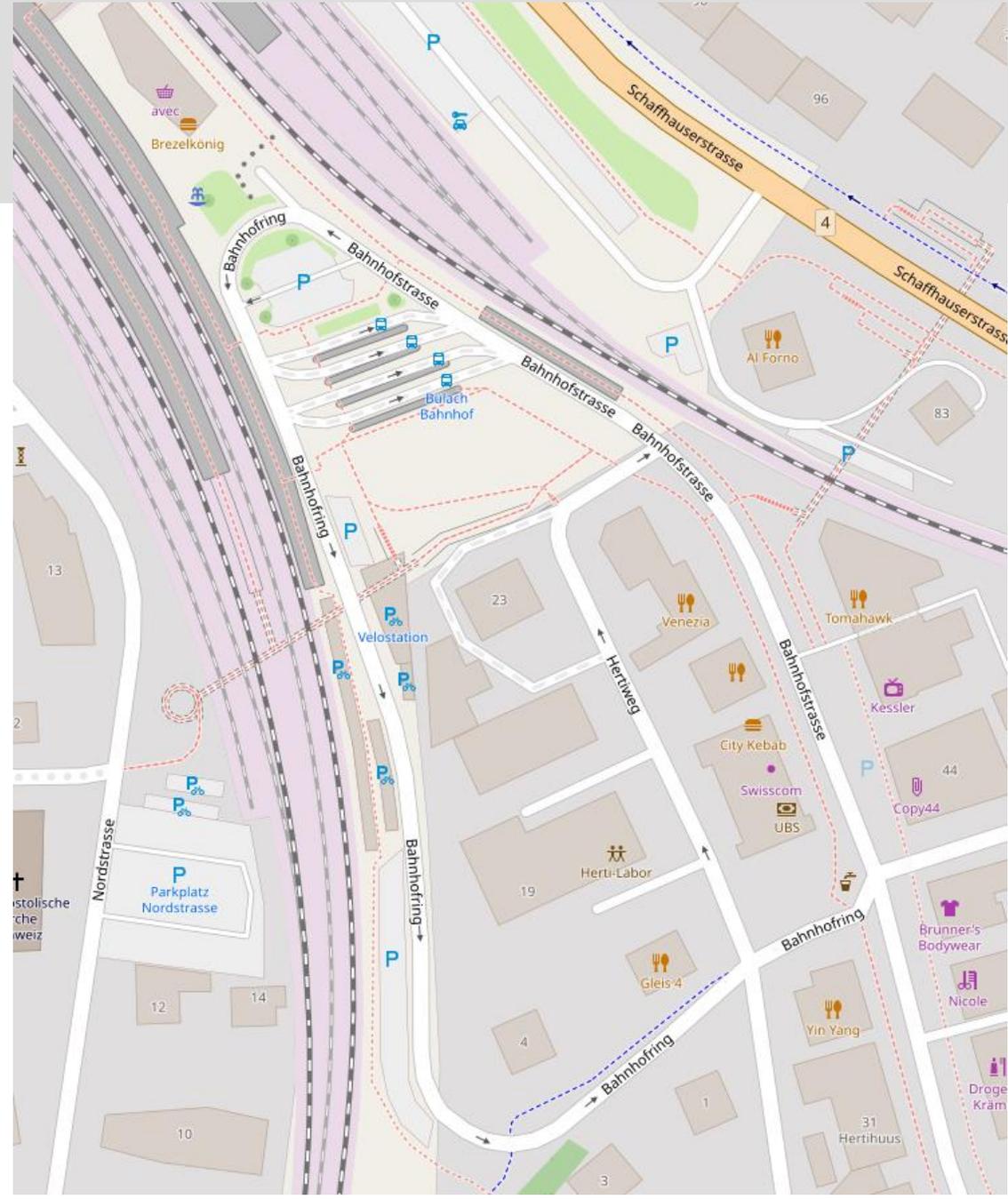
Mit Gestaltungsplänen werden für bestimmt umgrenzte Gebiete Zahl, Lage, äussere Abmessungen sowie die Nutzweise und Zweckbestimmung der Bauten bindend festgelegt. Dabei darf von den Bestimmungen über die Regelbauweise und von den kantonalen Mindestabständen abgewichen werden. (§83. Abs. 1)



Richtprojekt / Gestaltungsplan / Umsetzungsprojekt



Situation heute



Gestaltungsplan Herti

GP Bülach Nord

- Aus 2015
- GP Herti ist "Untergestaltungsplan"
- Folglich Bestimmungen von Herti "im Einklang" mit Bülach Nord

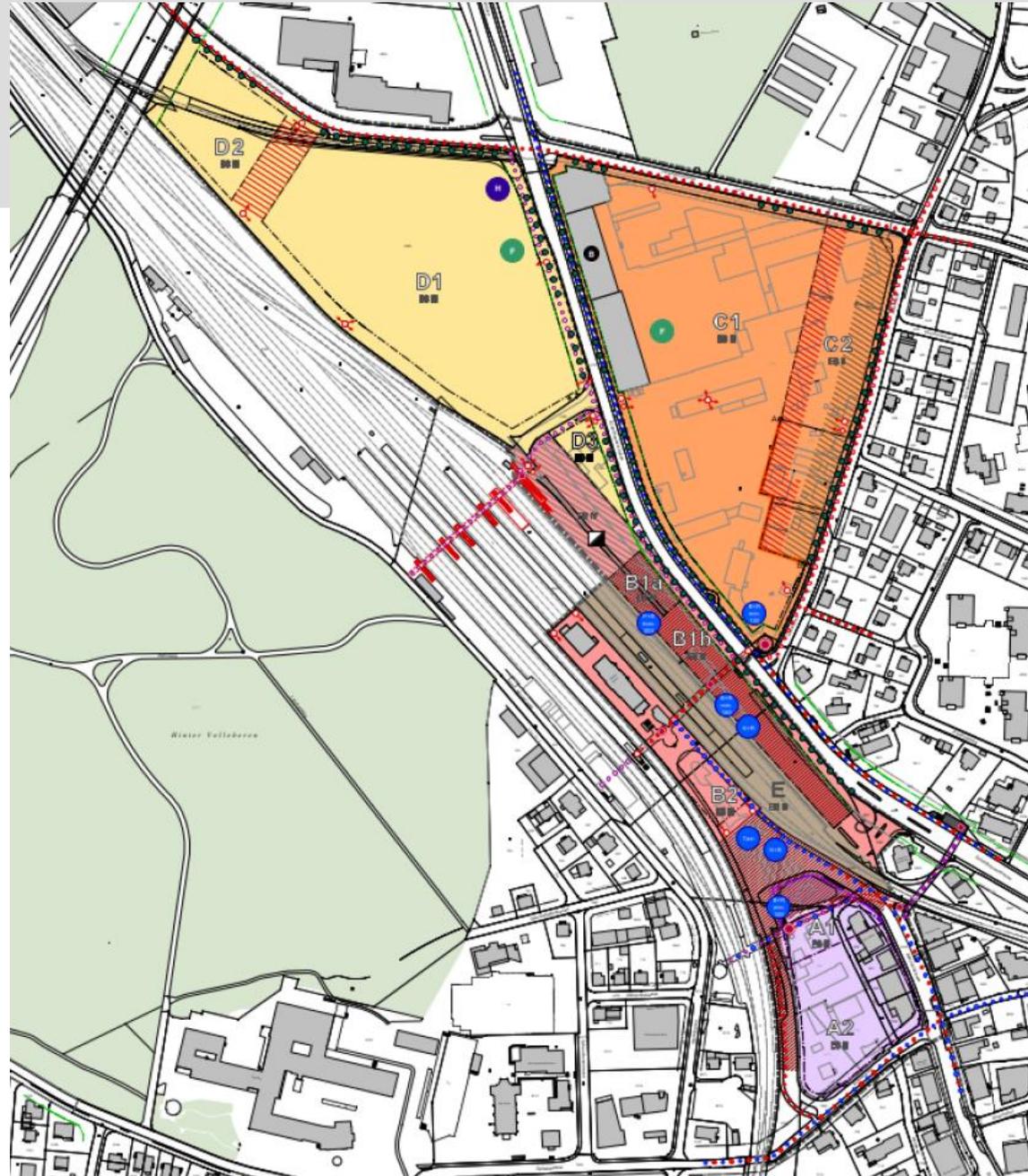


Abbildung 1: Situationsplan öffentlicher Gestaltungsplan Bülach Nord.

Gestaltungsplan Herti

Perimeter

- Baufelder A-D
- Gleispark und Bushof (öffentliche Auflage Ende 2024/Anfang 2025)
- Übergang Bahnhof Richtung Altstadt

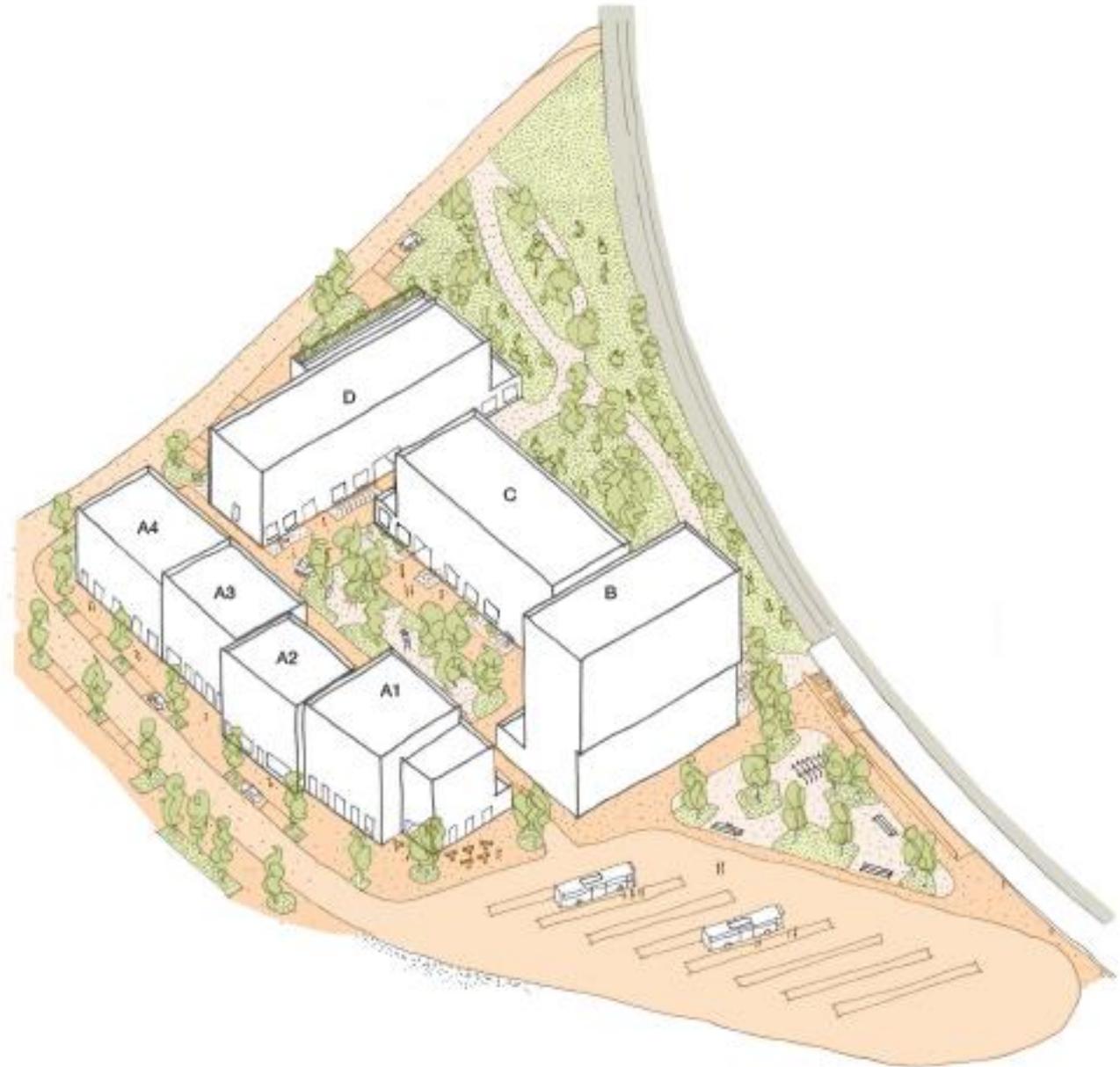




Gestaltungsplan Herti

Wesentliche Elemente

- Kubatur (Volumen) der Baufelder
- Minimaler Nichtwohnanteil:
 - A: 20%
 - B: 40%
 - C/D: 10%
- Hochhaus auf B
- "Hertihof"
- Bike and Ride in B





Gestaltungsplan Herti

Diskussion in Kommission

- Abhängigkeit von Gestaltungsplan Bülach Nord
- Erhöhung Baumasse (Verdichtung)
- Preisgünstige Wohnungen
- Lage des Bike & Ride
- Unterkellerung vs. Hertihof
- Parkplätze



Gestaltungsplan Herti

Kubatur/Baumasse

"Dichte"

- Angesprochen in GP Bülach Nord und in Erarbeitung Richtprojekt wieder geprüft
- städtebaulicher Kontext ist zu beachten

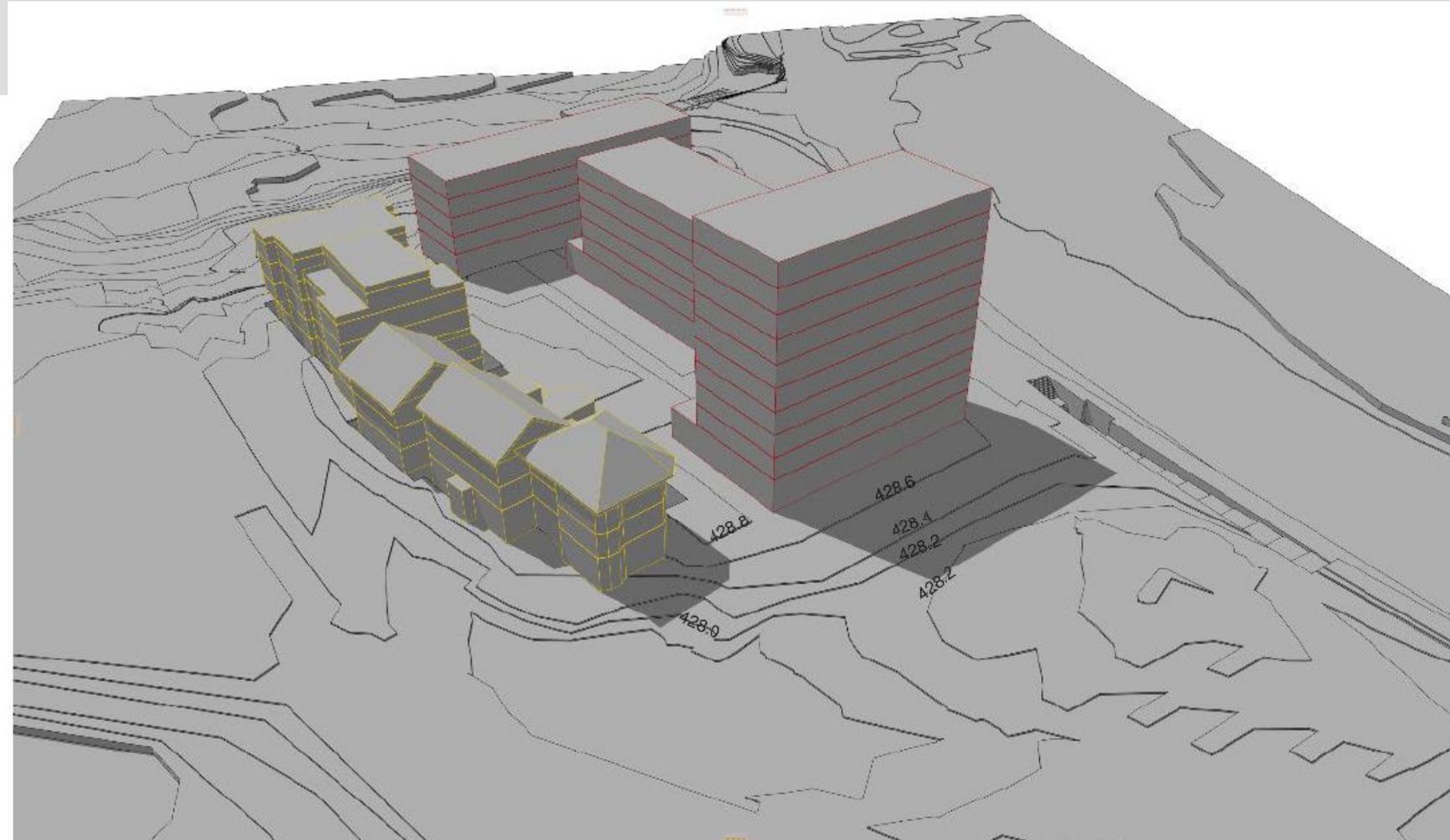


Abbildung 27 Höhenmodell Szenario 1: Bestehende Bebauung im Bereich Baufeld A mit neuer Bebauung im Bereich Baufeld B, C und D und neuem Terrainverlauf



Gestaltungsplan Herti

Konsequenzen einer Ablehnung

- Realisierung (Bebauung) weiterhin blockiert
 - Ausgangslage für Landerwerb für Projekt Bushof weiterhin rechtlich nicht geklärt
 - Re-Planung, mit entsprechendem Aufwand:
 - Rahmenbedingungen nochmals neu definieren
 - (Evtl.) Gestaltungsplan Bülach Nord überarbeiten
 - Aufgleisung und Durchführung qualitätssicherndes Konkurrenzverfahren (=> Machbarkeitsstudie)
 - Erarbeitung Richtprojekt
 - Erarbeitung Gestaltungsplan
 - formelle Prozesse (Vorprüfung, öffentliche Auflagen, etc.)
- => Erneute Vorlage ins Parlament frühestens in **fünf** Jahren (*ohne* Überarbeitung GP Bülach Nord)
- => Kosten **mindestens** im mittleren 6-stelligen Bereich

Gestaltungsplan Herti

Die Kommission Bau und Infrastruktur empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrags.



Stadtparlament Bülach
3. Feb. 2025
Kommission Bau & Infrastruktur
Minderheits-Meinung:

Ablehnung des
Gestaltungsplan Herti



Vision Herti

**Öffentlich perfekt erschlossen
im Zentrum von Bülach!**



***Zwischen Glasi/Guss und Altstadt.
An zentralster Lage bestens mit ÖV erschlossen
Eine moderne Herti als Zentrum von Bülach!***

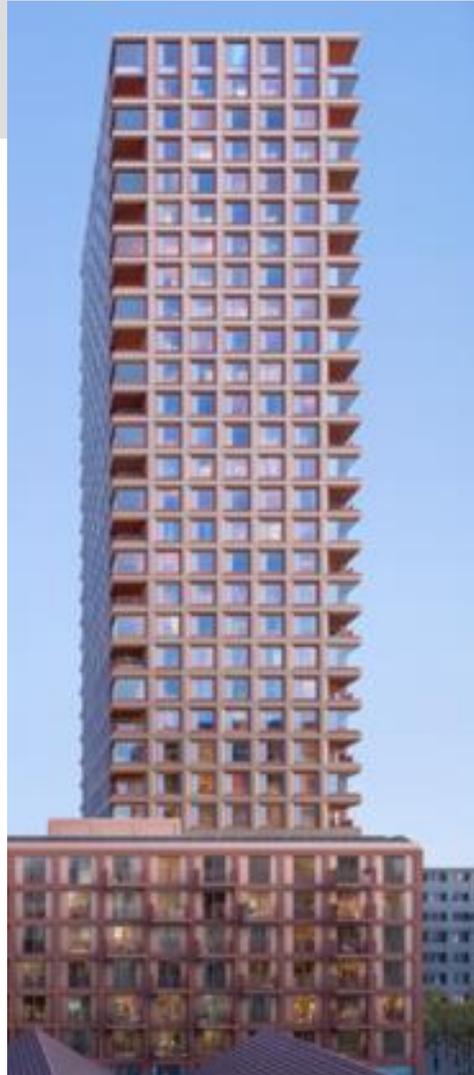


**Wir wollen eine Lösung für
mehr ÖV-Nutzer,
mehr Wohnungen,
mehr Gewerbe,**

**weniger Verbauung und
weniger langweilige Architektur!**

→ Die Lösung ist höher Bauen.

**Tragen wir bei zum
Ende der langweiligen Hochhäuser!**



Lokstadt, Winti



Pi, Zug

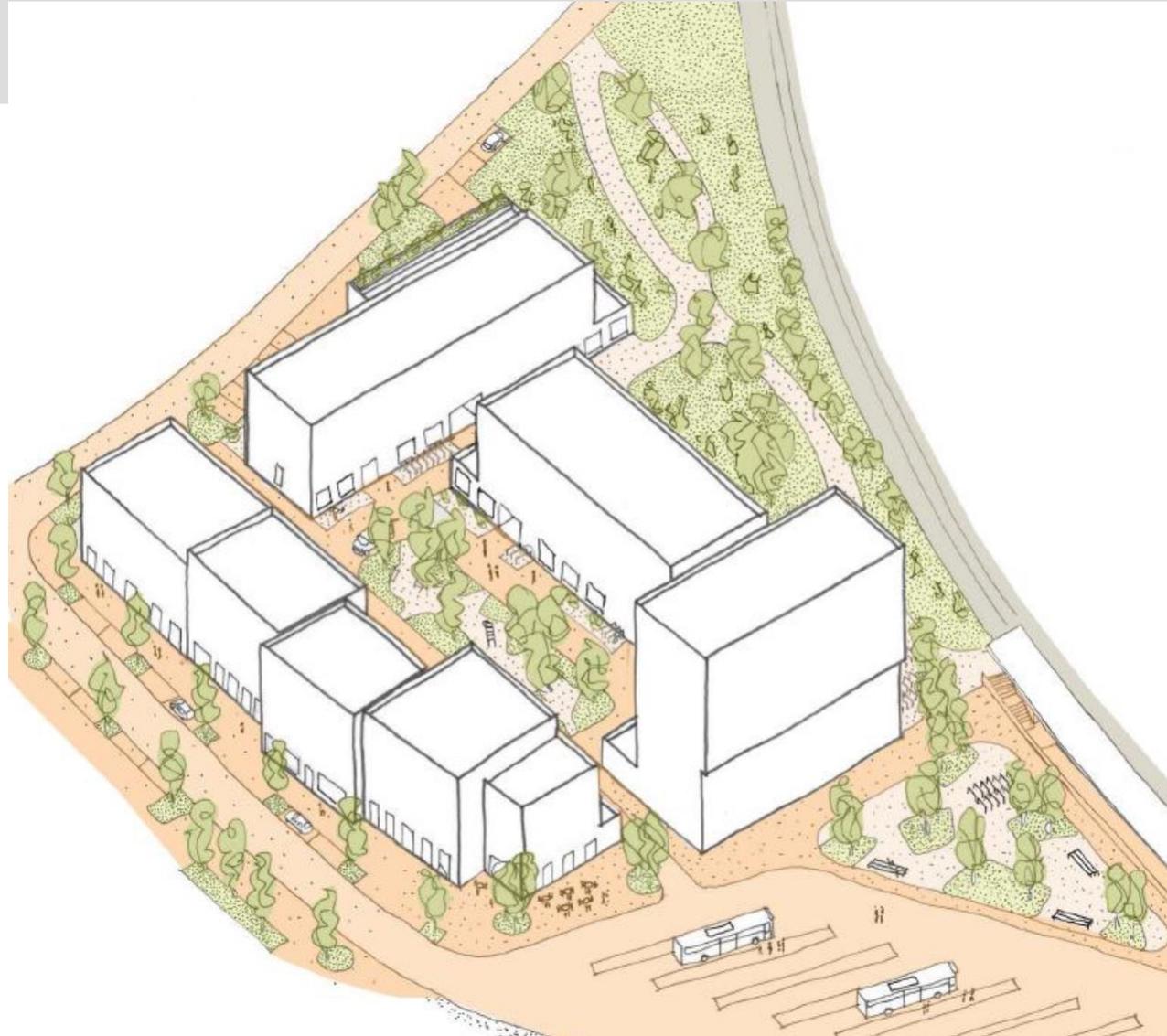


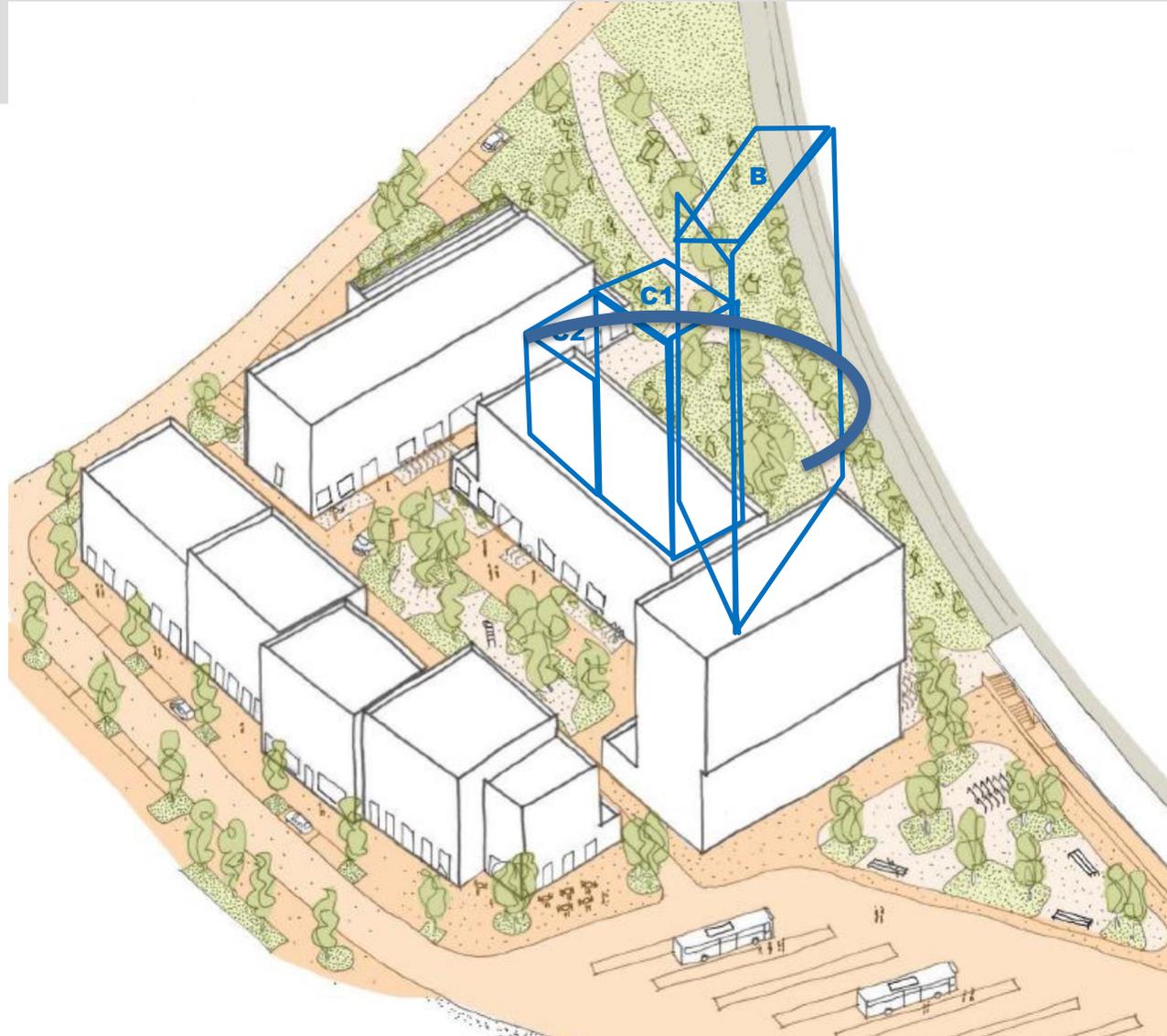
Suurstoffi, Zug



UBS, Altstetten

→ Hochhäuser mit Holzbau, beim Bahnhof, z.t. mit Fassadenbegrünung





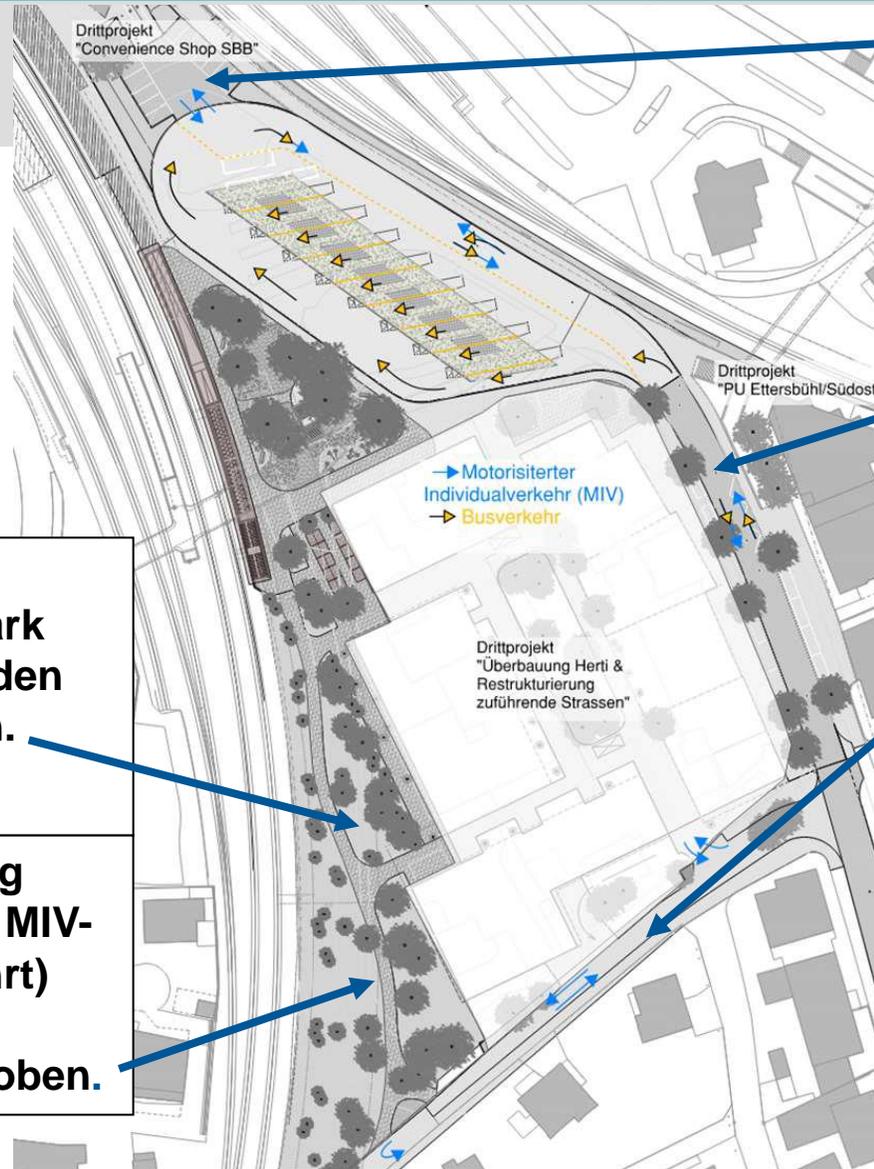


NZZ am Sonntag, 23.2.2020, Seite 53

Interview mit Jacques Herzog und Pierre de Meuron:



«Visionen sind in der Schweiz schwierig»



- **Neuer Gleispark neben den Gleisen.**

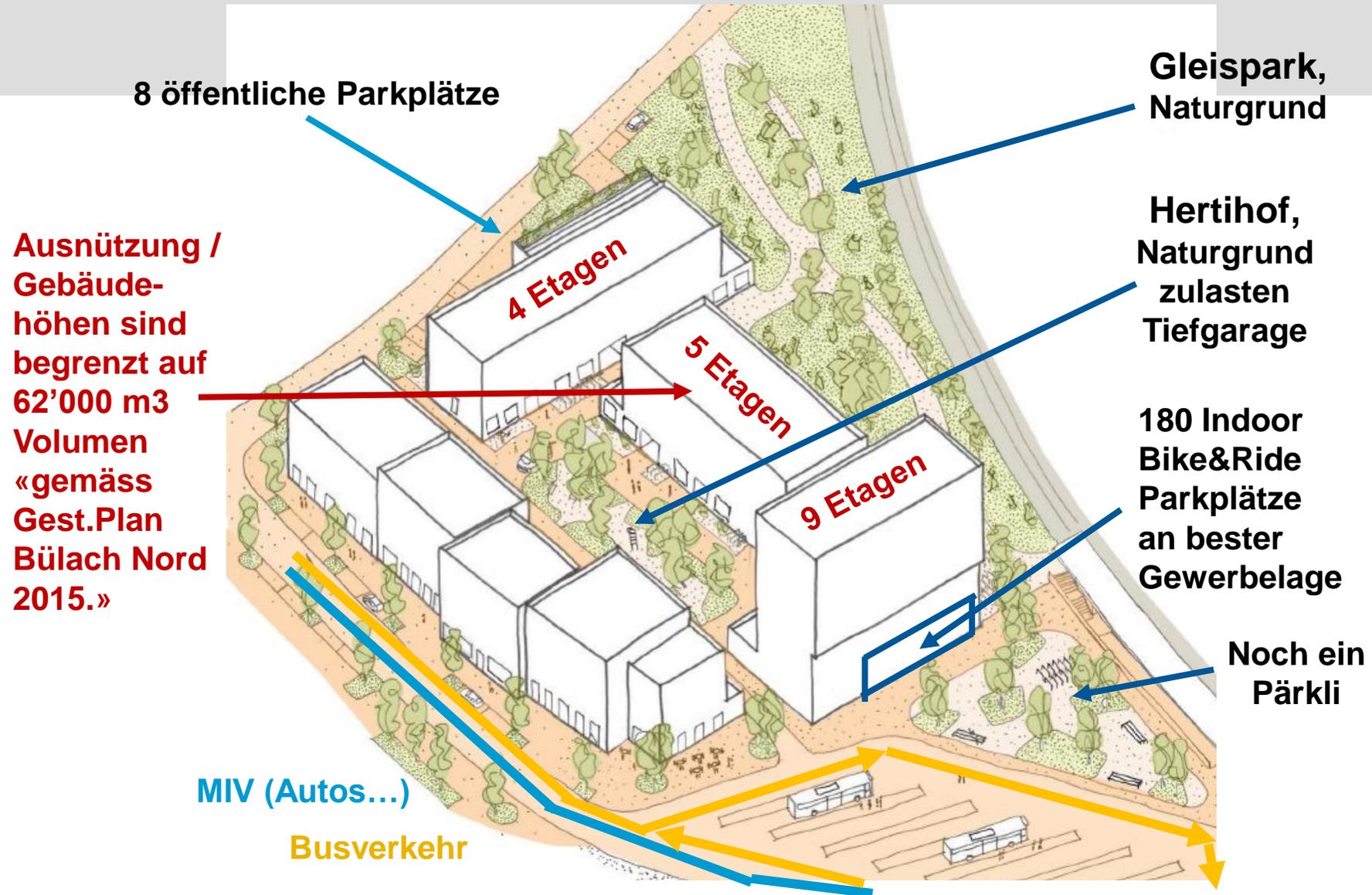
- **Parkring (bisher MIV-Wegfahrt) wird aufgehoben.**

- **MIV «wenden» am Bahnhof nur mit Spitzkehre in den verbleibenden 12 Parkplätzen.**
- **→ 5 Minuten Warten mit Auto in Stosszeiten fast unmöglich.**

- **MIV Zu- und Wegfahrt nur noch über «Begegnungszone» Bahnhofstrasse... zusammen mit allen Bussen.**

- **Nur noch 8 Aussenparkplätze an der oberen Bahnhofstrasse, im verbleibenden Parkring. (gem. GP-Herti)**

- **→ Zugänglichkeit für's Gewerbe mit ÖV sehr gut. Aber mit MIV mässig bis schwierig bis unmöglich!**



1. **Das ganze Konzept ist nutzlos & langweilig. Damit verpasst Bülach eine städtebauliche Riesenchance am Bahnhof.**
2. **Eine Zeitverzögerung von 3-5 Jahren sollten wir in Kauf nehmen*). Die letzten Jahrzehnte war die Herti ein Abbruchobjekt.**

**Jetzt entscheiden wir
über die nächsten 100 Jahre!**

****) ... die Stadt spricht von 5 – 10 Jahren. Wir haben eine andere Meinung!***

3. **Wir wollen eine signifikante Erhöhung der Kubatur *),**
 - a) **um auf der anderen Seite des Bahnhofs einen städtebaulichen Kontrapunkt zur Glasi zu schaffen.**
 - b) **um den Bahnhof zum neuen, mutigen Zentrum des modernen Bülach mit Gewerbe zu machen.**
 - c) **um mit der Eigentümerschaft einen Anteil preisgünstiger Wohnungen gegen höhere Ausnützung auszuhandeln, nicht zu erzwingen.**

****) Die Beschränkung der Kubatur auf 62000 m³ wird von der Stadt als notwendig dargestellt, weil man sich an den GP Bülach Nord des Parlaments von 2015 halten MÜSSE. Wir bestreiten das. Das Parlament 2025 ist frei betr. Herti.***

4. **Wir sind gegen eine Bike & Ride Velo-Garage an bester Gewerbelage am Bahnhofplatz.**
 5. **Wir befürworten das Schwammstadt-Konzept. Aber dieses Konzept auch an engen städtischen Lagen durchzusetzen ist Zwängerei.**
- *) Mit Erhöhung der Kubatur lohnt sich eine zweite Tiefgaragenebene, was auch mehr Gewerbeparkplätze in der Tiefgarage ermöglicht.*

- 6. Wir bitten Euch, den vorgeschlagenen Gestaltungsplan Herti zwecks starker Überarbeitung abzulehnen!**

Bülach hat Besseres verdient!



Beilage 7

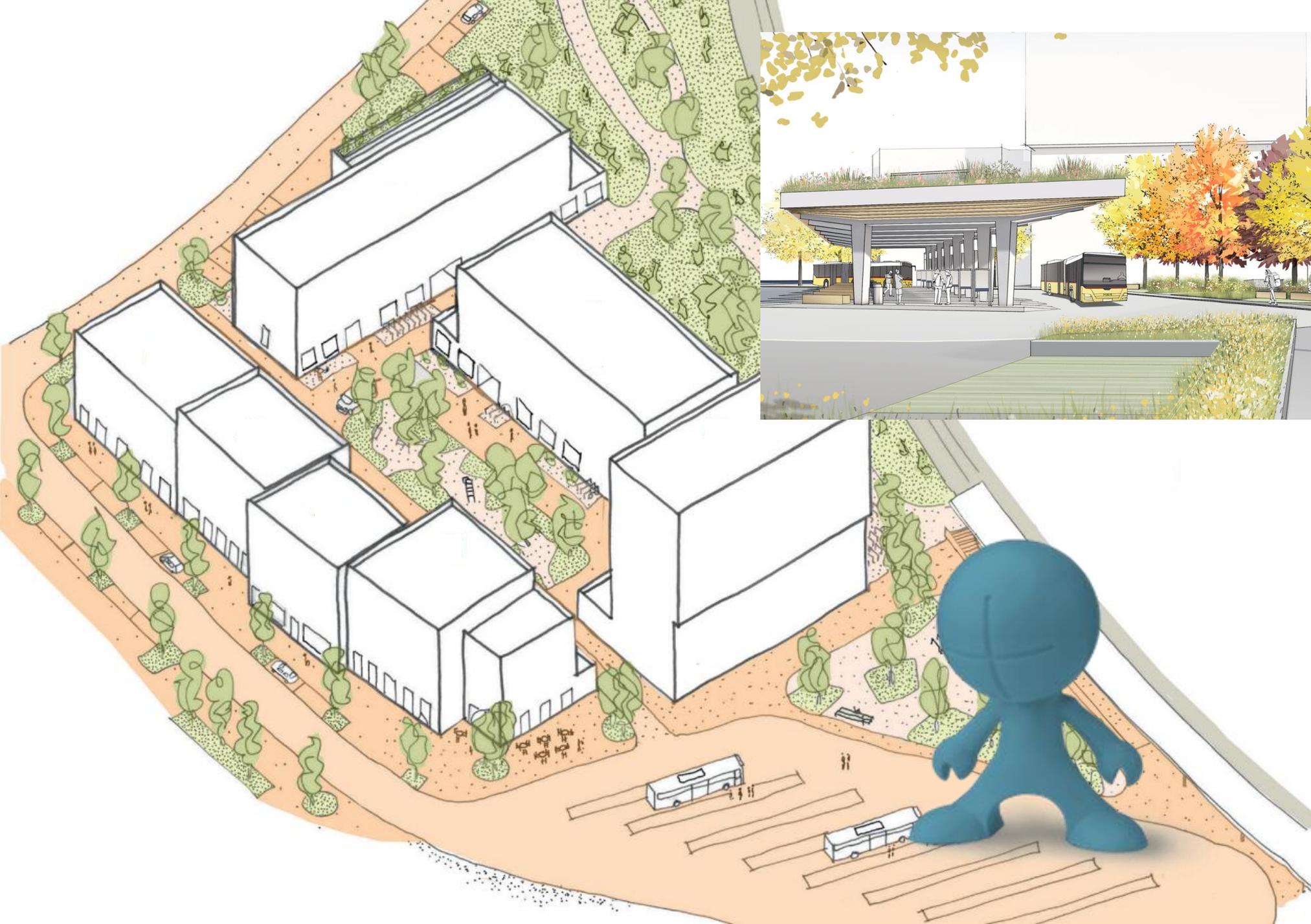
2

STEIG EIN. KOMM WEITER.



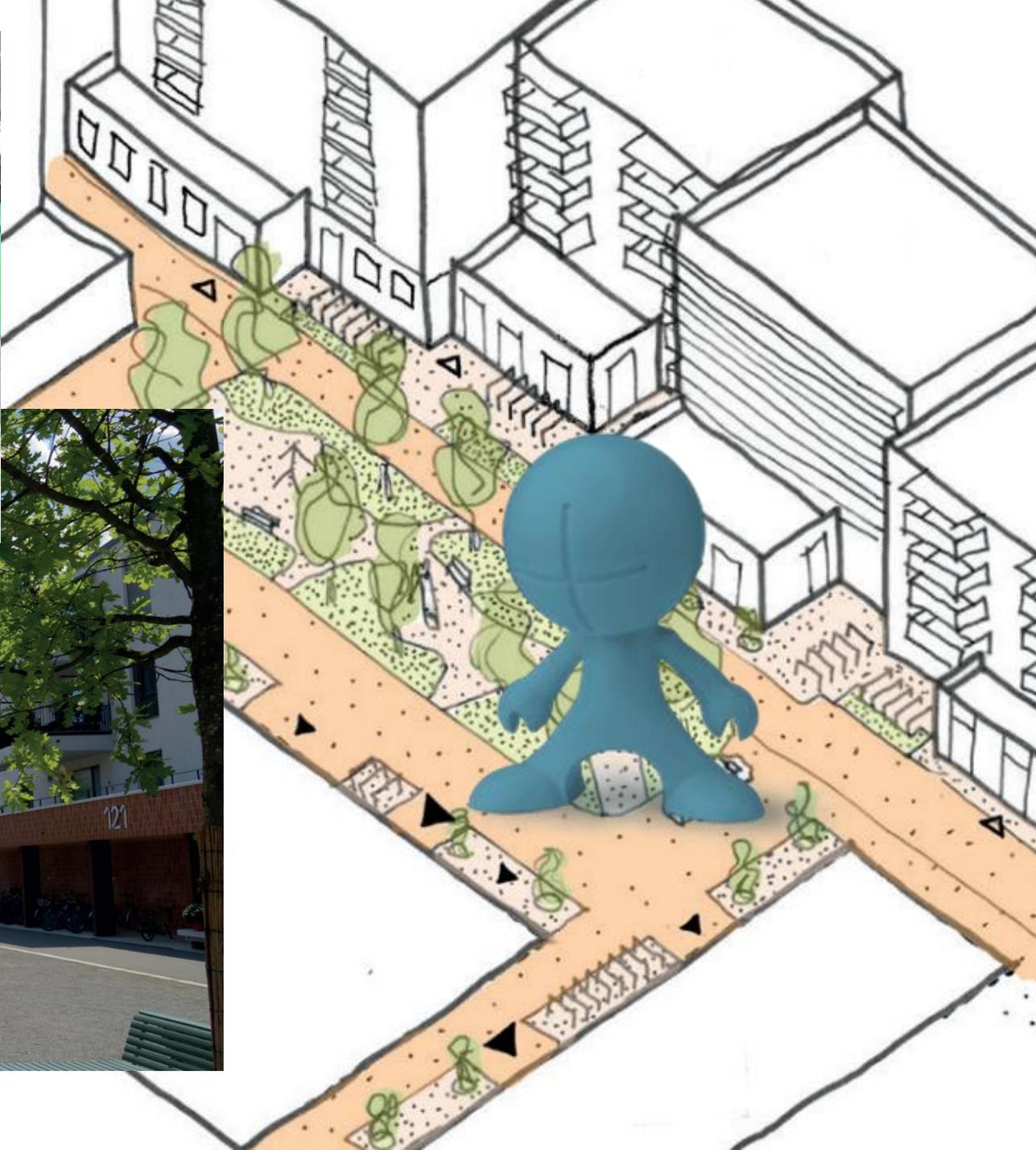
2







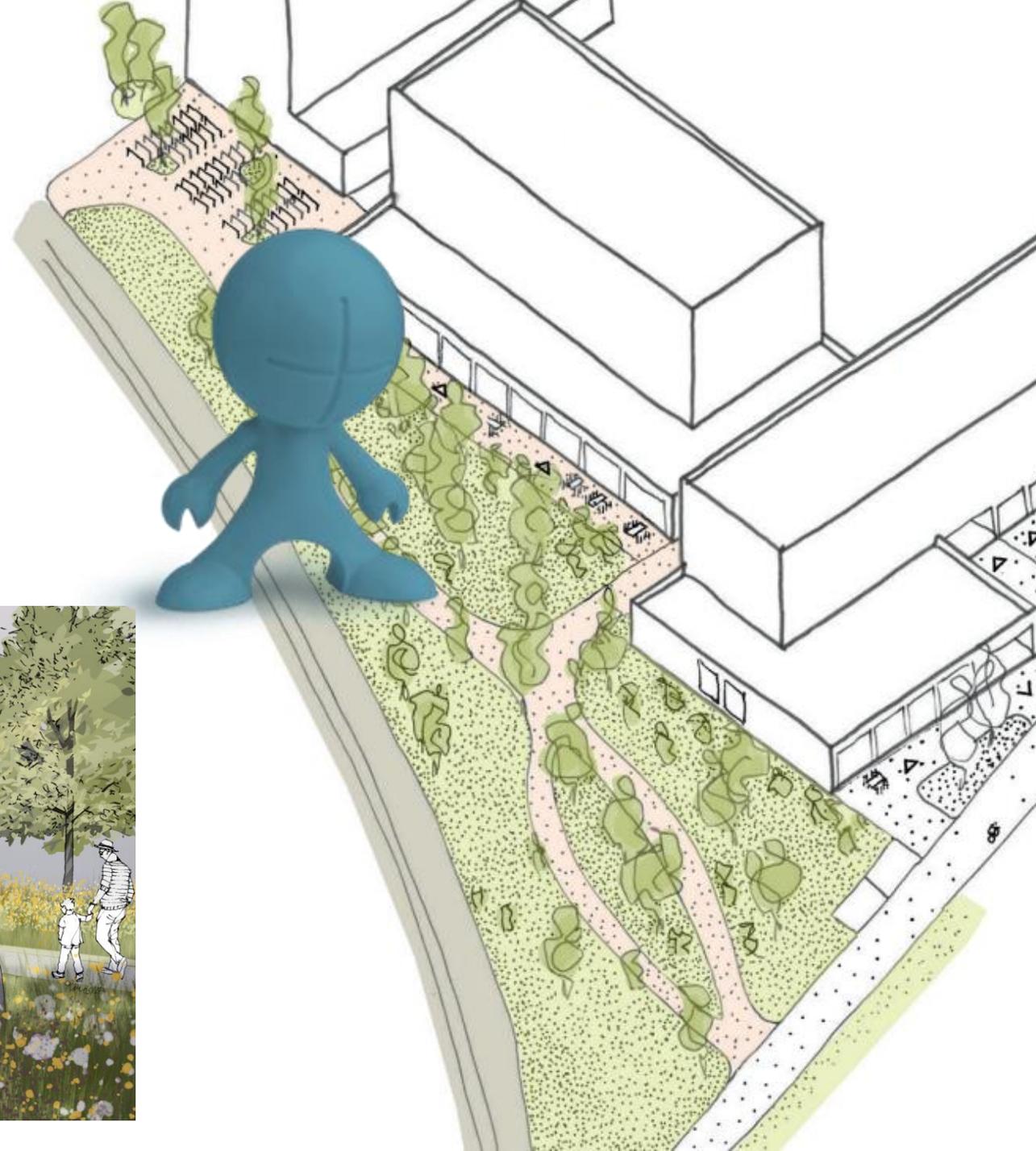
Beispiel-Bild

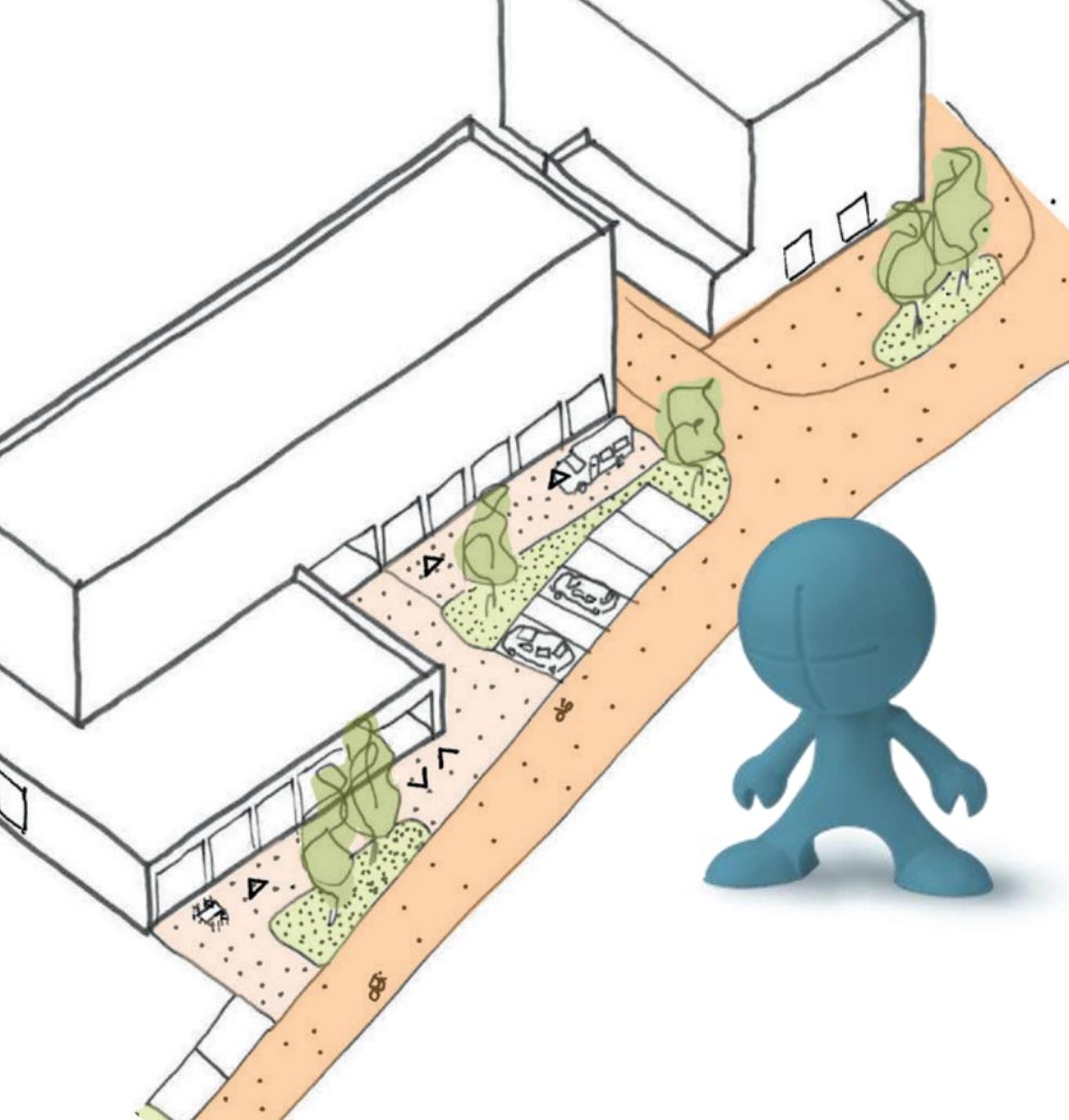


Beispiel-Bild



Beispiel-Bild





Beispiel-Bild



Beispiel-Bild



Beispiel-Bild

Antrag Preisgünstiges Wohnen im Herti

Ergänzung Abschnitt B, Art 12: Bau- und Nutzungsbestimmungen:

»Von den Wohnungen, welche auf städtischem Land realisiert werden, sollen mindestens 60 % als preisgünstiger Wohnraum (Kostenmiete) gemäss der Verordnung über den preisgünstigen Wohnraum (PWV) des Kantons Zürich realisiert werden (Selbstverpflichtung der Stadt). Für die Berechnung entscheidend ist der Zeitpunkt der Baueingabe.«



Fragen Parlamentarier Thomas Obermayer in der Stadtparlaments-Sitzung vom 10.12.2024

Kündigung Zusammenarbeit Bülach – Höri

Vorbemerkung

Das Scheitern der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bülach und der Gemeinde Höri im Hoch- und Tiefbaubereich ist eine Geschichte mit einem unglücklichen Ende. Die Verantwortung dafür tragen beide Seiten. Der Stadtrat bedauert, dass sich die gute und effiziente Kooperation der beiden Gemeinden in anderen Bereichen nicht auch auf das Bau- und Planungswesen übertragen liess. Im Zivilstands-, Bestattungs- und Betreuungswesen, bei den gemeindepolizeilichen Aufgaben und bei den Zusatzleistungen AHV/IV arbeiten Bülach und Höri eng zusammen. Mit der Zusammenarbeit im Baubereich betraten Bülach und Höri Neuland. Erfahrungen mit dieser Kooperationsform hatte weder Bülach noch Höri. Einen konkreten, einzelnen Knack- oder Streitpunkt in der Zusammenarbeit gab es nicht. Fehleinschätzungen auf beiden Seiten, unterschiedliche Arbeitskulturen und verschiedene Arbeitspraktiken haben sich aufsummiert. Der Fokus der Stadt Bülach liegt nun darauf, die anstehenden Arbeiten für Höri im Jahr 2025 zielgerichtet auszuführen. Eine saubere Rückführung der Aufgaben ist wichtig.

«Jede aufgetretene Schwierigkeit muss eine Gelegenheit für einen weiteren Fortschritt sein.» So formulierte es Pierre de Coubertin, der Begründer der modernen Olympischen Spiele. Die Vertreterinnen und Vertreter von Bülach und Höri treffen sich Mitte Februar zu einem klärenden Gespräch. Die Stadt Bülach will sicherstellen, dass die bisherige Zusammenarbeit in den anderen Themenbereichen positiv weiterläuft und Lehren aus der Geschichte gezogen werden können.

1. Seit wann war der Stadt Bülach bekannt, dass es Probleme in der Zusammenarbeit mit Höri gibt?

Im März 2024 informierte Gemeindepräsident Roger Götz Stadtpräsident Mark Eberli darüber, dass die Zusammenarbeit nicht rund laufe: Trotz der Zusammenarbeit würde bei der Gemeindeverwaltung von Höri weiterhin viel Arbeit anfallen. Stadtpräsident Mark Eberli wies darauf hin, dass alle Themen direkt zwischen den Betroffenen besprochen werden sollten. Weder im März 2024 noch bis zur mündlichen Kündigung gab es aus Sicht der Stadt Bülach Hinweise, dass es zu einer Kündigung kommen könnte. Der Entscheid zur Kündigung wurde ohne Gespräche und ohne Möglichkeiten zur Reaktion unilateral gefällt.

Auf fachlicher, operativer Ebene fanden im Jahr 2024 in den Bereichen Tiefbau und Hochbau (Baubewilligungen) rund alle zwei Wochen Arbeitssitzungen zwischen Bülach und Höri zu den laufenden Geschäften und Projekten statt. In den Bereichen Raum- und Verkehrsplanung wurden solche Arbeitssitzungen im Jahr 2024 situativ und nach Bedarf durchgeführt. Bei diesen Treffen wurden von den verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde Höri



keine Probleme erwähnt oder angesprochen, die die künftige Zusammenarbeit grundsätzlich und fundamental in Frage gestellt hätten.

Zu den generellen Aspekten der Zusammenarbeit fanden verschiedene Austauschsitzen statt, letztmals im Februar 2024. Die Treffen dienten dem Aufbau und der Strukturierung der Zusammenarbeit. Die Arbeitsabläufe zwischen Bülach und Höri mussten definiert und geklärt werden. Einzelne Fragen zur Form und zur Optimierung der Zusammenarbeit wurden im weiteren Jahresverlauf jeweils direkt und themenspezifisch besprochen. Auch bei diesen Kontakten zur allgemeinen Zusammenarbeit erhielt die Stadt Bülach keine Kenntnis über Probleme, die die Zusammenarbeit grundsätzlich und fundamental in Frage gestellt hätten. Eine Kündigung des Anschlussvertrags kam nicht zur Sprache.

2. Wann wurde der Stadt Bülach bekannt, dass Höri die Zusammenarbeit kündigen würde?

Der Stadtrat von Bülach erhielt Ende September, respektive Anfang Oktober 2024 Kenntnis von Höris Kündigungsabsicht. Marion Sigrist, Gemeinderätin und Vorsteherin des Ressorts Hoch-/Tiefbau und Werke der Gemeinde Höri, informierte Stadträtin Andrea Spycher am 30. September 2024 telefonisch. Stadtrat Andreas Müller informierte den Gesamtstadtrat der Stadt Bülach an der Stadtratssitzung vom 2. Oktober 2024. Die tatsächliche Kündigung des Anschlussvertrags per 31. Dezember 2025 erfolgte durch einen Brief des Gemeinderats von Höri vom 31. Oktober 2024 an den Bülacher Stadtpräsidenten.

3. Warum wurden die Schwierigkeiten sowie die Kündigung der Zusammenarbeit weder der RPK noch der Fachkommission kommuniziert?

Aus Sicht des Stadtrats handelte es sich bei den unterschiedlichen Einschätzungen zwischen den Verwaltungsabteilungen der Stadt Bülach und der Gemeinde Höri um fachliche Divergenzen. Bei der Bearbeitung von Baubewilligungen und Bauvorhaben sind solche üblich. Operative Differenzen klären die Beteiligten intern und direkt unter sich. Eine Information des Parlaments ist weder Rollen- noch Stufen-gerecht. Von fundamentalen Problemen, die die Zusammenarbeit grundsätzlich in Frage stellten, hatte der Stadtrat keine Kenntnis.

Die mündliche Vorinformation zur Kündigung vom 30. September 2024 kam für den Stadtrat überraschend. Der Stadtrat war in der Folge darum bemüht, alle Beteiligten und Betroffenen geregelt zu informieren. Dazu gehörte es auch, in Absprache und gemeinsam mit der Gemeinde Höri zu kommunizieren. Der Informationsablauf sah nach der offiziellen Kündigung per Brief vom 31. Oktober 2024 auch die Information der zuständigen Kommission des Stadtparlaments vor. Diese erfolgte am 30. November 2024 durch Stadtrat Andreas Müller telefonisch an Andreas Scheuss als Präsident der zuständigen Kommission Bau und Infrastruktur des Stadtparlaments.

Stadtparlament Bülach 03.02.2025

23. Sitzung - 03.02.2025

ABSTIMMUNGSPROTOKOLL

Traktandum 4: Wollen Sie die Volksinitiative "Mitbestimmen beim Verkehr" für gültig erklären?			Einstimmig
Uhrzeit:	03.02.2025 20:16:11	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		100.00 %	25 Stimmen
Nein		0.00 %	0 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen

Traktandum 4: Wollen Sie die Volksinitiative "Mitbestimmen beim Verkehr" ohne Gegenvorschlag ablehnen?			Angenommen
Uhrzeit:	03.02.2025 20:17:36	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		56.00 %	14 Stimmen
Nein		44.00 %	11 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen

Traktandum 5: Wollen Sie dem Antrag von D. Berner zur Ergänzung des Art. 12 im Gestaltungsplan Herti annehmen?			Abgelehnt
Uhrzeit:	03.02.2025 21:34:41	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		40.00 %	10 Stimmen
Nein		60.00 %	15 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen

Traktandum 5: Wollen Sie dem Antrag des Stadtrats folgen und den Gestaltungsplan Herti festsetzen?			Angenommen
Uhrzeit:	03.02.2025 21:35:26	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		60.00 %	15 Stimmen
Nein		40.00 %	10 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen

Traktandum 6, Verschiebung Wollen Sie den Ordnungsantrag bezüglich Verschiebung der Beratung des Geschäfts gemäss Art. 37 Abs. 1.1 GeschO zustimmen?			Abgelehnt
Uhrzeit:	03.02.2025 22:39:25	Stimmberechtigte:	25 Stimmen

Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	24 Stimmen
Ja		29.17 %	7 Stimmen
Nein		70.83 %	17 Stimmen
Enthaltung			1 Stimme

Traktandum 6B, Auftrag PUK: Wollen Sie den vier Aufträgen an die PUK zustimmen?			Zurückgezogen
Uhrzeit:	03.02.2025 22:43:25	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	0 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	0 Stimmen
Ja			
Nein			
Enthaltung			
<i>Nicht abgestimmt</i>			<i>25 Stimmen</i>

Traktandum 6, Reihenfolge der Abstimmung: Wollen Sie der vorgeschlagenen Reihenfolge der Abstimmungen (B, C, D, danach E,F, A) zustimmen?			Angenommen
Uhrzeit:	03.02.2025 22:52:58	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		88.00 %	22 Stimmen
Nein		12.00 %	3 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen

Traktandum 6B, Auftrag PUK: Welche Formulierung der Aufträge an die PUK möchten Sie annehmen?			Abgestimmt
Uhrzeit:	03.02.2025 22:55:30	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Absolute Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Version Geschäftsprüfungskommission (GPK)		Gewählt - 56.00 %	14 Stimmen
Version GLP-Fraktion		44.00 %	11 Stimmen

Traktandum 6C, Zusammensetzung PUK: Wollen Sie die Zusammensetzung der Mitglieder für die PUK zustimmen?			Einstimmig
Uhrzeit:	03.02.2025 22:57:40	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	23 Stimmen
Ja		100.00 %	23 Stimmen
Nein		0.00 %	0 Stimmen
Enthaltung			2 Stimmen

Traktandum 6D, Kredit PUK: Wollen Sie dem Nachtragskredit über 100'000 Franken für die Einsetzung einer PUK zustimmen?			Angenommen
---	--	--	------------

Uhrzeit:	03.02.2025 22:58:34	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	24 Stimmen
Ja		87.50 %	21 Stimmen
Nein		12.50 %	3 Stimmen
Enthaltung			1 Stimme

Traktandum 6F, Entschädigung: Wollen Sie der vorgeschlagenen Entschädigung der PUK-Mitglieder zustimmen?			Einstimmig
Uhrzeit:	03.02.2025 23:25:59	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	23 Stimmen
Ja		100.00 %	23 Stimmen
Nein		0.00 %	0 Stimmen
Enthaltung			2 Stimmen

Traktandum 6A, Einsetzung PUK: Wollen Sie eine Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) einsetzen?			Angenommen
Uhrzeit:	03.02.2025 23:27:15	Stimmberechtigte:	25 Stimmen
Abstimmungsart:	Offen	Abgestimmt:	25 Stimmen
Erforderliche Mehrheit:	Einfache Mehrheit	100,00 %	25 Stimmen
Ja		72.00 %	18 Stimmen
Nein		28.00 %	7 Stimmen
Enthaltung			0 Stimmen